

AM BEGINN. 150 JAHRE.

Sozialistische Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung
in Tirol und Vorarlberg 1875-1900

hrg. von Rainer Hofmann,
Andrea Sommerauer und Peter Goller.

Vorwort

1875 – vor 150 Jahren – wird in Tirol erstmals ein sozialistischer Arbeiterverein gegründet, der „Allgemeine Arbeiter-Verein in Innsbruck“. Der im Zeichen des sozialdemokratischen „Neudörfner Programms“ von 1874 wirkende Arbeiterverein wird von der staatlichen Bürokratie, den Staatsanwälten, der Polizei überwacht, schikaniert und verfolgt. Zahlreiche Genossen müssen wegen ihres Einsatzes für den sozialen Fortschritt, für eine Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Lohnsklaverei Haftstrafen verbüßen. Viele verlieren ihren Arbeitsplatz durch willkürlich politisch motivierte Entlassungen, werden nach dem „Schubgesetz“ entfernt.

Zu den Gründern zählen in den ersten Jahren klassenbewusste Arbeiter und Arbeiterinnen wie Franz Reisch, Hermann Prager, Franz Loy, Johann Perz, Eduard Protiva, Ignaz Saska, Josef Holzhammer, Hermann Flöckinger, Johann Coufal, Paul Singer, Johann Koidl, Mathias Marcher, Martin Rapoldi, Johann Orszag oder Alois Treibenreif, – Christine Mazurides, Maria Ducia, Maria Öhninger, Maria Rapoldi, Hedwig Schneider, Adele Obermayr, Adele Stürzl, Josefine Brunner, Burgi Gastl, Karolina Wageneder, Laura Palme, Josefine Friedl, u.v.a.m.

Am ersten zentralen Tiroler und Vorarlberger Landesparteitag werden 1890 im Anschluss an das „Hainfelder Programm“ in Telfs im Gasthof „Zur Traube“ die wesentlichen Ziele der Sozialdemokratie festgeschrieben:

- Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht
- Volle gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit (Koalitionsrecht), keine Repression gegen Streiks, gegen Streikaktivisten, Streikposten
- Arbeitszeitverkürzungen im Sinn der Achtstundentagelosung des Pariser Internationalen Sozialistenkongresses von 1889, auch damals schon als ein die „wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit“ gefährdendes Vorhaben abgetan, nach mühevolem Kampf 1918 unter Sozialminister Ferdinand Hanusch erreicht, für das erste soll eine maximal 10stündige Tagesarbeitszeit fixiert werden.
- Der „1. Mai“ als Arbeiterweltfeiertag
- Verbessertes Arbeiterschutz unter Einbeziehung der landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Arbeiter
- Nachtarbeitsverbote, Kinderarbeitsverbote
- Sonntagsruhe
- Verbesserte Invaliditäts-, Unfallversicherung

Die Tiroler Genossen und Genossinnen errichten schon vor 1900 ein arbeitersolidarisches Netz, das Schutz gegen die offensichtlichste materielle und geistige Verelendung bietet:

- 1877 eine Arbeiterkrankenkasse
- 1887 einen ersten Arbeiterkonsumverein
- 1899 die Erste Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB)
- Ein dichtes Netz an Wanderunterstützungen, an Arbeiterherbergen, an Bildungs- und Lesevereinen gegen die moralische Verelendung durch bürgerliche „Schundkultur“.

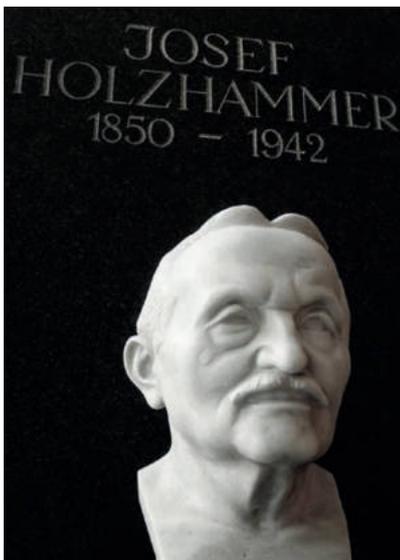
Mit vorliegendem Heft sollen diese Errungenschaften, sollen diese opfervollen Kämpfe der ersten Generation Tiroler Sozialisten und Sozialistinnen als Vorbild für die Gegenwart gewürdigt werden.

„Gründer“: Die Arbeiteraktivisten Franz Reisch, Hermann Prager, Franz Loy und Johann Perz (1875-1881)

Ab Mitte 1874 beobachteten die (Polizei-) Behörden im seit 1868 existenten Innsbrucker „sozialfriedlichen“, von bürgerlicher „Selbsthilfe“-Philanthropie unterstützten, von der Statthaltereibürokratie mit Wohlwollen begleiteten, auf „sittliche Anhebung“ orientierten „Arbeiterbildungsverein“ zunehmend sozialistisch klassenkämpferische Einstellungen.

Der Innsbrucker Bürgermeister machte hierfür „fremde“ zugereiste Handwerksgesellen wie Hermann Prager oder Franz Reisch verantwortlich, die Anfang 1875 die aktive Leitung im „Arbeiterbildungs-Verein Innsbruck“ übernahmen: „Um diese Zeit begann man im Vereine socialistische Zeitschriften zu halten und verbotene Druckschriften nach Tirol einzuschmuggeln; es wurden zahlreiche Versammlungen bald innerhalb, bald außerhalb des Stadtgebietes abgehalten, es wurden Reden im socialistischen Sinne abgehalten, um die socialistischen Ideen zu propagiren.“

In Nachwirkung des im April 1874 im burgenländischen Neudörfel beschlossenen gesamtösterreichischen „Neudörfel Programms“, das in internationalistischem Sinn auf die Aufhebung der kapitalistischen Lohnarbeit orientierte, warnte die Tiroler Statthalterei die nachgeordneten Bezirkshauptmannschaften schon im Juli 1874, dass der steirische Sozialist Hermann Wanke mit einer Agitations-Reise durch die westlichen Alpenländer beauftragt ist. In Neudörfel selbst war Tirol noch mit keinem Delegierten vertreten.



Franz Reisch war im April 1874 Delegierter am Neudörfel Parteitag. Obwohl Tirol dort nicht vertreten war, stand die Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins Innsbruck ein Jahr später 1875 ganz in der Linie des polizeilich unterdrückten, aber trotzdem breit wirksamen Neudörfel Programms. Die Innsbrucker Sozialisten folgten den Idealen und Zielen des Neudörfel Programms. Im April 1874 hatte die in Wiener Neustadt erscheinende „Gleichheit“ das Neudörfel Programm abgedruckt.

Ende 1874 kam mit dem Schneidergesellen **Franz Reisch** ein erfahrener Agitator nach Innsbruck. Reisch hatte im Frühjahr als Obmann des Arbeitervereines von Wels in Oberösterreich am Parteitag in Neudörfel teilgenommen. Reisch wurde in Innsbruck von dem später 1884 „wegen anarchistischer Umtriebe“ inhaftierten **Hermann Prager** (geboren 1851 in Ungarn als Sohn armer jüdischer Leinwandhändler, in Wien das Schneiderhandwerk erlernend, von Innsbruck wieder bald nach Steyr abwandernd, dort ABV-Obmann) unterstützt.

Franz Reisch nahm im Frühjahr 1875 am sozialdemokratischen Parteitag in Marchegg teil, worauf der Innsbrucker Stadtmagistrat den „Antrag auf Auflösung des Vereines wegen Überschreitung der Statuten“ stellte, „da der § 1 der Statuten des Bildungs-Vereines jedes Betreten des politischen Gebietes ausschloß“. Im Juli 1875 löst der konservative Tiroler Statthalter Eduard Taaffe den „Arbeiterbildungsverein“ auf: „Der Verein verfolgte auch ursprünglich seinen sich vorgesetzten Zweck, bis durch die Ankunft und Eintritt mehrerer der socialdemokratischen Parthei angehöriger Mitglieder, was im Herbste vorigen Jahres geschah, eine Spaltung in den Verein gebracht wurde, die damit endete, daß die sogenannten Alten zum Austritte gedrängt und die socialdemokratische Parthei zur Herrschaft im Vereine gelangte.“

Die Arbeiter Johann Lang, tätig „in der Mösleinschen Tischlerei nächst dem Bahnhofs“, Vinzenz Löntnig und Karl Kolky reichen daraufhin am 1. August 1875 bei der Statthalterei die Statuten für den neu zu errichtenden „**allgemeinen Arbeiter-Verein in Innsbruck**“, die Gründungsorganisation der sozialistischen Bewegung in Tirol, ein. Die Vereinsgründer mussten sich der repressiven Logik des Vereinsgesetzes 1867 unterwerfen und hielten fest, dass der Arbeiterverein „die geistigen und materiellen Interessen und Rechte“ der Mitglieder fördert und sich dabei ausschließlich „gesetzlicher Mittel“ bedient. Der Vereinszweck soll durch „volkstümliche, wissenschaftliche Vorträge,

Unterricht, Gründung einer Bibliothek“, durch gesellige (Gesangs-, Turn-) Veranstaltungen und durch gelegentliche Reise- und Krankenunterstützungen erreicht werden: „Der Verein befaßt sich demnach in keiner Weise mit Politik und Religion.“

Die Statthalterei hält deshalb am 16. August 1875 widerwillig fest, dass die Statuten dem Vereinsgesetz entsprechen, weshalb die Gründung nicht untersagt werden kann, auch wenn die verdeckte sozialistische Tendenz unverkennbar sei. Folglich wird strenge Überwachung angeordnet: „Da der Stadtmagistrat selbst die Gefährlichkeit des neuen Vereines betont, aus welchem die Nothwendigkeit einer strengen Überwachung der Gebahrung desselben hervorgeht, glaube ich sicher darauf rechnen zu können, daß der Stadtmagistrat das entsprechende verfügen wird, um jede Überschreitung von Seite des Vereines wahrnehmen und ahnden zu können.“

Unter der Obmannschaft von Franz Reisch werden „die Verbindungen mit ausländischen Socialisten erweitert, die damals zahlreichen Arbeiter-Congreße wurden eifrigst beschickt und die Agitation unter den hiesigen Arbeitern durch Verbreitung socialistischer Druckschriften [so die Wiener Neustädter Parteizeitung „Gleichheit“] und durch Reden im socialistischen Sinne eifrig betrieben“. Die Schneidergesellen Franz Reisch und Hermann Prager haben Innsbruck schon 1876 verlassen, ein großer Verlust für die junge sozialdemokratische Bewegung.

In den folgenden Jahren zählten die zugewanderten Handwerksgesellen Johann Perz (auch: Pertz) und Franz Loy – neben dem aus einer schlesischen, im Elend schuftenden Feldarbeiterfamilie stammenden Schustergesellen Karl Beck, neben dem Südbahnschlosser Josef Holzhammer, oder dem Kleidermachergehilfen Franz Haberditz – zu den maßgeblichen Aktivisten.

Im November 1879 berufen der Schuhmacher Franz Loy und die Schneidergesellen Johann Perz und Franz Haberditz, sowie der Eisendreher Josef Holzhammer in Innsbruck erstmals eine große, mit bis zu 1000 ArbeiterInnen besuchte sozialdemokratische „freie Arbeiterversammlung“ ein. Sie fordern u.a.:

1. Versorgung der Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen durch den Staat;
2. Entschädigungspflicht der industriellen Unternehmer bei Arbeitsunfällen;
3. Gesetzliche Bestimmungen einer Normalarbeitszeit u. zwar 10 Stunden für Männer, 8 Stunden für Frauen und Kinder von 14-18 Jahren;
4. Einführung von Gewerbe- und Fabrikinspektoren;
5. Vollständige [gewerkschaftliche] Koalitionsfreiheit ohne beschränkende Klauseln.

Wegen ihres Einsatzes für die Arbeitersache werden Franz Loy und Johann Perz schikaniert und mit dem „Schubgesetz“ bedroht. Wieder verliert die Tiroler sozialistische Bewegung zwei herausragende Kader, auch wenn sie sich gegen ihre Abschiebung formal rechtlich wehren können.

Ende August 1880 werden Franz Loy und Johann Perz vom Landesgericht „wegen des Verbrechens im Sinne des § 24 des Preßgesetzes vom 27. December 1862“, also wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, zu 10 Tagen Arrest verurteilt. Nach Verbüßen der Strafe wurden beide nach dem Schubgesetz als bestimmungslose Individuen aus Innsbruck abgeschafft. Außerdem galten sie als Individuen, die „die Sicherheit der Person oder des Eigenthums gefährden“, zumal sie „Propagatoren der Socialdemokratie“ sind. Am 7. Jänner 1881 hat das Reichsgericht das Innsbrucker Abschieberkenntnis mit der Begründung kassiert, dass es nicht genügt, dass die Beschwerdeführer einer Partei angehören, die das bürgerliche Eigentum überwinden will, es hätte schon ein jeweils individueller tätlicher Angriff auf ein konkretes Eigentum erfolgen müssen.

Franz Loy gab im Sommer 1880 in einem Vernehmungsprotokoll an: „Ich heiße **Franz Loy**, bin gebürtig von Wiener Neustadt, zuständig nach Otttnang, Bezirk Vöcklabruck in OÖ., d.z. 28 Jahre alt, Schuhmacher von Profession, stehe bei der Schuhmachermeisterin Gertrud Lener (...) hier als Gehilfe in Arbeit; halte mich seit 5 Jahren in Innsbruck auf

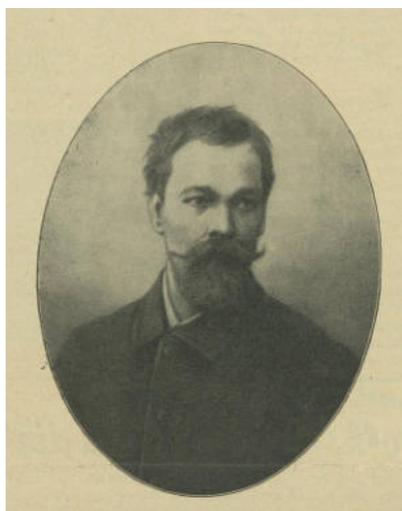
und bin seit beiläufig 2 Jahren Vorstand des hiesigen Schuhmacher Gehilfen Fachvereines.“ Loy wurde auch vorgeworfen, Zwang im Bereich der Arbeitsvermittlung und Tarifzwang ausgeübt zu haben. Einige Schuhmachermeister verlangten deshalb vergeblich die Auflösung des Vereins der Gesellen wegen Überschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises.

1881 wurde Franz Loy verdächtigt, in Bludenz einen sozialistischen Arbeiterverein etablieren zu wollen. Ende 1883 wurde Loy vorgeworfen, aus der Schweiz den „Sozialdemokraten“ eingeschmuggelt zu haben. Loy hat Innsbruck Anfang 1884 Richtung Schweiz verlassen. Er soll später in die USA ausgewandert sein.

1882 stellt die Innsbrucker Staatsanwaltschaft fest, dass es sich bei Johann Perz um den 1877 nach Innsbruck gekommenen „Schneider-Gesellen **Johann Perz**, von Ebenthal, Bezirk Gottschee geb., nach St. Peter, Bezirk Rudolfswerth zuständig, 27 Jahre alt, [handelt,] welcher zufolge Urteils vom 27. August 1880 des hiesigen k.k. Landesgerichtes wegen Vergehens nach § 24 des Preßgesetzes mit 10tägigem Arreste bestraft wurde.“ Perz war im Sommer 1882 nicht mehr in Innsbruck gemeldet, im Dezember 1881 soll er in Regensburg, dann in München gearbeitet haben, aktuell 1882 soll er sich in Wien aufhalten. 1886 lokalisierte die Polizei den sozialistischen „Störenfried“ Perz agitierend in Meran.

Die Gründung der Tiroler und Vorarlberger sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Telfs, die erste sozialistische Maifeier: Ignaz Saska, Josef Holzhammer, Hermann Flöckinger (1888-1890)

Am 20. November 1888 warnte das Innenministerium die Statthalterei, „daß in Hainfeld oder an einem anderen Orte der Monarchie ein österreichischer Arbeitertag zum Zwecke der Vereinigung aller socialistischen Fraktionen auf Grund des vom Arbeiter-Congresse in Brünn zu Weihnachten v. J. beschlossenen Programms abgehalten werde“. Das Brünner-Programm, das in Hainfeld leicht modifiziert übernommen werden sollte, war im Mai 1888 als „staatsgefährlich“ erklärt worden, weshalb die geplante Hainfelder Versammlung gemäß § 6 des Versammlungsgesetzes 1867 untersagt werden soll. Da dies dann doch nicht möglich war, sollen „entsprechende Controllmaßregeln“ veranlasst werden. Über die Tiroler Delegierten – dies werden an der Jahreswende 1888/89 Josef Holzhammer und Ignaz Saska sein – war die Statthalterei noch nicht informiert.



Ignaz Saska

Mitte der 1880er Jahre tritt mit **Ignaz Saska**, am 26. Februar 1858 in Hötting geboren, der Protagonist der Tiroler Arbeiterbewegung des kommenden Jahrzehnts bis zu seinem frühen Tod 1896 in die Sozialdemokratie ein. Saska wird Delegierter in Hainfeld. Er ist Initiator der Telfer Landesversammlung im September 1890, Mitbegründer des sozialdemokratischen „Politischen Vereins für Tirol und Vorarlberg“ und neben Johann Coufal der maßgebliche Herausgeber und Redakteur der „Volks-Zeitung“ Ende 1892. 1893 wird er von den Tiroler Genossen zum Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale nach Zürich entsandt.

Ärmliche Verhältnisse verhinderten den Besuch der Volksschule, weshalb Saska sich als Textilarbeiter auf Wanderschaft in die Schweiz und nach Deutschland begab. 1884 heimgekehrt trat er dem Innsbrucker Arbeiterverein bei. Im Februar 1886 gründete Saska in Pradl unter dem harmlosen Namen „Froh-



Altes sozialdemokratisches Arbeiterheim in der Mentlgasse, jahrelang auch Sitz der Redaktion der „Volks-Zeitung“



Josef Holzhammer



Hermann Flöckinger

sinn“ einen sehr aktiven, vor allem von Eisenbahnern besuchten sozialdemokratischen Arbeiterverein. Im Sommer 1886 wurde Saska wegen „Majestätsbeleidigung und Hochverrat“ für zwei Wochen in Untersuchungshaft genommen.

Der Verein „Frohsinn“, der nach Einschätzung der Statthalterei nur zur Tarnung seinen Zweck mit „Gesang und geselliger Unterhaltung“ angab, in dem aber politische Vorträge über „die sociale Frage u. deren Lösung“ gehalten werden, wurde fortan überwacht. 1887 fahndete die Gendarmerie nach einem böhmischen Bahnarbeiter, da dieser im Verein „Frohsinn“ einen Vortrag gehalten hat, „der ihn in einen Hochverrathsprozess verwickelte“.

In Hainfeld erklärte Ignaz Saska an der Jahreswende 1888/89, „daß die Arbeiter von Pradl mit den in der Prinzipienklärung und den Resolutionen ausgesprochenen Ansichten vollkommen übereinstimmen und jederzeit in diesem Sinne wirken werden. Damit von allen Seiten Klarheit herrschen könne, theile ich Ihnen mit, daß auch in den Alpenländern dieselben Meinungen, wie sie in der Prinzipienklärung zum Ausdrucke gelangt sind, gelten. Wir werden das Möglichste thun, uns den angenommenen Beschlüssen anzupassen, und ich zweifle nicht, daß denselben nach jeder Richtung hin entsprochen werde. Es ist schon öfter betont worden, welche Ausschreitungen sich die Behörden erlauben, und steht bei uns ebenso wie in Böhmen und wie in ganz Oesterreich.“

Josef Holzhammer (1850 in Absam – 1942), maßgeblicher Organisator der 1877 gegründeten Arbeiterkrankenkassa, trat in Hainfeld als Parteitagsreferent zum Thema „Schule“ auf. Er forderte eine Schulbildung frei von klerikal konfessioneller Hegemonie, eine Schule, an der sich alle Kinder „eine warme Mahlzeit leisten können“.

Misstrauisch beobachteten die Tiroler Behörden im Juni 1889 die „socialdemokratischen Umtriebe“ einiger Schuhmacher-Gehilfen und jene von **Hermann Flöckinger** (1861-1930), dem späteren langjährigen Tiroler sozialdemokratischen Landesgewerkschaftssekretär, da sie einen Aufruf zu dem für den 14. Juli 1889 nach Paris einberufenen Gründungskongress der (II.) Sozialistischen Internationale nach Paris unterzeichnet hatten. Vom Gründungskongress der Sozialistischen Internationale gingen auch für Tirols Arbeiterbewegung zwei entscheidende Losungen aus, jene nach dem

- Achtstundentag
- und nach dem 1. Mai als weltweitem Arbeiterfeiertag.

Am 25. Februar 1890 meldet die Statthalterei nach Wien, dass in Tirol eingeschmuggelte Flugblätter und Zeitschriften zur Achtstundentag-Agitation zirkulieren und dass die Bewegung zum 1. Mai das Land erreicht hat, „daß die von Paris ausgehenden Ideen, den kommenden 1. Mai als internationalen Festtag zu feiern, unter einem Theil der hiesigen Arbeiterschaft zum Mindesten nicht unbekannt geblieben ist und daß dieser Tag ganz ohne Demonstration wol auch hier nicht verlaufen wird, wenngleich über den Umfang dieser Bewegung bisher keine verlässlichen Nachrichten vorliegen.“

Im Vorfeld der ersten sozialistischen Feier des 1. Mai lässt die Statthalterei im April 1890 der Abschreckung dienende Warnhinweise plakatieren. Militäreinheiten und verstärkte Gendarmeriestreifen wurden bereit gestellt: „Es erscheint daher, um dieser irrigen Auffassung vorzubeugen, nothwendig, die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai d.J. ohne Zustimmung der Arbeitgeber gesetzlich unzulässig ist und daß diejenigen, welche sich durch Aufreizung und trügerische Verlockungen zu einem derartigen Kontraktbruch verleiten lassen, strafbar sind und nach Umständen sogar die sofortige Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis zu gewärtigen haben.“ Die Statthalterei mobilisiert nach und nach Militäreinheiten zur Unterdrückung der Arbeiter-Maibewegung. In Innsbruck und Bozen soll „am genannten Tag je ein Bataillon Fußtruppen, in Bozen außerdem die noch dort stationirten Landeschützen in den Kasernen consignirt gehalten werden.“

An den Demonstrationen zum **ersten „Weltarbeiterfeiertag“, am 1. Mai 1890**, nahmen in Tirol und Vorarlberg rund 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen – mit den Hauptlosungen nach dem Achtsturentag und nach dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht teil.



Gasthaus Traube in Telfs, Tagungsort der Tiroler Landesversammlung 1890

Der erste Tiroler sozialistische Maiprotest wurde zu einem entscheidenden „Organisator“. Im September 1890 folgte mit der nach Telfs einberufenen ersten Tiroler und Vorarlberger Landesversammlung ein weiterer entscheidender Schritt. Ein dritter ähnlich zentraler „Organisator“ war dann die Ende 1892 gegründete „Volks-Zeitung. Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol und Vorarlberg“.

Am 12. September 1890 wurde unter anderem in der Wiener „Arbeiterzeitung“ ein Aufruf zur Sozialdemokratischen Landesversammlung in Telfs veröffentlicht. Das in Telfs verabschiedete, eng an die Hainfelder (Prinzipien-) Erklärung angelehnte Programm wurde am 31. Oktober 1890 in der „Arbeiterzeitung“ im Rahmen eines „Berichts über die Tiroler sozialdemokratische Gründungs-Landeskonferenz in Telfs“

veröffentlicht: „Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die kapitalistische Productionsweise die steigende Unterdrückung der Arbeiter durch die herrschenden Klassen bedeutet, daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Herabsinkung der Arbeiterklasse zur Folge hat und zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt, beschließt **die am 28. September 1890 in Telfs tagende Landesversammlung**, daß es Aufgabe, ja sogar heilige Pflicht der Arbeiterschaft ist, diese ausbeuterische und die freie Entwicklung hemmende Gesellschaftsordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.“

Der Grazer „Arbeiterwille“ fungierte von nun ab bis zur Gründung der Tiroler „Volks-Zeitung“ Ende 1892 auch als Parteiorgan für Tirol und Vorarlberg. Je nach Zählung und Schätzung waren am Parteitag im Gasthof „Traube“ 100-130 Sozialdemokraten anwesend. Laut Verhörprotokoll der Statthalterei, das am 3. Oktober 1890 nach der Einvernahme von Ignaz Saska und Ignaz Leimgruber angefertigt wurde, waren 77 Teilnehmer und 32 Gäste anwesend.

Tage nach dem Parteitag meldete die Statthalterei dem Innenministerium, dass die Initiatoren der §2-Versammlung in Telfs „einer unauffälligen Uiberwachung“ unterzogen werden: „Es dürfte sich empfehlen, (...) namentlich auf Saska, der als Austräger beim Buchhändler Gassner Gelegenheit zur Verbreitung socialistischer Tendenzen hat, aufmerksam zu machen. Saska hat keinen Erlaubnißschein zum Subscribenten sammeln.“

Resolution II.

Die am 26. Oktober 1890 in der Sängerkasse (Prater) tagende Versammlung der Genossenschaftskrankenkasse fordert die Regierung auf, den Magistrat Wien, sowie die Bezirkshauptmannschaften der Umgegend Wiens anzuweisen, auch in Angelegenheiten der Genossenschaftskrankenkassen ihres Amtes mit aller Strenge und Weisheit zu walten und deren Interessen in gleicher Weise zu vertreten, wie die der Bezirkskrankenkassen; ferner insbesondere den Magistrat Wien darüber zu befehlen, daß auch die Genossenschaftskrankenkassen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen existieren und daher auf weitgehendste Unterstützung, insbesondere durch Befreiung von Uebertreibungen gegen das Krankenversicherungsgesetz und die Gewerbrodungen, sowie durch rasche und freie Ueberleitung von Rückständen Anspruch haben.

Resolution III.

Die am 26. Oktober 1890 in der Sängerkasse (Prater) versammelten Mitglieder der genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens fordern die Regierung auf: 1. Geheuchlich die Unfallversicherung auf das gesamte Kleinergewerbe auszuweiten, in welchem die Zahl der Betriebsunfälle eine sehr bedeutende, das durch dieselben verursachte Elend ein nicht minderes ist, als im Großbetriebe; 2. zur Entlastung der Krankenkassen dadurch beizutragen, daß die wichtigsten Korrenschrift befreit wird und die Kapitalisten, Insassen (wie Epidemien) nicht ausgesetzten Unfallversicherungsanrainen der Krankenkassen ähnlich wie in Deutschland, auch die Kosten der ärztlichen Hilfe und Medikamente erlesen; 3. die Erhöhung der zu geringen Unfallrenten baldigt vorzunehmen und dabei insbesondere jene Arbeiter zu berücksichtigen, deren Lohn nicht einmal das für Beibringung schlagende Maximum von 300 fl. erreicht;

4. ein Versicherungsberaumung zur Ermöglichung einer einheitlichen Rechtsprechung in Fällen der Kranken- und Unfallversicherung zu erziehen, vorläufig aber schon jetzt Vertrauensmänner der Arbeiter in den Versicherungsberaumung zu bezeichnen.

Wien, die am 17. resp. 19. Oktober d. J. vorgenommenen Wahlen in das Gewerbegericht der Maschinen- und Metallindustrie in Wien ergaben folgendes Resultat. Aus dem Wahlerkörper der Arbeitgeber: Abgegeben wurden 62 Stimmen. Gewählt sind: A. S. Weichmann, Bronzewarenfabrikant, A. Brannner, Lampenfabrikant, Ant. Martinek, Fabrikleiter der Staatsbahnen, Aug. Nieder, Direktor der Mendendorfer Metallwarenfabrik. Aus dem Wahlerkörper der Arbeitnehmer: Abgegeben wurden 2211 Stimmen. Gewählt wurden: Jos. Bonget, Schlosser, Simmeringer Waggonfabrik, mit 2208 Stimmen. Jos. Peterer, Schlosser, Weltafabrik, mit 2208 Stimmen. Jos. Seidl, Schmied, Tramway-Werkschau, mit 2203 Stimmen. Jos. Klotz, Drechsler, Weltafabrik, mit 2193 Stimmen.

Fulnek. Nachdem schon lange nichts über die hiesigen Verhältnisse der Arbeiter in die Öffentlichkeit gelangt ist, so will ich hier ein kurzes Bild über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter sowie der ganzen Bevölkerung geben. Fulnek war bisher immer noch ein ziemlich bedeutender Industriort und verdienten die Arbeiter immer noch halbwegs gute Löhne. Aber wie überall, so auch hier richtet die moderne großindustrielle Produktionsweise Alles zu Grunde. So hat z. B. die Firma Friedrich Bolkal jetzt in Fulnek drei Fabriken und die Firma Kargl zwei Fabriken, welche früher in fünf Händen waren. Durch diese Konzentration der Fabriken sind selbstverständlich die Arbeiter alle auf einen Herrn angewiesen und ist jeder Arbeiter gezwungen, wenn er nicht Fulnek verlassen will, für jeden Hungerlohn zu arbeiten und sich die Gehälter der einzelnen Herren gefallen zu lassen. Da aber bei diesen Firmen seit längerer Zeit Geschlossenheit eingetreten sind und die Hälfte der Fabriken leer liegt, so ist es auch kein Wunder, daß sich die Arbeiter immer mehr und mehr verlieren und es jetzt über 40 Wohnungen leer stehen, ohne die Einzelnen, welche aus dem Familien fort sind. Wer Fulnek kennt, kann sich denken, was für einen Druck dies auf die Arbeiter, die Kleinerebetriebsbesitzer und Geschäftleute ausübt, und man kann sagen, das kleine Städtchen ist ganz ruiniert. Aber durch wen? Durch die moderne Produktionsweise, durch den heillosen Selbst, der niemals voll werden kann.

Die Firma Friedrich Bolkal beschäftigt heute circa 70 männliche Arbeiter und 14 Lehrlinge. Man stellt also, daß auch das Großkapital jugendliche Hilfsarbeiter heranzieht, um sie auszubilden. So erhielt ein Junge für eine Nacht in der Spinnerei unter 16 und hierdie 35 kr. Da aber laut Gesetz jugendliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren zur Nachtarbeit nicht verwendet werden dürfen, so müge die Firma von diesem Kennnis nehmen, damit sie bei nächster Gelegenheit nicht wieder Kinder von 14 oder 15 Jahren durch ganze Nächte für 35 kr. anstellt. Die Firma Kargl nimmt seit dem letzten Streit keine Lehrlinge mehr, denn diese machen dem Herrn Kargl, wie er sich selber ausdrückt, wenn sie Gefellen sind, Schwierigkeiten. Dort sind die Baurerinnen viel angenehmer, denn diese arbeiten um jeden Preis. Dabei wäre noch zu bemerken, daß in verschiedenen Fabriken, wo Baurerinnen arbeiten, immer etwas für den Herrn Direktor und die Herren Meister abfällt, so z. B. Butter, Eier, Enten u. s. w. Hauptlich, sind es meistens diejenigen Arbeiter, welche zuerst auf das Wasser geworfen werden, welche sich agitatorisch benehmen und welche dem Arbeiter-Bildungsverein angehörend. Bei der Firma Kargl sind so ziemlich alle Arbeiter entlassen worden welche sich bei dem letzten Streit im Deber- oder Streikverstehe befanden, ob verheiratet oder nicht; die Baurerinnen haben das Vorrat.

Sie aber kann diesen Herren Vorratern nur zurufen: Wohngesetz die Arbeiter, wie ihr wollt, es wird Euch doch nichts helfen. Wenn die Arbeiter es für nötig finden, zu streiken, streiken sie doch; denn der Arbeiter fordert heute sein Recht, und dieses will er erreichen, denn die großindustrielle Produktionsweise führt heute auf einen düren Akt, welcher heute oder morgen zerbrochen werden kann. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter sich organisieren, um so bald als möglich zum Ziele zu gelangen; und zu diesem Zwecke ist der Arbeiterverein die erste Stätte, wo kein Arbeiter fehlen soll. Aber wie sieht es da aus? Trotzdem hat nur sehr wenig Arbeiter in Fulnek sind, so könnte der Arbeiter-Bildungsverein doch mehr Mitglieder zählen. Aber die Zahl der Schwarzer ist durch die Noth so angedimmelt, daß sich ein Arbeiter für den anderen fürchten muß. Arbeiter! Laßt das Demagogen und haltet zusammen. Einer wie der Andere, dann werden wir auf geandem Boden kommen, dann wird es uns auch möglich sein, die Worte Karl Marx' zu verwirklichen, die da lauten: „Proletarier der ganzen Welt, vereinigt Euch“; denn Einigkeit macht stark. Laßt Eure persönlichen Interessen und denkt mehr an das allgemeine. Lebt fleißig die Arbeiterzeitungen, denn dies habt ihr noch sehr veräumt. Ein Kenner der Verhältnisse.

Zusatz. (Tiroler Landes-Versammlung.) Einen erfreulichen Beweis von dem immer weiter Umsichgreifen der Arbeiterbewegung, von der, trotz aller Hindernisse sich immer mehr verbreitenden Aufklärung und dem Erwachen des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern gab auch die am 28. September d. J. in Teßls in Tirol stattgehabene Landes-Versammlung der Tiroler- und Vorarlbergischen Arbeiter. Diese Versammlung zeigte klar und deutlich, daß an allen jenen Orten, in welchen sich eine Industrie zu entwickeln beginnt, auch bereits recht gute, besser gesagt, vielversprechende Anläge zu einer umfassenden Arbeiterbewegung vorhanden sind, und daß es jetzt nur an der energischen, zielbewußten, unermüdbaren Tätigkeit unserer dortigen

Parteilgenossen liegt, diese Anläge auszubauen zu einer mächtigen und erfolgreichen Bewegung.

Tirol, der Hort des Merkantilismus, die Hochburg der Reaktion und Zufluchtsstätte der Negtapläne und sonstiger Fünfterlinge, birgt bereits, zum größten Entsetzen aller „Gutgeanteten“, Keime einer sozialdemokratischen Bewegung in sich. Daß diese Keime sich baldigt entfalten und stetig wachsen und gedeihen mögen, das wünschen und hoffen wir.

Wie lassen unten den Versammlungsbericht folgen. Erschienen waren nebst 106 Teilnehmern aus den verschiedenen Orten noch eine größere Zahl von Gästen, darunter Gen. Kefel (Graz) und Pokorny (Wien.)

Die Versammlung begann um 10 Uhr vormittag. Nach einer herzlich begrüßung der Versammelten durch Gen. Sassa wurde zur Wahl des Bureau's geschritten. Gewählt wurden die Genossen Sassa und Willmannsberger zu Vorsitzenden, die Genossen Felger und Thallner zu Schriftführern. Referent Gen. Steffan erstattete einen sehr umfassenden Bericht über die Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Hierauf erstatteten die Genossen Bericht über die Bewegung, Lohn- und Lebensverhältnisse in den von ihnen vertretenen Orten. Viele Genossen gaben auch ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß immer weitere Schichten der Arbeiter von der sozialistischen Bewegung ergriffen werden.

Die Teilnehmer aus Vorarlberg klagten hauptsächlich über Hungerlöhne, schlechte Behandlung und rücksichtslose Ausbeutung, weiters über die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter seitens der Fabrikanten. Der Durchschnittslohn eines Webers pro Woche beträgt fl. 3; eines Schneider's fl. 3-4; einer Fäblerin bei 16-17 stündiger Arbeitszeit fl. — 30 per Tag.

Referent Gen. Veingrabner entrollt ein trauriges Bild der politischen und ökonomischen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Oesterreich und speziell in Tirol und Vorarlberg, und zeigt, wie die staatsgrundgesetzlich gewährte Rechte der Arbeiter gegenüber eingeschränkt sind und wie fast jeder Beamte das Gesetz anders auslegt. Es herrsche die reine Willkür gegenüber der arbeitenden Klasse, und dann wundert man sich, wenn die Ungleichheit von Tag zu Tag zunimmt.

In diesem Sinne sprachen auch die Genossen Pokorny und Kefel und gaben noch so manches Stückchen von der Freiheit in Oesterreich der Versammlung zum Beiten.

Gen. Sassa, als Referent über die Parteipresse, schilderte unter heutigem Brehewien, welches einzig und allein in den Händen der Großkapitalisten und Pfaffen liegt. Weil eben die Presse eine Hauptwaffe im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse ist, so soll hauptsächlich den Arbeitern sehr viel daran gelegen sein, sich dieses Mittels zur Aufklärung des gesamten Volkes zu bemächtigen. Die Arbeiterpresse wird durch verschiedene Censuren in ihrer Entwicklung gehindert. Rothwendig wäre es, daß ein jedes Land eine Arbeiterpresse hätte, jedoch spielen aber die Geldmächte hierbei wieder eine Rolle und machen dies unmöglich.

Referent Gen. Protiva konstatierte die Wichtigkeit der Fachorganisationen. Nachgewiesen wurde, daß nur durch Zusammenfassen der gestreuten Kräfte in Gewerkschaften und durch die Bildung von Verbänden im ganzen Reiche es möglich sei, die Arbeiterklasse vor gänzlicher Verelendung zu bewahren und sie widerstandsfähig zu erhalten gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Südtiroler Genossen ersuchten um materielle Hilfe zum Zwecke der Organisierung der italienischen Arbeiter, zur Gründung von Arbeitervereinen und Fachorganisationen in Trient. Genossen aus Meran wünschten, daß die Genossen die Regelung des Arbeitererziehungsweises in die Hand nehmen sollen. Weiters wurde beschlossen, alljährlich eine Landesversammlung abzuhalten und einen Landes-Kapitaliensatz zu bilden.

Ein Aufnahmungs- und Begrüßungsschreiben der Genossen in Wien wurde verlesen und mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Ein politischer Verein für das ganze Kenntland wird gegründet werden, und der in Graz erscheinende „Arbeiterwille“ wird von nun an auch als Organ der Tiroler und Vorarlberger Arbeiter anerkannt. Mit Befriedigung des „Wieder der Arbeit“ und einem Beschluß auf die Sozialdemokratie erfolgte um 7 Uhr abends der Schluß dieser, für die Fortentwicklung der Arbeiterbewegung in Tirol, so hochwichtigen Versammlung.

In den verschiedenen Punkten der Tagesordnung wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Ueber die allgemeine Arbeiterbewegung.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die kapitalistische Produktionsweise die steigende Unterdrückung der Arbeiter durch die herrschenden Klassen bedeutet, daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Herabwürdigung der Arbeiterklasse zur Folge hat und zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt, beschließt die am 28. September 1890 in Teßls tagende Landesversammlung, daß es Aufgabe, ja sogar heilige Pflicht der Arbeiterschaft ist, diese ausbeuterische und die freie Entwicklung hemmende Gesellschaftsordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

2. Betreffs der politischen Organisation.

Bei dem Umstande, daß es die weitestgehende Aufgabe des arbeitenden Volkes ist, die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in solche der Menschheit entsprechende, dieselbe beglückende umzugestalten, diese Umgestaltung aber sich nur um so ruhiger und mit weniger Opfer vollziehen wird, je mehr Klarheit und Einsicht in die Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht, daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch politische Maßregeln zu hemmen und aufzuhalten suchen, wodurch folgerichtig die Bewegung verärrert und verfehrt wird, erklärt die am 28. September 1890 in Teßls tagende Landesversammlung: Jede Beschränkung der Meinungsäußerung sowie Monopolisierung politischer Rechte durch die Besitzenden ist verwerflich und der natürlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft schädlich.

Die Landesversammlung verlangt daher: Volle Freiheit für die sozialdemokratische Propaganda und Agitation und die Möglichkeit einer ruhigen, aber vollständigen Organisation des Proletariats. Also: Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, der Pressefreiheit, sowie des Vereins- und Versammlungsbereichs. Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts von 20. Lebensjahre an als ein wichtiges Agitationsmittel, ohne sich dabei über den Wert desselben irgendwie zu täuschen. Sicherung der Hochschullehre durch Beteiligung der gegenwärtigen Uebelthäter. Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts.

Endlich erachtet die Landesversammlung die Gründung eines politischen Vereins für Tirol und Vorarlberg als wichtigen Organisations- und Förderer der Agitation für notwendig, und wird das Einberufungs-Komitee mit den Vorarbeiten zur Gründung desselben betraut.

3. Ueber die Presse.

Nachdem die Presse eines der wichtigsten Agitationsmittel zur Aufklärung, des noch indifferenten Proletariats des Landes Tirol und Vorarlberg ist, so ist es der Wunsch der heutigen Landesversammlung, daß eine, die in unermessendem Maße

eigenartig bestehenden Verhältnisse berücksichtigende Arbeiterpresse agitatorisch ein- greife, um ein fruchtbares Mittel zu besitzen, die noch indifferenten Arbeiter der Stadt- und Landbevölkerung zu gewinnen. In diesem Zwecke werden die Ein- berufer der am 28. September 1890 in Tetsch tagenden Landesversammlung beauftragt, mit den Herausgebern des bestehenden Organs für die Alpenländer, „Arbeiterwille“, in Uraz sich ins Einvernehmen zu setzen, und sollten dieselben unseren Wünschen Rechnung tragen, von der Gründung eines eigenen Blattes vorläufig Abstand zu nehmen, bis eine in späterer Zeit tagende Landesversamm- lung es anderweitig für nützlich erkennt.

Die Landesversammlung beschließt weiter, dahin zu wirken, daß für die größtmögliche Verbreitung durch Abonnement, sowie durch Subventionen von Vereinen für Inzerate, die Presse der Arbeiterkassen thätigst unterstützt werde.

4. Ueber das Gewerkschaftswesen.

In Ermägung, daß gegen die Herabdrückung der derzeit in der Regel ohnedies färglichen Lebenshaltung der Arbeiter geleglich kein wirksamer Schutz besteht und nachdem durch die rapid fortschreitende Technik die menschliche Arbeits- kraft erspart und der beschloß Arbeiterstand in moderner Zeit im ökonomischen Sinne als Ware betrachtet und behandelt, und immer wertloser wird, erklärt die heutige Landes-Versammlung, daß die Organisation der verschiedenen Berufs- arbeiter in amedienprechender Weise allerorts anzustreben ist, welche zu erreichen trachten sollen:

- a) Die sofortige Einführung einer nicht über 10 Stunden ausgedehnten Arbeitszeit in allen Berufsweigen und baldigste Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages von 8 Stunden;
 - b) Befreiung der Sonntagsarbeit in allen Gewerben mit nicht absolut notwendigem fortwährendem Betriebe;
 - c) Festsetzung eines territorial-möglichen Minimal-Arbeitslohnes für alle Arbeiter beiderlei Geschlechtes;
 - d) Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auch auf die handwerksmäßigen Gewerbe, sowie in geeigneter Weise auch auf die ländlichen Arbeiter.
- Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes empfiehlt die Versammlung die Vertretung geeigneter Erwerbs- und Betrieben, welche das Klassenbewußtsein des Arbeiterstandes und das stitliche Bewußtsein desselben fördern. Als weitere Maß soll die Vermittlung der Streitigkeiten für zulässig, welche jedoch nur dann in Anspruch genommen werden sollen, wenn die Gesamt-Organisation nach Ermägung und Berücksichtigung aller Umstände die Zustimmung erteilt, in welchem Falle aber auch alle organisierten Berufsangehörigen zur materiellen und geistigen Unter- stützung materiallich verpflichtet sind.

Endlich wurde auch noch von der Landes-Versammlung der Beschluß gefaßt, im nächsten Jahre wieder eine derartige Versammlung einzuberufen.

Ungarn.

Die Parteileitung der ungarländischen Arbeiter- partei veröffentlicht folgenden Aufruf:

Arbeiter! Genossen!

Als nach den folgenschweren Ereignissen im Jahre 1868 die langjährige Unterdrückung schwand und mit der staatlichen Selbstständigkeit Ungarns das öffentliche Leben immer reger wurde, betrat auch die Arbeiterklasse den Boden selbstständig-öffentlicher Thätigkeit und organisierte sich als sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Jahrhunderte alte revolutionäre Tradition des ungarischen Volkes, welche aus der in den Jahren 1848 und 1849 vollzogenen Umwälzung neue Richtung zog, bewirkte, daß die sozialistischen Ideen auch nach unserem Heimat- lande ihren Siegeslauf nahmen und hier willige Aufnahme fanden.

Die überaus glücklichen Erfolge der Arbeiterbewegung zu Ende der Sechziger Jahre weckten überschwängliche Hoffnungen. Doch bald zeigte es sich, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die herrschenden Parteien, gerade so wie in anderen Ländern, auch bei uns ein schwerer sein, und daß es zähen Ausdauer und einer kräftigen Organisation bedürfen werde, um den Verdrängungen und Angriffen von allen Seiten zu widerstehen.

Es wurden im Laufe der letzten zwei Decennien gegnerischerseits wieder- holt die verschiedenartigen Versuche gemacht, die Entwicklung der Arbeiterbewe- gung zu hemmen, deren Fortschreiten zu unterdrücken; es fiel so manches Opfer; die Bewegung der Bewegung schritt, so oft sie auch in der Folgezeit ver- sucht wurde.

So ist die Geschichte der ungarländischen Arbeiterpartei dieselbe, wie die Geschichte des Proletariats aller Länder: Hundertmal geschlagen, aber nie besiegt!

Freilich sollte die innere Entwicklung der ungarländischen Sozialdemokratie nicht so ungestört ihren Fortgang nehmen. Die aristokratische Demagogie der geistigen Entwicklung, welche seit jeher die Völker der ungarischen Länder getroffen, erschwerte jeden Fortschritt. — Eine weitere Ursache war — und das ist ein Hauptmoment — daß die kapitalistische Entwicklung und Ausdehnung der Produktionskräfte, die Entwicklung der Industrie, durch vielfaches feudales Eingreifen gehindert, zwar imgeschie- nellen Fortschreiten begriffen, aber ungleichmäßig und im Verhältnis zu anderen Staaten noch weitlich zurückgeblieben war.

In den Verhältnissen des Volkscharakters, welche die viersprachigen ungarischen Länder bieten, kommen so noch die Gegensätze der ökonomischen Ver- hältnisse, welche neben Agrarismus mit moderner Industrie auf höchster Stufe, Ge- genden mit ganz rückständigen, primitiven Wirtschaftsformen aufweisen.

Unter so schwierigen Verhältnissen mußte die eigentümlich ungarische Me- thode der Anwendung und Handhabung der oft mangelhaften und lückenhaften Gesetze — von denen es im Auslande heißt, daß sie im großen Ganzen liberal wären, im Einzelnen jedoch von den Behörden mit „gesunder Billigkeit“ gesezt wurden — die natürliche Entwicklung der Arbeiterbewegung um so härter beeinträchtigen.

Die Arbeiterbewegung hatte aber auch unter eigenen Fehlern zu leiden. Persönliche Zwistigkeiten, Meinungsverschiedenheit über die bei einzelnen Fragen zu beobachtende Taktik, nicht selten vorkommende Unklarheiten, der oft in falsche Bahnen geleitete Tagendrang Einzelner, wurden Anlaß überflüssigen und schäd- lichen Streites, der auch noch durch Personenfehden, den gefährlichsten Feind aller sachlichen Erfolge, verhärtet und verbittert wurde.

So wurde das Fortschreiten der Partei gehemmt, ihre Thätigkeit gelähmt. Aber was die rücksichtslose Gewalt der Gegner nicht vermochte, konnte auch eigenes Verschulden nicht zu Stande bringen. Die aus ökonomischen Ver- hältnissen erwachsende und aus diesen unbeherrschbare Kraft schöpfende prole- tariatische Bewegung hat wie immer und überall, so auch in Ungarn Beides überwunden.

Die lange Jahre anhaltende Apathie und Unthätigkeit der Arbeiterklasse hat aufgehört; die nur zu lange Zeit andauernde Gleichgültigkeit der eigenen Lebenslage gegenüber hat in weiten Kreisen der einzig richtigen Erkenntnis Platz gemacht, daß nur die Arbeiter, und nur diese allein berufen sein können, für Verbesserung ihrer Klassenlage und für ihre Emanzipation aus ökonomischen Fesseln einzutreten.

In dieser Zeit versammelte sich im Laufe des vergangenen Jahres der Internationale Arbeiterkongress in Paris.

Die hier gefaßten Resolutionen nahmen die letzten Spuren des Bannes von den ungarländischen Arbeitern; die Kunde vom Feiertage der Arbeit ver- breitete sich mit der Rapidität eines elementaren Ereignisses bis in das letzte Städtchen, bis in die letzte Gemeinde, bis zum letzten Weiler.

Der allgemeinen Begeisterung entsprach die Ausföhrung.

Die herrschende Gesellschaft bekam die drohenden Schritte der heran- marchierenden Arbeiterdemonstration zu hören — unsere Arbeitsbrüder haben die erste Feuerprobe glücklich bestanden; trotz der vielen künstlichen Hindernisse haben ihre Disziplin und ihre Organisation sich glänzend bewährt.

Unter Einwirkung dieses für die ungarischen Länder mächtigen Ereignisses wurden immer dringlicher Wünsche laut, es möge den Arbeitern der ungarischen Länder dem Klassenbewußtsein Proletariat Ungarns Festigkeit geboten werden, ihre gemeinsamen Interessen, Wünsche und Bestrebungen kennen zu lernen, die- selben zu besprechen und zu einer Reihe von wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Genossen!

Wir laden Euch ein, das zu thun.

Zu diesem Zwecke haben sich die Unterzeichneten entschlossen, für die Tage vom 7. und 8. Dezember 1890 einen öffentlichen

Parteitag

der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Ungarns

einzuberufen.

Der Ort und die genaue Tagesordnung des Parteitages, wie auch die Modalitäten der Theilnahme werden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Ge- nossen, welche an ihm teilnehmen wollen, mögen ihren Namen und ihre Adressen längstens bis zum 1. Dezember an eine der unterzeichneten Redaktionen ge- langen lassen.

Genossen!

Ueber die Köpfe der herrschenden, im Chauvinismus das Abgüßteste lei- tenden Klassen hinweg, werden sich die Arbeiter offen und ehrlich einander die Bruderhand reichen, Ziel und Taktik der Partei klar und unzweideutig fest- stellen.

Genossen!

Indem wir diese Einladung an Euch richten, sind wir überzeugt, ein Werk zu unternehmen, das geeignet ist, der Arbeiterpartei wesentlich zu nützen, ihre Thätigkeit wirksamer zu machen, ihre Kampfeswürdigkeit neu zu beleben. Findet Euch zahlreich ein und mit uns möge Euer Herz erfüllen als der feste Entschluß, eine untrennlich kämpfende Schaar von Brüdern zu bilden, die nicht ruhen und rasten werden, bis unsere heilige Sache gesezt hat und das große Ziel erreicht ist: Die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Wenden wir nicht zurück, schauen wir vorwärts! Wir wissen, daß wir die Befreiung nur unserer eigenen Kraft, der Arbeiterklasse selbst, werden verdanken können, aber nur dann, wenn sie einträchtig zusammensteht. Lieben wir die Soli- darität, die Brüderlichkeit in unseren Reihen; dann wird uns der Sieg Freiheit und Gleichheit bringen.

Budapest, am 18. Oktober 1890.

Die Redaktion der „Arbeiter-Wochenfront“, Budapest.

Die Redaktion der „Népszava“, Budapest.

Ausland.

Deutschland.

? Berlin, den 28. Oktober. Die gegnerische Presse kann sich noch immer nicht über den Verlauf des Parteitages beruhigen. In ihrer theils selbst, theils sich selbst betrübenden Auffassung von den Vorgängen innerhalb unserer Partei erhoffte sie sich vom Partei- tage, daß wir dort die Geschäfte unserer Gegner und nicht die un- serigen besorgen werden. Und als dies nicht geschah, als wir eintrügler denn je den Parteitag verlassen hatten, fand ihr Kraker nur den Ausweg, den Parteitag als ein unbedeutendes Ereignis darzu- stellen. Nichts kann uns gleichgültiger sein! Wir schätzen unsere Erfolge doch nicht an dem Urtheil unserer Gegner. Wenn ein leiten- des konservatives Blatt schreibt, die deutschen Sozialdemokraten haben eine Woche getagt, nur um fünf Personen Gehalte auszuzahlen, so ist das läppisch und andererseits erregend, denn was kann es Angenehmeres geben, als die totale Unfähigkeit der Gegner. Diese ist wenigstens bei den deutschen Konservativen so groß, daß sie allein fast den Sieg unserer Sache verbürgen könnte.

Klärer wie die Wunder sind die Ultramontanen. Diese haben sofort Anstalten der Abwehr getroffen gegen den angeblichen Ein- bruch in ihre erdgegebenen Sitze. Herr Windhorst hatte sofort eine aus Geistlichen und einflussreichen Laien zusammengesetzte Konferenz einberufen zur Berathung der Frage, wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie am besten zu führen ist. Die Herrschaften haben hinter verschlossenen Thüren getagt, so daß Ihr Korrespondent nicht mittheilen kann, ob die Beschlüsse der Herren gar gefährlich sein werden; es sei nur versichert, daß wir uns nicht übermäßig fürchten. Herr Windhorst ist zwar schlauer wie die Puttkamer und Her- furt, versteht aber von der Sozialdemokratie nicht mehr wie diese Herren. Allzu gefährlich wird dieser Gegner kaum werden. — Uebrigens trauen wir Herrn Windhorst soviel Erkenntnis der Sach- lage zu, daß er sich nicht der Hoffnung hingibt, uns aus der schon eingenommenen Position zu verdrängen, er wird wohl nur wünschen, den Einbruch in die ländlichen katholischen Bezirke zu verhindern, die städtischen gehören ja schon ohnedies fast ganz uns.

So schnell, wie viele Genossen meinen, dürfte es freilich mit der Eroberung der ländlichen Kreise nicht gehen. Wir dürfen da so manche Enttäuschung erleben, wenn auch der endgültige Erfolg uns sicher erscheint. Uns fehlt vorerst die Erfahrung, wie man das Landvolk behandelt, wie man es ihm klar macht, daß nur unsere Partei seine Interessen vertritt; uns fehlt auch die richtige Schätzung für die vielen, in alten Vorurtheilen bestehenden Hindernisse, die sich unserer Agitation entgegenstellen werden; endlich muß man sich vollkommen klar darüber sein, daß die Agitation auf dem Lande nicht nur der Form nach eine durchaus andere sein muß als die in den Städten.

Zum Glück für die Bourgeoisepresse fiel in diese Woche der 90. Geburtstag des Feldmarschalls Wolke, so daß sie endlich auch von etwas anderem reden konnte, wie vom Halle'schen Parteitage.

Der sozialdemokratische „Politische Verein für Tirol und Vorarlberg“. Polizeiliche Auflösung und Neugründung (1891-1893)

1891 gründete die Tiroler Sozialdemokratie einen „Politischen Verein für Tirol und Vorarlberg“ als Trägerorganisation. Die Statthalterei konnte die Gründung nicht untersagen, ehe ein Flugblatt 1892 Gelegenheit zum Eindämmen der Arbeiterbewegung bot.

Am 27. April 1892 hat das Landesgericht Innsbruck als Pressgericht ein Verbot über eine Flugschrift des „Politischen Vereins“ verhängt, nachdem der Verein zwei Tage zuvor das „staatsgefährliche“ Johann Most'sche Gedicht „Die Arbeitsmänner“ und Josef Zapfs/Josef Scheus „Lied der Arbeit“ veröffentlicht hatte. Vor allem das aus „5 Strofen bestehende, mit ‚Wer schafft das Gold zu Tage?‘ beginnende und mit ‚Dann siegt ihr Arbeitsmänner, das Proletariat‘ endigende Gedicht ‚Die Arbeitsmänner‘ begründet den Thatbestand des Vergehens im Sinne des § 302 StG und wird deshalb gemäß § 489 StPO die Bestätigung der verfügten Beschlagnahme ausgesprochen und nach § 493 StPO das Verbot der weiteren Verbreitung der Druckschrift ausgesprochen und zugleich nach Vorschrift des § 37 des Preßgesetzes auf Vernichtung der konfiszierten Exemplare erkannt.“

Auf Grund dieses Gerichterkennnisses löste die Statthalterei den „Politischen Verein“ am 25. Mai 1892 wegen Statutenüberschreitung als unrechtmäßigen sozialistischen Verband auf: „Der politische Verein für Tirol und Vorarlberg, dessen Statuten am 21.1.1891 Z. 305 pr. bescheinigt worden sind, hat nach § 2 der [Statuten] den Zweck, seine Mitglieder politisch auszubilden, u. sucht diesen Zweck zu erreichen durch wissenschaftliche Vorträge u. Besprechungen über politische, nationalökonomische u. religiöse sowie anderweitige, auf das politische Leben Bezug habende Fragen u. eventuelle Stellungnahme zu denselben durch Abhaltung von Volks- und Wanderversammlungen (...) unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.“ Aber: „Der genannte Verein stellt sich seiner Zusammensetzung und Tendenz nach als ein Verein socialistisch gesinnter Arbeiter dar, wie denn auch die bekannten Arbeiterführer [Ignaz] Saska, [Eduard] Protiva, [Michael] Zelger an dessen Spitze stehen.“

Die Statthalterei begründete dies mit dem „höchst aufreizenden Inhalt“ des Arbeitsmänner-Liedes, das „gegen die besitzenden Klassen und die bestehende Gesellschaftsordnung“ aufhetzt und „das ‚Proletariat‘ auffordert, zur rothen Fahne zu schwören, sich die Freiheit zu erkämpfen, das Joch der Not und den Bund der Menschenfeinde zu zerstören und schließlich dem Proletariat den Sieg verspricht“.

Am 18. August 1892 bestätigte das Ministerium des Inneren die Auflösung, da das Flugblatt „Die Arbeitsmänner“ als „staatsgefährlich erkannt werden muß, und daher [der Verein] auch aus diesem Grunde den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes nicht entspricht.“ Um das geringe Vereinsvermögen für die Sozialdemokratie zu retten, erklärten sich die Obleute des alten „allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins in Innsbruck“ Josef Reckziegel, ein Tischlergeselle, und Adolf Starck bereit dieses zu übernehmen.

Im November 1892 reichten die Arbeiter **Johann Matzinger** („geb. 1868 zu Chwallatitz in Mähren, daselbst zuständig, wohnt Herzog Friedrichstraße Nr. 34, 4. Stock“, lange Zeit Aktivist in den gewerkschaftlichen Vereinen der Schneider und Kleidermacher) und **Florian Höbl** („geb. 1855 zu Graz, zuständig nach Köflach“) die Statuten für einen neuen „politischen Verein für Tirol“ ein. Die Statthalterei verweigerte die Gründung, da auch dieser Nachfolge-Verein sich „die Verbreitung social-demokratischer Grundsätze zum Zweck machen will“, also offen „staatsgefährlichen Tendenzen huldigt“ und „demnach dessen Bildung im Grunde des § 6 Vereinsgesetz zu untersagen“ ist.

Mit Erfolg führen Johann Matzinger und Florian Höbl im Jänner 1893 in ihrem Rekurs aus: „Die Bestrebungen und Grundsätze der socialdemokratischen Parthei in Österreich wurden am Partheitage zu Hainfeld im Jahre 1888-89 in einem klar formulirten Programm beschloßen, das Programm ist im stenografischen Protokolle des genannten Partheitages unbeanständet im Druck erschienen, es wurde wiederholt in öffentlichen Zeitungen und Versammlungen erläutert und empfohlen, ohne daß dagegen ein Verbot erlassen wurde.“

In dem § 1 der Statuten des politischen Vereins für das Kronland Böhmen [genehmigt 1892] und in den Statuten des socialdemokratischen Wahlvereins für den V. und VI. Bezirk in Wien

[genehmigt 1892] ist als Zweck der Vereine nebst Anderem gleichfalls, die Verbreitung socialdemokratischer Grundsätze' eingeflochten, ohne daß von den Landesbehörden ein Anstand erhoben wurde. Aus diesen Thatsachen geht hervor, daß die socialdemokratischen Grundsätze nicht mit Recht durchwegs als der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zuwiderlaufend behandelt werden können (...)."

Matzinger und Höbl brachten des Weiteren vor, „daß der Socialismus zunächst eine wissenschaftliche Doctrin ist, welche zeigt, wie die gesellschaftlichen Übel, hervorgerufen durch die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskräfte durch das Kapital beseitigt werden können“. Dem widersprach die Statthalterei, da sich die Aktivisten der Tiroler Arbeitervereine nicht mit der „blos akademischen Behandlung“ von „sociologischen Theorien“ begnügen, sondern vielmehr „den Boden ebnen, damit diese Theorien in das Praktische übersetzt werden, und hierin scheint der k.k. Statthalterei eben das Staatsgefährliche und Ordnungswidrige derartiger Bestrebungen zu liegen“.

Am 9. März 1893 gibt das Ministerium dem Rekurs statt, „weil mit Rücksicht auf § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, RGBl. Nr. 134, die Untersagung des obgenannten Vereines nicht begründet erscheint“. Zugleich erteilt das Ministerium den Auftrag, „die strenge und eingehende Überwachung des zu bildenden Vereines einzuleiten, und gegen denselben gegebenen Falls nach § 24 des ob citirten Gesetzes einzuschreiten“.

Im Mai 1893 wurde der „Politische Verein für Tirol“ im Innsbrucker „Adambräu“ vor 30 Mitgliedern und 100 Gästen neu konstituiert. Ignaz Saska wurde zum Obmann, der Buchdruckergeselle Josef Prachensky zum Schriftführer gewählt.

Ende April 1892 wurde das Maiflugblatt des „Politischen Vereins für Tirol und Vorarlberg“ wegen des als „staatsgefährlich“ eingestuftes „Liedes der Arbeitsmänner“ beschlagnahmt und in weiterer Folge der sozialdemokratische Verein verboten und aufgelöst.

Die Arbeitsmänner

Wer schafft das Gold zutage?
Wer hämmert Erz und Stein?
Wer webet Tuch und Seide?
Wer bauet Korn und Wein?
Wer gibt den Reichen all Ihr Brot
und lebt dabei in bitterer Not?

Das sind die Arbeitsmänner
das Proletariat!
Das sind die Arbeitsmänner,
das Proletariat!

Wer plagt vom frühen Morgen
sich bis zur späten Nacht?
Wer schafft für andre Schätze,
Bequemlichkeit und Pracht?
Wer treibt allein das Weltrud
und hat dafür kein Recht im Staat?

Das sind die Arbeitsmänner,
das Proletariat!
Das sind die Arbeitsmänner,
das Proletariat!

Wer war von je geknechtet
von der Tyrannenbrut?
Wer mußte für sie kämpfen
und opfern oft sein Blut?
O Volk, erkenn, dass du es bist,
das immerfort betrogen ist!

Wacht auf, ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat!
Wacht auf, ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat!

Rafft eure Kraft zusammen
und schwört zur Fahne rot!
Kämpft mutig für die Freiheit!
Erkämpft euch bessres Brot!
Beschleunigt der Despoten Fall!
Schafft Frieden dann dem Weltenall!

Zum Kampf, ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat!
Zum Kampf, ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat!

Ihr habt die Macht in Händen,
wenn ihr nur einig seid.
Drum haltet fest zusammen,
dann seid ihr bald befreit.
Drängt Sturmschritt vorwärts in den Streit,
wenn auch der Feind Kartätschen speit!

Dann siegt ihr Arbeitsmänner,
das Proletariat!
Dann siegt, ihr Arbeitsmänner,
das Proletariat!

*Text: Johann Most, Musik nach „Andreas Hofer-Lied“ von
Leopold Knebelsberger*

Eduard Protiva. Obmann des „allgemeinen Arbeitervereins“ Innsbruck Anfang der 1880er Jahre

Der im böhmischen Schüttenhofen geborene Eduard Protiva war in Feldkirch und Bozen, dann in Innsbruck als Schuhmachergeselle tätig. Über Protiva meldete die Feldkircher Bezirkshauptmannschaft Anfang der 1880er Jahre: „Protiva Eduard aus Schüttenhofen, polit. Bezirk Strakonitz in Böhmen, war vom 19. April bis 1. September 1879 beim Schuhmacher Sandholzer hier [Feldkirch] und von da an bis 10. oder 11. Oktober 1880 beim Schuhmacher G. Luger in Dornbirn in Arbeit und ist am 13. Oktober 1880 über Feldkirch angeblich nach Innsbruck durchgereist. Derselbe soll Chef eines Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Unterstützungs-Vereines /:unbekannt wo:/ sein, hat während seines Aufenthaltes hier von der Post auffallend viel Bücher und Drucksorten erhalten, viel korrespondirt.“

Protiva zählt zu den ältesten Tiroler Arbeitersozialisten. 1881 zum Obmann des Innsbrucker „Allgemeinen Arbeiter-Vereins“ gewählt galt er der Polizei als „gefährlicher Socialisten-Agitor“. Im sozialistischen Fraktionskonflikt stand Protiva aber auf Seite der „Gemäßigten“, die sich für soziale Reformen einsetzten und diese nicht wie die „Radikalen“ als „Wassersuppen“ und bloße Almosen abwerteten.

Nach dem Abgang von Franz Loy und Johann Perz 1881 trat Eduard Protiva für einige Jahre als ein zentraler Sozialistenfunktionär auf. Anfang 1883 vermerkt die Statthalterei über Eduard Protiva wieder einmal: „32 Jahre alt aus Schüttenhofen (...) in Böhmen gebürtig, derzeit beim Schuster Seitz in der Maria-Theresienstraße hier [in Innsbruck] beschäftigt, ist ein bekannter, sehr thätiger und gefährlicher Socialisten-Agitor; früher als Schuhmachergeselle in Feldkirch, Schriftführer beim aufgelösten Arbeiter-Fortbildungs-Verein daselbst [in Feldkirch] vom 20. Mai bis 1. September 1879, hält sich seit dieser Zeit in Innsbruck auf, wo er als der Leiter und die Seele der socialistischen Bestrebungen bezeichnet werden kann. (...) Obwohl eine feurige u. energische Natur schloß er sich doch nicht den radikal-revolutionären Richtungen an, sondern gehört, wie er dieß auch bei der am 25. Dez. 1880 in Julienfeld bei Brünn stattgefundenen Delegirten-Conferenz der socialistischen Partei bewies, der mehr gemäßigten Richtung der Partei an.“



Eduard Protiva

Im Jänner 1881 zeigt das Innenministerium Eduard Protiva als Teilnehmer des Julienfelder Parteitages an: „Bei der diesfälligen Debatte soll sich herausgestellt haben, daß die Wiener, Grazer und Klagenfurter Parteigenossen mehr der [radikalen] Londoner ‚Freiheit‘ als zum Züricher ‚Socialdemokrat‘ gravitiren, während die Brüner, Innsbrucker und Reichenberger Sozialisten mehr oder weniger sich als Anhänger der von dem letztgenannten Blatte vertretenen Prinzipien manifestiren.“ In Innsbruck wurde gegen Protiva trotzdem ermittelt, da er den verbotenen österreichischen „Arbeiterkalender pro 1881“ verteilt hatte, da unter seinem Vorsitz bis Ende 1882 im Lesezimmer des Innsbrucker Arbeitervereins sowohl die „Wahrheit“ der „Gemäßigten“ als auch die „Zukunft“ der „Radikalen“ aufgelegt ist.

Im Oktober 1882 nahm Eduard Protiva als Tiroler Delegierter am sozialdemokratischen Arbeitertag in Brünn teil, anwesend auch Karl Kautsky. Auch deshalb wurde gegen ihn ermittelt, obwohl Protiva auch in Brünn für die Agitation auf „gesetzlichem Boden“ und damit gegen die radikale Losung „vom Kampf mit allen Mitteln“ eingetreten war.

Protiva war maßgeblicher Mitorganisator der ersten sozialistischen Maifeier 1890 und der Telfer Gründungskonferenz im September 1890. Zuletzt Angestellter der Arbeiterkrankenkassa musste er sich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Parteileben zurückziehen. Sein Begräbnis in Innsbruck-St. Nikolaus wurde 1910 zu einer großen Parteidemonstration, auf der Josef Holzhammer einen Nachruf sprach. Kurz vor seinem Tod hat Protiva zur großen Freude noch an der Eröffnung des Innsbrucker Arbeiterheims teilnehmen können.

Zu Protivas engsten Genossen zählten Karl Beck, Egidius Nebowitzky, Franz Steinwendtner oder Josef Gleinsler.

Karl Beck, aus einer armen Proletenfamilie im Schlesischen stammend, verstirbt verarmt im März 1930 im Alter von 79 Jahren. Er war Aktivist der gewerkschaftlichen Schuhmachervereine, ein schon in den späteren 1870er Jahren polizeilich schikantierter Kolporteur von sozialistischer Literatur. Beck war Mitgründer vieler Fachvereine. Er war beteiligt an den Streikkämpfen der Schuhmacher 1885 in Innsbruck. Er betrieb später in der Innsbrucker Altstadt eine kleine Schusterwerkstatt, von der er „mehr schlecht als recht lebte“. Josef Gleinsler spricht beim Begräbnis.

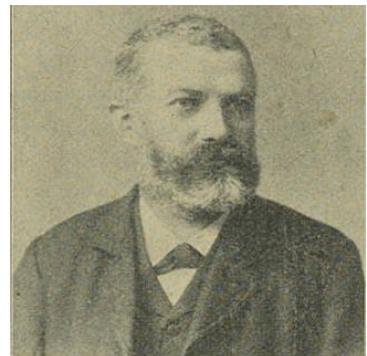


Karl Beck

1890 hat Karl Beck die erste Maidemonstration mit vorbereitet. Im Vorfeld verlangte er vor ca. 60 Schuhmachern rasche Arbeitszeitverkürzung, die Abschaffung des Akkord, des „Stücklohn-Systems“, von Truck-Systemen, also die Abschaffung von Löhnen in „Blechmarken“ auf Unternehmerkantinen, in inferioren Naturalgütern. Beck und seine Genossen beklagten Anfang 1890, dass vom Polizeikommissär unterbunden „kein Beschluß zur Feier des 1. Mai gefaßt“ werden darf. Karl Beck erläutert die Bedeutung des 1. Mai und der Achtstundentags-Parole, „die auf dem vorigjährigen Pariser Arbeiter-Kongresse beschlossen worden“ ist.

Zur Mai-Rede von Karl Beck wurde 1890 angemerkt: „Redner Beck schildert die Verhältnisse von Schlesien, in den angrenzenden Bezirken Galiziens, in denen die letzten bedauerlichen Excesse vorgekommen sind, und führt die Ursache derselben auf die maßlose Ausbeutung der Arbeiter seitens der Bodenbesitzer zurück. Als Beispiel für die dortigen Verhältnisse führt Redner seine Jugendzeit an, die er in Schlesien seinem Heimatlande verbracht und sagt, er habe als junger Mensch täglich 16 kr., sein Vater 40 kr. und seine Mutter 26-30 kr. ohne Kost im Taglohne bei der Feldarbeit verdient, und so stehen die Verhältnisse noch heute.“

Egidius Nebowitzky, am 3. September 1932 im 78. Lebensjahr als Bundesbahn-Pensionist verstorben, galt als Genosse „von der alten Garde“. Von Beruf Maschinenschlosser in der Südbahnwerkstätte war er seit den frühen 1880er Jahren sozialistischer Aktivist, in den 1890er Jahren Mitbegründer der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisationen, deren Verbot er 1897 miterlebt hat, aktiv in der Arbeiterkrankenkasse, zuletzt tätig in der Sektion Dreiheiligen/Innsbruck.



Egidius Nebowitzky

Im Jänner 1882 hatte die Staatsanwaltschaft Innsbruck ein Verfahren gegen den gerade zur Sozialdemokratie gestoßenen Egidius Nebowitzky eingeleitet, da dessen Name in der Zeit des deutschen „Sozialistenverbots“ auf einer Flugschriften-Verteilerliste gefunden wurde: „Der großherzoglich badische Staatsanwalt in Freiburg avisirte mich unter dem 5. Jänner d.Js., daß in Haltingen an der Grenze zu Basel Briefe mit socialdemokratischen Schriften zur Aufgabe kamen. In der Postlade fand sich ein Brief mit der Nummer 1 ‚des Socialdemokrat‘ unter der Adresse Eduard Nebowitzky, Schlosser, Südbahndreherei Innsbruck. Ich veranlaßte sofort Hausdurchsuchung bei Eduard richtiger Egid Nebowitzky, es wurden aber nur unbeanständete socialdemokratische Druckschriften vorgefunden.“ Weiter führt der Staatsanwalt an: „Egid Nebowitzky, gebürtig von Pavia, zuständig nach Guttenberg [Guttenbrunn] in Böhmen, 27 Jahre alt, (...), stellt in Abrede einen Brief aus Haltingen oder überhaupt Druckschriften aus dem Ausland erhalten zu haben, er will vor 2-3 Jahren in Baden und zwar in Pforzheim gewesen sein, sich jedoch nur wenige Tage dort aufgehalten haben, also auch den Aufgeber des Briefes nicht zu kennen.“

Josef Gleinsler, geboren am 23. Februar 1857 in Innsbruck als Sohn eines Dieners und Requisiteurs am Innsbrucker Stadttheater, erlernt den Schuhmacherberuf. Er war in den 1870er Jahren der Theatergruppe eines katholischen Gesellenvereins in Salzburg beigetreten, wechselt aber bald zur sozialdemokratischen Arbeitervereinigung, gründet

dann in Passau einen Fachverein der Schuhmacher, wird dort erstmals polizeilich geregelt. 1879 kehrt er nach Innsbruck zurück, ist aktiv im hiesigen Allgemeinen Arbeiterverein. Als Kolporteur der „Volks-Zeitung“ gelingt es ihm wiederholt, angeordnete Konfiskationen zu unterlaufen und das Gros der Exemplare an die Abonnenten weiterzuleiten. Um 1890 in Hall in einer sozialdemokratischen Gruppe aktiv, ist Gleinsler an zahlreichen Unterinntaler „Klassenschlachten“ gegen konservativ-klerikale Provokationen beteiligt. Gleinsler organisiert zahlreiche Arbeiter- und Bauerntheateraufführungen. Ab 1895 war er als Krankenkassa-Kontrollor tätig, Anfang 1937 verstorben.



Josef Gleinsler

Alois Treibenreif (1836-1903). Ein Tiroler Arbeiterradikaler in der Sozialdemokratie

Im Februar 1882 meldete die Bezirkshauptmannschaft Bregenz die Verhaftung des aus Layen im Eisacktal bei Bozen gebürtigen Arbeiterradikalen Alois Treibenreif (1. November 1836 - Juli 1903 in Wien-Favoriten).

Alois Treibenreif war zuvor aus Wien wegen „Mangel eines erlaubten Erwerbes und der entsprechenden Subsistenzmittel“ nach Schubgesetz 1871 aus Wien entfernt worden. Auch München hatte Treibenreif, der zuvor in der Schweiz, in Salzburg oder in der ungarischen Reichshälfte jeweils bald „abgeschoben“ agitiert hatte, verlassen müssen, da er sich unter den Bedingungen des „Sozialistenverbots“ durch Zeitungsschmuggel an „der sozialdemokratischen Bewegung beteiligt“ hatte.

Der Tischlergeselle Treibenreif sollte in den westlichen Alpenländern für den arbeiterradikalen Flügel der gespaltenen österreichischen Sozialistenpartei arbeiten. Das Innenministerium zeigte im Dezember 1881 der Statthalterei an, dass Treibenreif aus Wien mit dem Ziel abgereist ist, um „in Wels, Ried, Salzburg, Rosenheim, Innsbruck, Meran, Bludenz und Bregenz sogenannte revolutionäre Gruppen nach Most'scher Anweisung zu organisieren“.

Treibenreif selbst stellte im Polizeiverhör „in Abrede nach Bregenz zu andrem Zwecke, als dem, dortselbst Arbeit zu suchen gekommen zu sein“. Man konnte Treibenreif aber nachweisen, „an den Redacteur des [radikalen] Arbeiterblattes ‚Die Zukunft‘ in Wien von Bregenz aus“ konspirativ die Verhaftung mehrerer Genossen gemeldet zu haben.

Nicht zuletzt wegen der Verhaftung der beiden Verbindungsmänner verließ Treibenreif Anfang März 1882 nach seiner Freilassung Bregenz Richtung Schweiz, wo er im März in St. Gallen lokalisiert wurde. Auf „eine Behandlung nach dem Schubgesetz“ verzichtete die Bezirkshauptmannschaft, obwohl Treibenreifs „Arbeitsbuch seit dem Jahr 1880 abgelaufen war“.

Da die Behörden weitere Aktivitäten Treibenreifs, vor allem den Versuch „von dort aus (dem nahen Schweizer Grenzgebiet – Anm.) den Schmuggel verbotener Druckschriften nach Vorarlberg zu betreiben“, fürchteten, wurde ein Aufenthaltsverbot für Vorarlberg verhängt. Ob Treibenreif mittelbar mit Johann Most in Kontakt stand, konnte die Polizei nicht klären.

Drei Jahre später Anfang 1885 wird Treibenreif, mittlerweile wieder einmal aus Budapest abgeschoben, im Raum Bozen überwacht. Er hält in Bozen aufreizende Reden an die Handwerksarbeiter nach dem Prinzip, „man brauche die Meister nicht“. Laut Stadtmagistrat Bozen gibt es im Café national vermutliche Zusammenkünfte einer „anarchistischen Gesellschaft“, in der „socialistische aus Zürich stammende Schriften“ diskutiert werden. Daran sei auch der „bekannte Tischlergehilfe Alois Treibenreif aus Lajen“ beteiligt: „Was nun speziell den vorgenannten Treibenreif betrifft, so ist derselbe wegen seiner socialistischen Tendenzen und Agitationen wohl bekannt, wurde im Mai [1884] aus Wien

und Buda-Pest ausgewiesen (...), ist am 15. Mai [1884] mit Schub in Bozen eingelangt und wurde von der k.k. Bezirkshauptmannschaft in Freiheit gesetzt. Seit dieser Zeit hat er sich in Bozen und nächsten Umgebung als Tischlergehilfe fortwährend arbeitend aufgehalten.“ Laut Polizeiprotokoll vom 2. Jänner 1885 hat Treibenreif, dem man derzeit aber keine „anarchistischen“ Handlungen nachweisen kann, sowohl in Gesellenversammlungen und vor der Bozner Arbeiterkrankenkassaversammlung klassenkämpferisch „aufreizende Reden“ gehalten. Treibenreif selbst verlässt Bozen im Sommer 1885.

Ein knappes Jahrzehnt später soll Treibenreif von 1893 bis 1895 in Tirol noch einmal eine wichtige Rolle spielen, nunmehr als Aktivist innerhalb der Hainfelder Sozialdemokratie.

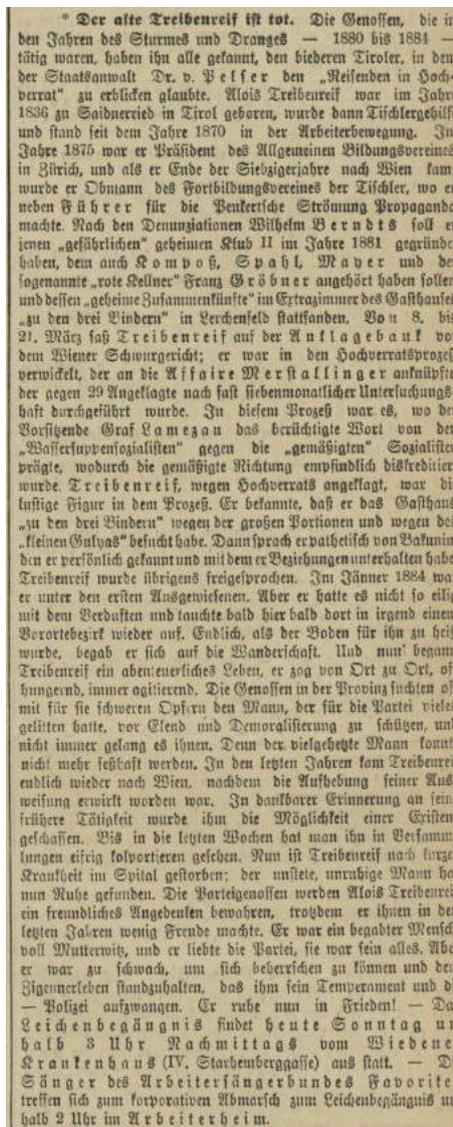
1893 protestiert Treibenreif in Meran – gemeinsam mit italienischsprachigen Genossen gegen die Maßregelung von 42 Bauarbeitern, die am 1. Mai die Arbeit „eigenmächtig“ eingestellt hatten. Er fordert in gut besuchten Bauarbeiterversammlungen höhere Löhne und die Einführung des 10stündigen Arbeitstages. Treibenreif erinnert an den Kampf der „Brüder Gracchus“ im antiken Rom, an Marx, Lassalle. Ende 1893 entsandten die Südtiroler Genossen Treibenreif als einen Tiroler Delegierten nach Wien zum Gründungskongress der sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Zentralkommission.

Im Juni 1894 verbreitet Treibenreif in Meran und Umgebung den „Aufruf ‚Werdet alle Sozialdemokraten‘, in der Expedition des ‚Vorwärts‘ zu Berlin erschienen unter den Bauern in Lana“. Er rief auf: „Darum auf, Genossen von Meran, schließen wir uns enge zusammen gegen den gemeinsamen Feind, den Dreibund: Junker, Pfaff und Geldsack.“

Treibenreif wurde deshalb wegen „Aufhetzung nach § 302 StG“ und „unbefugter Colportage“ belangt. Der förmlichen „Abschaffung“ zuvorkommend hat sich Treibenreif, „ein Sozialdemokrat schärfster Richtung“ rasch „in seine Heimat Layen, Bezirk Bozen“ abgesetzt, um dann noch einmal in Sterzing, in Innsbruck und Hall zu agitieren.

Im August 1894 hat sich Treibenreif in Sterzing aufgehalten, wo er für den Gehilfenausschuss der Bauarbeiter kandidieren wollte, was ihm aber von der Bezirkshauptmannschaft verwehrt wurde, da er laut den Bestimmungen des Schub-Gesetzes vom 27. Juli 1871 „seit sechs Wochen vazierend“, damit „arbeits- und bestimmungslos“ sei. Laut Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Meran vom Juli 1894 erschien es „zweifelloos konstatiert, daß sich Alois Treibenreif im politischen Bezirk Meran (...) der extremsten sozialistischen Agitation widmete“ und sich der „Aufreizung gegen einzelne Klassen und Stände“ schuldig gemacht habe.

Die „Volks-Zeitung“ meldet Ende 1894, dass „Alois Treibenreif ein alter, ausgebeuteter und ausgesogener Tischlergehilfe ist, welcher eines der vielen Opfer unserer heutigen Gesellschaftsunordnung ist. Mit Arbeitsscheue und öffentlicher Mildthätigkeit, (...) motiviert die heutige Classenherrschaft nur ihre eigene Unfähigkeit, einen tieferen Einblick in die heutigen sozialen, wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes zu machen.“ Dass der 60jährige Genosse Treibenreif, seiner „sozialistischen Gesinnung wegen von den Polizeibehörden wie ein Wild von Ort zu Ort gehetzt wird“, blieb unbeachtet: „Kaum hatte er in Sterzing Arbeit gefunden, war auch schon ein Gendarmierieführer bei seinem Meister, der Erkundigungen einzog über den ‚gefährlichen‘ Gehilfen.“: „Treibenreif hatte seit dem Jahre 1871 in



Nachruf auf den „alten Treibenreif“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. August 1903

Oesterreich 14 Prozesse und mußte 14mal freigesprochen werden, ist's Wunder, wenn unter solchen Umständen die Anarchie gedeiht.“

Im Frühjahr 1895 wurde Treibenreif wegen einer Innsbrucker Rede zum allgemeinen Wahlrecht noch einmal verurteilt: „Am 18. März fand beim hiesigen Bezirksgericht die Verhandlung gegen die Genossen [den Bauarbeiter Johann] Brandtner und Treibenreif wegen Uebertretung nach § 491 und 496 StG (...) statt. Grund zur Anklage bildete die von obgenannten Genossen gehaltenen Reden in der Wahlrechtsversammlung beim Mondschein. Das Urtheil lautete für Genosse Brandtner 10 Tage Arrest und für Treibenreif 1 Monat.

Danach verliert sich Treibenreifs Tiroler Spur. Mitte der 1890er Jahre war er im Villacher Arbeiterverein aktiv. Danach hielt er sich im Umfeld des Arbeiterheims Wien-Favoriten auf. Die „Arbeiter-Zeitung“ widmet dem im Sommer 1903 verstorbenen Treibenreif einen Nachruf. Angeführt vom Arbeitersängerbund nahmen über 1000 Wiener Genossen an Treibenreifs Begräbnis teil.

Johann Coufal (1848-1898). Organisator der Tiroler und Vorarlberger Sozialdemokratie

Johann Coufal zog sich in den Jahren seiner erfolgreichen Vorarlberger Agitation ab 1891 den „Haß der Clerisei“ zu, aber auch jenen der lokalen Bürokratie, die als „Klassenjustiz“ keineswegs neutral war. Rund fünf Monate war Coufal in Summe arretiert und damit der Arbeiterbewegung entzogen, ganz abgesehen davon, dass die Haftzeit sein Tuberkuloseleiden verschärfte. Coufal zog sich den Hass der klerikalen Lokalblätter auch deshalb zu, da er zuvor in Wien dem katholischen Gesellenverein angehört hatte.

In Reaktion auf den (vorübergehenden) Aufschwung der Vorarlberger sozialistischen Arbeiterbewegung, auf das „rote Jahr“ 1893 wurden – gestützt auf die Sozialzyklika „Rerum novarum“ – christlichsoziale Arbeitervereine gegründet, um der „roten Gefahr“ entgegen zu treten, um die Arbeiterbewegung nachhaltig zu spalten und „dem Klassenkampf zu entziehen“.

Im Juni 1893 wurde Coufal nach einem Auftritt in Götzis, wo er gegen eine „schwarze“ Mehrheit bestand, nach einer von der Polizei aufgelösten Versammlung von katholischen „Casinern“ physisch bedroht. Zum Wert von Arbeiterkoalitionen, von Gewerkschaftsvereinen also, „referierte Genosse Coufal und wurde während seiner Rede vom Regierungsvertreter dreimal unterbrochen, und als er dann bei der Forderung des freien Versammlungs- und Coalitionsrechtes der Arbeiter das Vorgehen mancher Behörden bei Streiks oder Versammlungen kritisierte, entzog ihm der Regierungsvertreter das Wort.“

Im Sommer 1893 wurde Johann Coufal nach mehrwöchiger Untersuchungshaft in Feldkirch zu 14 Tagen Arrest und zur Tragung der Prozesskosten verurteilt. Die „Volks-Zeitung“ gibt am 22. Juli 1893 die Anklageschrift des Staatsanwalts wider: „Die k.k. Staatsanwaltschaft hier erhebt vor dem k.k. Kreisgerichte daselbst, gegen Johann Coufal, 46 Jahre alt, lediger Tischlergehilfe von Teschetitz, Bezirkshauptmannschaft Olmütz in Mähren“ wegen Schmähung des Reichsrates, wegen des Aufrufs: „Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“ Anklage wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung im Sinne des § 305 StG“.

Die Staatsanwaltschaft Feldkirch verschwieg 1893 in ihrer Anklageschrift nicht den politischen Hintergrund, das als bedrohlich empfundene Anwachsen der Sozialdemokratie in Vorarlberg: „Im heurigen Frühjahre wurde Vorarlberg fast plötzlich der Tummelplatz einer lebhaften sozialdemokratischen Agitation, welche durch auswärtige Emissäre, worunter sich besonders der Beschuldigte hervorthat, betrieben wird. In den verschiedensten Orten des Landes folgten sich Versammlungen auf Versammlungen, in welchen die Agitatoren ihre bekannten bald mehr bald weniger provokatorischen Tiraden vom Stapel ließen.“

Zusätzlich war Johann Coufal, der abwechselnd mit Ignaz Saska auch als Herausgeber und Redakteur der „Volks-Zeitung“ agierte, im Sommer 1893 unter dem Vorwurf pressegesetzlicher Vergehen zu einer schweren Freiheitsstrafe verurteilt worden: „Am 11. und 12. Juni [1893] stand der Redacteur Genosse J. Coufal vor dem Schwurgerichte des k.k. Kreisgerichtes in Feldkirch. Die Anklage lautete auf Verbrechen der Majestätsbeleidigung im Sinne der §§ 7, 10 und 63 StG, Verbrechen der versuchten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Sinne der §§ 7, 8, 10 und 65 StG, Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung im Sinne der §§ 8, 239, 300, 302 und 303 StG (...). Infolge dieses Verdictes der Geschworenen verurtheilte der Gerichtshof, unter dem Vorsitze des Landesgerichtsrathes Ritter von Leon, Genosse Coufal wegen Verbrechens der versuchten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach § 65 StG und wegen der Vergehen nach §§ 300 und 302 StG zu schwerem und verschärften Kerker in der Dauer von 3 Monaten und Tragung der Kosten.“

Johann Coufal besaß ein umfangreich sozialistisches Theoriewissen. Aus einem Vereinsbericht des Bregenzer Arbeiterfortbildungsverein ist bekannt, dass die seit 1883 bei Dietz erscheinende, von Friedrich Engels unterstützte „Neue Zeit“ abonniert wurde. Einem Abwehrbericht aus christlichsozialen Kreisen heraus ist zu entnehmen, dass August Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ in Vorarlberg stark zirkulierte. Mit dem Hinweis auf Bebel wollten die Klerikalen beweisen, dass die Sozialdemokratie „religionsfeindlich“ ist. Aus Agitationsberichten geht hervor, dass Coufal Karl Marx' „Kapital“ studiert hat, in welchem Umfang ist nicht bekannt, möglicherweise ging er nach Karl Kautskys verbreiteter, erstmals 1887 aufgelegter gemeinverständlicher Darstellung von „Karl Marx' ökonomischen Lehren“ vor. Coufal berief sich in seinen Reden immer wieder auf Friedrich Engels' „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, jene 1880 ursprünglich für die französischen Arbeiter verfasste Broschüre, die von Karl Marx als „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ bezeichnet worden war. Eingehend hat Coufal die Geschichte der deutschen Bauernkriege studiert. Coufal protestierte gegen jene klerikal-soziale Demagogie, die die Arbeiterbewegung in Richtung des christlichen Antisemitismus, eines „Sozialismus der dummen Kerle“ treiben wollte.

Johann Coufal sprach vor vielen Vorarlberger Arbeitervereinen, gewerkschaftlichen Fachvereinen zum 1. Mai, zur Forderung des Achtstundentages. Wiederholt wurden Maiaktivisten entlassen, so findet sich in der „Vorarlberger Landeszeitung“ 1895 folgende Anzeige zur Entlassung von Bregenzer Schustergesellen: „Schuhmachergehilfen gesucht zum sofortigen Eintritt von den unterzeichneten Meistern. Gleichzeitig bitten wir die geehrten Kunden bis zur Einstellung neuer Arbeitskräfte um gütige Nachsicht, da die Maifeier die Entlassung mehrerer Gehilfen veranlaßte.“

Wiederholt sprach Johann Coufal über die Gefahren und Lasten des Militarismus, zur imperialistischen Kriegsgefahr. Der Militarismus der stehenden Heere dient auch nach innen zur Unterdrückung des Proletariats, zur Unterdrückung von Streiks.

Die Vorarlberger Sozialdemokratie war mit häufiger Sabotage (Plakatabreißen, „Saalabtreibereien“, Abspenstig machen von Musikkapellen, Versammlungsaufösungen) konfrontiert. Johann Coufal selbst zeigte sich in der Einschätzung der Kampfkraft der Vorarlberger SP-Kader realistisch. Wie soll mit so beschränkten Mitteln – die Bewegung rekrutierte sich vor allem aus Handwerker- und Eisenbahnersozialisten – die Organisation des Textilproletariats, einschließlich der italienischen ArbeitermigrantInnen gelingen? Für letzteren Zweck fehlte es allein schon an Flugblättern, Schriften in italienischer Sprache.

In Vorarlberg versuchten die Genossen Johann Coufal, der aus Böhmen stammende Feilenhauer Karl Nejedlo oder der Dornbirner Schuhmacher Johann Heine die Weber/Weberinnen zu gewinnen. In Dornbirn fand im August 1895 die „konstituierende Versammlung des Centralvereins der Textilarbeiter beider Geschlechter für Vorarlberg“ statt: „Genosse Coufal sprach über die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, besonders der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie, über die Nothwendigkeit und den Werth der Organisation vom materiellen und kulturellen Standpunkte. (...) Wir verhehlen uns durchaus nicht die enormen Schwierigkeiten, welche sich unserem Beginnen in den Weg stellen und sind auf alle die Kämpfe und die Opfer, welche sie erheischen werden, im Voraus gefaßt.

Die Vorarlbergischen ‚Baumwollfürsten‘ sind durchwegs kapitalkräftige Magnaten und gehören sicherlich zu den reichsten in Oesterreich. Nicht allein die vielen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilbranche, aber auch die Tausende von Kleinbürgern, Beamten, Gewerbetreibenden, Krämer, Wirthe, Kleinbauern, deren Sache zu klein ist und bei Weitem nicht hinreicht, sie und ihre Familie zu ernähren und die daher gezwungen sind, ihre Kinder in die Fabriken zu schicken, – sie alle sind von der Handvoll Kapitalisten abhängig und ist ihre Existenz von der Prosperität der industriellen Unternehmer unzertrennlich. (...)

Aber das wichtigste Hinderniß für die Organisation der Arbeiter und der Arbeiterinnen der Textilindustrie, für die Erhebung aus ihrer Erniedrigung ist, wie überall, das Pfaffenthum. Kaum der Schule entlaufen, werden die Kinder der Armen in die marianischen Jünglings- und Jungfrauen-Congregationen gepreßt, und noch andere zahlreiche Bruderschaften strecken ihre Polipenarme nach ihnen aus. Dort werden diese Armen zur Entsagung, Demuth und anderen Tugenden der Armen angeleitet. Von einem Begriff eines Klassenbewusstseins ihrer Menschenrechte keine blasse Spur. In den Sozialisten sehen sie nur gottlose Volksverführer, Teufelsknechte und blutige Revolutionäre.“

Einzel-Preis:
Im Auslande ... 1 K.
Inland ... 70 c.

Ercheinungstage:
Jeder
u. a. u. d. Donnerstag.

Verkaufsstellen:
Innsbruck: Mattschald
W. Inhofer, Reichstr. 3,
4. Mejer, Burggasse
Nr. 19
Witten: Gold Holz,
Kammer, Frill, Goll
Krause Nr. 6.

Volks-Beitung

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol u. Vorarlberg

Bezugspreise:
Zum Abholen:
Monatlich ... 1 K. 50 H.
Halbjährig ... 6 K.
Vierteljährig ... 4 K.

Mit Anfertigung:
Monatlich ... 2 K. 50 H.
Halbjährig ... 16 K.
Vierteljährig ... 11 K.

Redaction, Admini-
stration u. Expedition:
Innsbruck,
Baderbühl Nr. 7.

Anfertige
sollen drei viermal gebal-
tete Postzeit 5 fr.

Nr. 21.
Innsbruck, 29. Juli 1898.
VI. Jahrgang

Genosse Johann Coufal ist nicht mehr!

Der unerbittliche Tod hat ein Menschenherz zum stillstande gebracht, welches bis zum letzten Augenblicke der Sache der Arbeiterchaft treu geblieben und rentmög dafür gestritten hat. Schon seit Jahren hatte Gen. Coufal mit der tödtlichen Krankheit zu kämpfen, welcher er leider endlich erliegen mußte. Wenn er in seinen zeitweise dem Krankenlager entrienen konnte, und er auch schon wieder thätig in der Bewegung.

Gen. Coufal, dessen wohlgetroffenes Bild wir nebenstehend bringen, hat ein Proletarierdasein in des Wortes ältester Bedeutung geführt. Geboren im Jahre 1848 am 14. Mai in Tieschitz in Mähren, kam er schon als junger Bursche nach Wien, wo er die Tischlerei erlernte. Von da an begann für ihn jenes unglückliche, unsichere Leben, welches ein Privileg jener unglücklichen Volksschichte ist, welche man unter dem Namen industrielles Proletariat zusammenfaßt. Nachdem uns Aufzeichnungen der sein früheres Leben nicht zur Verfügung stehen, ist er früher unserer Bewegung fern geblieben, ja als Mitglied eines Gesellenvereines im Lager unserer Gegner wirkte, so beziehen sich unsere Schilderungen selbstverständlich nur auf einen kurzen Abschnitt seines Lebens. Daß er auch ein eifriges Mitglied des Gesellenvereines war, so lange seine Ueberzeugung ihn nicht abließ, beweist seine ziemlich ausgebreitete Kenntniß der Kirchenschichte, welche ihm nachher im Kampfe gegen die Klassenherrschaft so vorzügliche Dienste leistete.

Im Jahre 1885 kam Coufal nach Innsbruck und hier im er auch zum erstenmale in den Allgem. Arbeiterverein. Jedoch nach kurzem Aufenthalt verließ er wieder Innsbruck und kam in die Schweiz, wo er abermals dem Gesellenvereine als Mitglied angehörte. Erst im Jahre 1891, wo Coufal wieder nach Innsbruck zurück kam, schloß er sich endgiltig der socialdemokratischen Partei an und war seit dieser Zeit ein energischer und unerfrockener Kämpfer in unseren Reihen. Von dieser Zeit an tritt auch der Haß der Clerisei, der ihn bis in den Tod, ja noch darüber hinaus verfolgt. Vom Jahre 1891 bis zu seinem in Dornbirn erfolgten Tode hat er Tirol und Vorarlberg nicht mehr verlassen und war



Genosse Johann Coufal.

er während dieser Jahre in verschiedenen Vertrauensstellen thätig. So war er z. B. in Meran Bervalter der Speisegesellschaft und vom 1. Juli 1893 bis 1. September 1894 Redacteur der während dieser Zeit der staatlichen Verfolgung hinter Kerkermauern wurde er zweimal, und zwar im Jahre 1893 für 14 Tage Arrest mit vorhergegangener vierwöchentlichen Untersuchungshaft und wegen eines Preßdelictes im October 1894 für 3 Monate und 3 Tage theilhaftig. All das konnte aber den Gen. Coufal nicht mehr im edlen Kampfe, den er einmal als nothwendig und gerecht erkannt hatte, ermüden, bis endlich der Tod seine vernichtende Hand an seinen Lebensfaden legte. Schon seit zwei Jahren mußte er zeitweise seine Arbeit unterbrechen. Sein letztes Referat hielt er auf Verlangen der Genossen St. Gallens, von wo auch ein Beileidstelegramm einlangte.

Am 13. Juli um 1 Uhr mittags schloß der wackere Kämpfer für immer die Augen. An seinem Grabe trauert ein Weib um den Mann, der ihr nach kaum 2 1/2 jähriger Ehe entrienen wurde, es trauert die Arbeiterchaft um den Genossen, der ihr jederzeit ein treuer Freund und aufrichtiger Berather war. Das Andenken Coufals wird in den Herzen der socialdemokratischen Arbeiterchaft lebendig bleiben und sie wird dem Todten durch eifrige Befolgung der von ihm vertretenen Principien ihren Dank bekundigen.

Die Beerdigung Coufals am 15. Juli war eine für Dornbirns Verhältnisse imponante zu nennen. 300 Genossen und Leidtragende folgten dem Wagen, ebenso die Fahnen von Dornbirn, Hohenems und St. Gallen, sowie auch eine große Zahl von Kränzen der verschiedenen Vereinigungen, darunter von der Reichsparteivertretung, von der Landesparteivertretung und den vereinigten Gewerkschaften Innsbrucks den Leidenträgern schmückten. Das Gezer der Frommen in Dornbirn war freilich ein ohrenbetäubendes, da die kirchlichen Beerdigungs-Ceremonien unterblieben, worüber wir an anderer Stelle ausführlich berichten. Ob auch die clericale Presse den Todten noch mit dem Geizer ihrer Verleumdungen zu belästeln versucht, die Arbeiterchaft weiß das Andenken ihrer Freunde rein zu halten und die Pfaffen werden es noch früh genug erfahren, daß wohl die Socialisten sterben, der Gehanke des Socialismus jedoch nicht getödtet werden kann.

Nachruf auf Johann Coufal in der „Volks-Zeitung“ 29. Juli 1898

Die Tiroler und Vorarlberger sozialistische Arbeiterinnenbewegung

Auf der mühevollen Pioniertätigkeit dieser ersten Tiroler Genossinnen konnte die Tiroler sozialistische Arbeiterinnenbewegung in den folgenden Jahrzehnten aufbauen, verbunden mit Namen wie

- **Maria Ducia** (1875-1959, später sozialdemokratische Landtagsabgeordnete),
- **Maria Rapoldi** (1884-1975, Mitarbeiterin der „Volks-Zeitung“)
- **Maria Öhninger** (1882-1947, Schwazer Tabakarbeiterin, kämpferische Betriebsrätin),
- oder **Burgi Gastl** (1890-1962, Häringer Gemeinderätin, Teil der im Februar 1934 dem Austrofaschismus kämpfend Widerstand leistenden Arbeiterbewegung im Raum Wörgl-Kirchbichl-Häring)

Auch der antifaschistische Tiroler Widerstand steht in der Kontinuität dieser Anfangsarbeit, wenn an die für die Freiheit Österreichs kämpfenden Arbeiterwiderständlerinnen

- **Josefine Brunner** (1909-1943, Wörgler Arbeiterin, im September 1943 am selben Tag wie ihr Mann **Alois Brunner** hingerichtet),
- **Adele Stürzl** („Rosa Luxemburg von Kufstein“, 1892-1944 in München-Stadelheim hingerichtet)
- oder an **Adele Obermayr** (1894-1972, 1942 im KZ Ravensbrück interniert)

erinnert wird.

Einzel-Preis:
In Ausbruch 12
Ausbruch 8... 14
Erscheinungstag
der Donnerstag

Inserate
folgt pro viermal
geleitener Zeile 10 h
und werden an der
Wohnstation
Holzgasse 5, II. Stod,
auch entgegen genom-
men bei Herrn W.
Wintler, Aufbühne
3, und Herrn Hugo
Angermaier, Höt-
tingergasse 14.

Wolks-Zeitung
Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol u. Vorarlberg

Bezugs-Preise:
Zum Abholen
ganzjährig 4 K 20 h
halbjährig 2 „ 8 „
vierteljährig 1 „ 4 „
Mit Zustellung
ganzjährig 5 K 20 h
halbjährig 3 „ 40 h
vierteljährig 1 „ 50 h

**Redaktion, Administra-
tion und Expedition:**
Innsbruck,
Golgasse Nr. 6
II. Stod.

Versehrtsstellen: Druck: Reinigungsverleihs Mathias Wintler, Anichstraße; Zeitungsverleihs Hugo Angermaier, Höttingergasse 10; Tabaktrafik Carl Anstl, Holzgasse (Eckhaus); Tabaktrafik Anna Flöckinger, Herzog Ottostraße 3; Tabaktrafik A. Wölger, Burggraben 18; Tabaktrafik Josef Steiner, Fabrikergasse (Eingang der Allee). — Witten: A. Bon, Tischhändlerin, Leopoldstraße 21 (Hoppendammehaus); Josef Holzhammer, Weinhändler, Seiligassestraße. — Bozen: Hans Ränker, Wärburggasse 6.

Nr. 5. Innsbruck, Freitag, 1. Februar 1901. IX. Jahrgang

Großer Streik in Jenbach!

Achtung Genossen!
Seit Montag, den 28. Jänner befinden sich circa 180 Senenarbeiter der Senen-Union in Jenbach, Inhaber Franz Huber, in einem Mehestreik im eminenten Sinne des Wortes. Die Vorfälle in dieser Fabrik sowie das Vorgehen des Herrn Huber gegenüber seinen Arbeitern wird an anderer Stelle dieses Blattes besprochen. Die Geschehnisse in Jenbach, sowie der Umstand, daß ein großer Theil der Ausständigen Familienväter sind, müssen uns veranlassen, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß den Senenarbeitern Jenbachs die brennende Schmach widerfähre, daß sie unter entwürdigenden Bedingungen in ihre früheren Werkstätten zurückkehren müssen.

Sammelt rasch und ausgiebig für unsere wackeren Arbeitsbrüder in Jenbach. Unterstützungen sind zu richten in Innsbruck an Frau Anna Flöckinger, St. Nikolausgasse 13, ferner an die Redaktion der „Volkszeitung“ und in Jenbach an Felix Geisler.
Im Auftrage der Gewerkschaftskommission.
Hermann Flöckinger.
Nachtrag.
Wie verlautet, sind auch die Arbeiter des Senenwertes Mühlabach bei Oberndorf in Bayern, welches gleichfalls Herrn Huber gehört, in den Ausstand getreten.

Achtung! Jenbach. Achtung!
Sonntag, 3. Februar, halb 3 Uhr nachm.
im Saale des Prinz Karl
(Bereinshaus des katholischen Arbeitervereines)
**Öffentliche, allgemein zugängliche
Versammlung.**
Tagesordnung:
Der Ausstand und die Aussperrung der Senenarbeiter.

Die nächste Nummer der Volks-Zeitung erscheint am Donnerstag den 7. Febr., abends mit dem Datum des folgenden Tages

Das Glend der Diurnisten

troß Ueberreichung zahlloser Petitionen, Ueberreichung von den Gesamtstoff vollständig erschöpfenden Memoranden, trotz eingeholter Informationen, selbst trotz wiederholter, in den bündigsten Ausdrücken gegebener Versprechungen von hoher

ben werden, daß die Entlohnung der Diurnisten oft unter jene von Handarbeitern respective Tagelöhnern sinkt. Die Redaktion.) Ist es mit einem Diurnum, das vor 20 Jahren nicht ausgereicht hätte, möglich zu leben, angesichts dieser

Anna Flöckinger war eine wichtige Aktivistin. So unterstützt sie Anfang 1901 den Jenbacher Sensenarbeiterstreik.

(Volks-Zeitung, 1. Februar 1901

Die Bourgeoisie wünscht ausdrücklich, daß der Klerus auf der Kanzel bleibe und ihr durch die geistige Knechtung der Volksmassen in ihrem Ausbeutungsgeschäfte behilflich sei. Die Kirche übernimmt auch die so gehäßige Rolle in bereitwilliger Weise. Und dieses Vorgehen der Kirche wird die Ursache sein, daß sie in denselben Abgrund gerissen wird, den sich die Bourgeoisie selbst unter ihren Füßen gräbt. Und die Wenigen, die in richtiger Auffassung ihrer ihnen von Christus erteilten Aufgabe, Muth und Opferwilligkeit besitzen, um an der Befreiung des arbeitenden Volkes aus seinem Elend und seiner Erniedrigung mitzuwirken, werden nicht im Stande sein, ihre Kirche vor dem Untergang zu retten.

Correspondenzen.

Innsbruck. (Zur Organisation der Frauen.) Hier fand am Sonntag den 4. Juni eine von Frau Mazurides einberufene Frauenversammlung nach § 2 des Versammlungs-Ges. im Saale zum „goldenen Löwen“ statt.

Die Einberufenerin eröffnete die Versammlung um 1/3 Uhr Nachmittags mit Bekanntgabe der Tagesordnung: 1. Die Lage der Arbeiterinnen und deren Organisation. 2. Anträge und Eventuelles.

In's Bureau wurden gewählt Frau Mazurides als Vorsitzende, Gen. Scheich als Stellvertreter und Frau Mach als Schriftführerin.

Nachdem das Präsidium seinen Platz eingenommen, bringt die Vorsitzende ein Schreiben einer Fabrikarbeiterin zur Verlesung, das folgenden Wortlaut hat:

„Herzbe Genossinnen! Indem ich an der Theilnahme der Versammlung verhindert bin, so erlaube ich diese Zeilen an Euch, um zu erklären, wie nothwendig die Organisation für uns Frauen wird, wenn wir das Sinnen uns'rer Lebenslage endlich soweit verändern wollen, als in unseren Kräften liegt.“

Was mich betrifft, kann ich Euch berichten, daß ich diese Woche einen Verdienst von 2 fl. 10 kr., sage und schreibe zwei Gulden und zehn Kreuzer eingenommen habe. Doch das ist keine seltene Ausnahme, sondern es kommt öfter vor. Jedoch passiert dies nicht nur allein, sondern auch vielen andern Arbeiterinnen.

Wohl giebt es Einzelne, die einen Wochenlohn von 5–6 fl. bekommen, aber hauptsächlich ist dies bei denen der Fall, die sich auf die Fabriks-Spizekontrolle gut verstehen und in Protection sind.

Ich rufe Euch darum zu: Laßt die heutige Besprechung nicht unnütz verlaufen und trachtet endlich auch hier das Fundament zur Arbeiterinnenbewegung anzulegen.

Mit Bedauern, nicht in Eurer Mitte weilen zu können, rufe ich Euch ein muthiges „Vorwärts“ zu.

Mit Gruß und Handschlag

Amalie Bauer.

Gen. Schram spricht hierauf zum ersten Punkt der Tagesordnung. Derselbe beleuchtet die Stellung der Frauen im Alterthum in sachlicher Weise, und kommt in seinem historisch-geschichtlichen Streifzuge auf die gegenwärtige politisch-rechtliche und wirtschaftlich abhängige Stellung der Frauen zu sprechen.

In sachlicher Weise widerlegt Kerner die grundlosen spießbürgerlichen Phrasen der Philister, die infolge der sie beherrschenden Vorurtheile Stellung gegen die Gleichberechtigung der Frauen nehmen, und weist mit treffenden Worten das Gegentheil durch angeführte Beispiele und Thatsachen nach.

Die Frauen besitzen im Verhältnisse zu den Männern die gleiche Intelligenz als diese, sobald ihnen Gelegenheit geboten wird, sich physisch und geistig auszubilden. Wir sehen sie nicht nur auf allen Industriezweigen neben und an Stelle des Mannes vertreten, sondern ebenso auch auf den

Gebiete der Wissenschaft in hervorragender Weise anstehen; besonders in Staaten mit freiere Verfassung für dieselben, wie Amerika, England, Schweden, Schweiz, Frankreich und zum Theile auch in Deutschland. Aber in vielen Staaten ist die Stellung der Frauen eine unfreie, um so mehr, wenn sie dem Arbeiterstande angehören. Und diese unfreie Stellung findet in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Begründung.

Währenddem die Männer aller Parteischarrierungen bestrebt sind, die Frau in dieser unwürdigen Lage zu erhalten, ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei die einzige, welche voll und ganz für die Emanzipation der Frauen eintritt, weshalb diese Partei in allen Staaten die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in ihre Parteiprogramme aufgenommen hat.

In der Urzeit galt die Frau als gleichberechtigt mit dem Manne. Diese Gleichberechtigung verlor sie erst mit dem Fortschreiten der Civilisation und später durch die christliche Religion, durch welche ihr ganz besonders der Slavenknechtel aufgedrückt, sie somit in ihrem Ansehen sank und in die heutige Stellung gedrückt wurde. In dem heutigen Gesellschaftssystem ist kein Raum für die Gleichberechtigung der Frau.

Ein Hauptfaktor, warum selbst gebildete Männer gegen die Gleichberechtigung der Frauen Stellung nehmen, ist die Furcht vor der daraus für sie entstehenden Concurrenz.

Der Staat selbst aber nehme keinen Anstand die Frauen in seinen Reuten, wie Post, Telegraphie u. s. w. anzustellen.

Der Staat nimmt schon deshalb keinen Anstand Frauen zu beschäftigen, weil sie für ihn eine bedeutend billigere Arbeitskraft darstellen, als die der Männer.

In gleichem Sinne spricht hierauf Gen. Heintzelmann, der im Verlaufe seiner Rede die traffen Lebelände in den Fabriken und die elende Lage der Fabrikarbeiterinnen schildert. Die Löhne, welche die Arbeiterinnen erhalten, sind zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig; sie sind deshalb zum Theile gezwungen sich einen Nebenverdienst zu verschaffen — und viele nothathen dadurch in einen sehr zweifelhaften Lebenswandel. So schreitet durch das profitwähigste Ausbeuterthum die Demoralisation vorwärts. Löhne, wie die oben im Briefe angeführten, sind hier fast allgemein; für Ueberstunden werden 7 kr. bezahlt. Jedoch komme es öfter vor, daß die Arbeit wegen Reparaturen an den Maschinen oder anderen Hindernissen ausgesetzt werden muß, wofür in der Regel keine Entschädigung gewährt wird. In der Protectionswirtschaft leisten manche Meister Hervorragendes.

Nach weiteren Ausführungen in diesem Sinne zieht Referent das Resümee und ermahnt die versammelten Frauen dahin wirken zu wollen, daß sie sich der Organisation anschließen möchten, um vereint mit dem männlichen Proletariat gegen das Ausbeuterthum Front zu machen.

Die Ausbeutung ist international und interprofessionell, deshalb muß ihr von Seite der Ausbeuteten, der geknechteten Arbeiterchaft beiderlei Geschlechtes eine strenge Organisation entgegen gesetzt werden.

Nachdem noch Gen. Veß zu diesem Punkte gesprochen, worauf derselbe erledigt ist, bringt Gen. Heintzelmann unter Anträge folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß die wirtschaftliche Lebenshaltung der arbeitenden Massen von Jahr zu Jahr eine schlechtere wird, in Erwägung, daß die herrschenden Klassen nicht im Entferntesten daran denken, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, versprechen die heute im Saale zum „goldenen Löwen“ versammelten Frauen, das um keine Existenzbedingungen kämpfende männliche Proletariat mit Rath und That zu unterstützen, und tren und ehrlich mit zu kämpfen bis der entgeltliche Sieg errungen ist.“

Die versammelten Frauen beschließen ferner einen Arbeiterinnenverein zu gründen, welcher als Vorstufe für die noch zu gründenden, bzw. an ihrem Ausbau begriffenen gewerkschaftlichen Organisationen beiderlei Geschlechtes zu dienen hat.“

Diese Resolution wurde nach ihrer Begründung einstimmig angenommen.

Sodann wurde die Proponentenwahl vorgenommen und wurden hiezu gewählt die Frauen Mazurides, Fickinger, Mach, Heintzelmann und Bräu.

Die in allen Theilen würdevoll verlaufene Versammlung fand hierauf nach Absingen des „Lied der Arbeit“ ihren Abschluß, und mit freudigen Bewußtsein einer vollbrachten guten That gaben sich die Versammelten das Versprechen, bei der Wahlrechts-Demonstration am 18. Juni vollständig am Plage zu sein.

Innsbruck. Die am 18. Juni stattgefundene Demonstration zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes wurde bei herrlichem Wetter glänzend, in noch nie dagewesener Dimension durchgeführt. Zur festgesetzten Zeit, nach 1 Uhr Nachmittags, hatte sich die Arbeiterschaft, Männer und Frauen von Innsbruck und Umgebung am Bestimmungsorte beim Löwenhaus sehr zahlreich eingefunden, wobei auch die Arbeiterschaft aus Hall in ziemlicher Anzahl vertreten war. Der im Verhältnisse zu Innsbruck entsprechend große Wirtschaftsgarten beim Löwenhaus war dicht besetzt und viel zu klein all' die Theilnehmer unter seinem Schattens aufzunehmen.

Präzis 2 Uhr Nachmittags stellte sich der riesige Zug der Entscherten, die Musikcapelle an der Spitze, auf der vorüberführenden Gasse auf und marschirte in geschlossenen Reihen nach der Stadt, durch den Rennweg, Burggraben, die Maria-Theresia-Straße und gelangte, die Triumpfsporte passirend, durch die Leopold- und St. Geistsstraße kurz vor 3 Uhr in den Restaurationsgarten zum Nambrau in Wilten.

Geradezu imponant war es anzusehen, als der mächtige, von beinahe 4000 Theilnehmern zusammengestellte Zug die Maria-Theresiastraße passirte; während der vordere Theil die Triumpfsporte erreicht, schwenkte der hintere Theil durch den Burggraben kommend in die breite, zu beiden Seiten von Zuschauern besetzte Maria-Theresiastraße ein. Verblüfft staunten die verschiedenen Spießer und Bierbankpolitiker die ihr Recht verlangenden Demonstranten an und manchem von ihnen mochte wohl die Ueberzeugung aufdämmern, daß die „gute“ alte Zeit vorbei, in der die Arbeiterschaft in Leibarbiege verfunken, noch nicht wußte, daß auch sie Menschen sind, denen, wenn ihnen Pflichten auferlegt, auch Rechte zustehen und daß eine neue Epoche angebrochen ist, in der die Arbeiterschaft laut und vernehmlich ihre vorenthaltenen Rechte fordert.

Der Restaurationsgarten und Beranda beim Nambrau war gedrückt voll und wenigstens die Hälfte der Theilnehmer mußte wegen Platzmangel abziehen.

Nach 3 Uhr eröffnete der Einberufer Gen. Sasla die Versammlung, indem er der Bedeutung der Demonstration Erwähnung that und die Anwesenden ermahnte, die Ruhe und Ordnung anrecht zu erhalten und dem Referenten die größtmögliche Aufmerksamkeit zu schenken. Als Regierungsvertreter stellt der Einberufer Herrn Dr. Moriz Birlo, k. k. Statthaltereiconzepts-Praktikant, vor. In's Bureau wurden gewählt die Gen. Sasla als erster, Gleinkler als zweiter Vorsitzender; Scheich und Malsatti zu Schriftführern.

Ueber den der Demonstration entsprechenden Punkt der Tagesordnung, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, referierte Gen. Hofhammer, der hauptsächlich die Grundgedanken dieser von der arbeitenden Bevölkerung gestellten Forderung darlegte und dessen Ausführungen durch wiederholte Beifallsrufe belohnt wurden.

Erste sozialistische Arbeiterinnenversammlung in Innsbruck am 4. Juni 1893, einberufen von Christine Mazurides. (Volks-Zeitung, 24. Juni 1893). Seit Ende 1892 scheint der 1875 gegründete „allgemeine Arbeiterverein“ in der „Volks-Zeitung“ als „allgemeiner Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Innsbruck“ auf



Maria Ducia



Maria Rapoldi (2. v. re.)



Bürgi Gastl (2. v. re.)



Adele Stürzl



Adele Obermayr

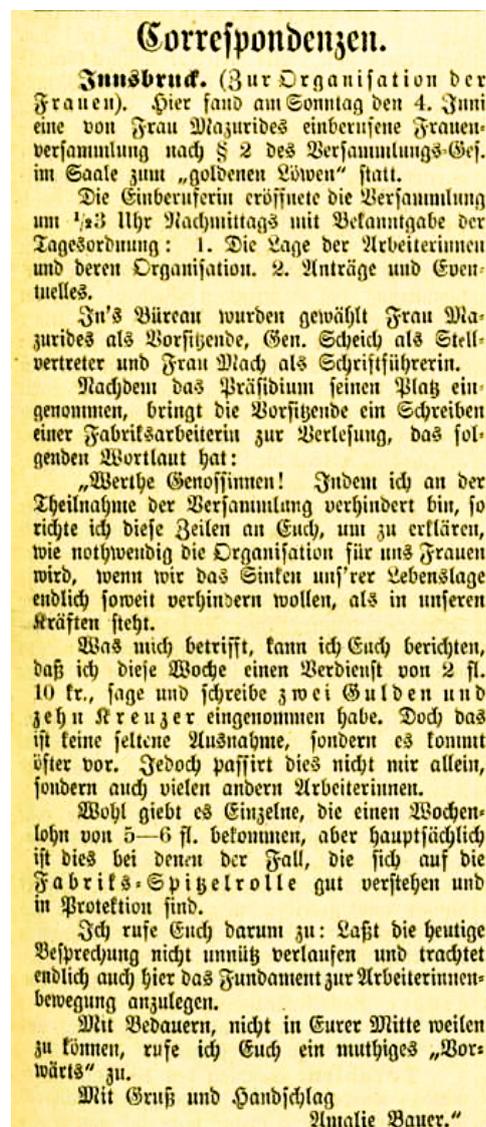


Josefine & Alois Brunner

Pionierinnen der sozialistischen Frauenbewegung

Die Organisierung der proletarischen Frauen gestaltete sich als langer Prozess. 18 Jahre nach der Bildung des ersten sozialistischen Arbeitervereins in Tirol und drei Jahre nach Gründung einer sozialdemokratischen Landesversammlung in Telfs berief die Hebamme **Christine Mazurides** am 4. Juni 1893 eine Frauenversammlung im Innsbrucker „Goldenen Löwen“ ein. Sie war kurz zuvor als erste Frau in der Landeskongress der Tiroler Sozialdemokratie aufgetreten, um die schlechte Lage der Arbeiterinnen darzustellen. Nun standen ihr als Vorsitzende der Frauenversammlung der Landesvertrauensmann Johann Scheich als ihr Stellvertreter und Genossin Mach als Schriftführerin zur Seite. Eine Mitgliedschaft in politischen Vereinen war Frauen zu dieser Zeit noch verboten, ihre Präsenz in der sozialdemokratischen Bewegung dementsprechend unterrepräsentiert. Daher beschloss die Versammlung nach den Reden der drei Sozialdemokraten Karl Beck, Hugo Schram und dem Genossen M. Heinzelmann in einer Resolution neben der Unterstützung des männlichen Proletariats im Kampf für die Verbesserung der Existenzbedingungen auch die Gründung eines Arbeiterinnenvereins als „Vorschule“ der Gewerkschaftsorganisationen beiderlei Geschlechts. Arbeiterinnenbildungsvereine waren eine Möglichkeit, das Verbot der politischen Vereinigung zu umgehen, gleichzeitig verfolgten die sozialdemokratischen Funktionäre das Ziel der Organisierung von Frauen innerhalb der Parteistrukturen. Die Gründung eines derartigen Vereines in Tirol ließ jedoch auf sich warten. Christine Mazurides, die mit weiteren „zielbewußten Frauen Innsbrucks“ vehement für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintrat, folgte im Oktober 1920 ihrem Mann Alois, einem Eisenbahner, in das mittlerweile nach Salzburg eingemeindete Itzling-Gnigl, wohin dieser versetzt worden war. Dort beteiligte sie sich an der Organisierung ihrer Berufskolleginnen und kehrte erst in den frühen 1920er Jahren nach Innsbruck zurück.

Die Situation für Arbeiterinnen war in verschiedener Hinsicht prekär. Die „Volks-Zeitung“ schilderte beispielsweise Misshandlungen in der Schafwollwarenfabrik Franz Baur's Söhne. Die Anschuldigungen betrafen einen konkreten Vorgesetzten. Seine Methoden bestanden „im Anfange in Androhung diverser Maultschellen, artet jedoch bei der gerechtesten und bescheidensten Abwehr in Wuth aus und es folgen unter erneuten Hagel von Beschimpfungen Püffe und Stöße und schallende Ohrfeigen“. Auch die gesundheitlichen Belastungen waren hoch. „Wollenklauberinnen“, die ihre Tätigkeit vielfach in einem Dachboden verrichteten, mussten Staub, Tragen von hohem Gewicht, Hitze im Sommer und Kälte im Winter ertragen. Vor allem bei den Löhnen waren Arbeiterinnen gegenüber ihren männlichen Kollegen im Nachteil. Branchen mit hohem Frauenanteil waren besonders benachteiligt. Dazu zählten die Textil- sowie die Tabakindustrie. Eine Organisierung in Gewerkschaften begann in Tirol Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Delegierten der Tiroler Landeskongress hatten sich dafür ausgesprochen, die Arbeiterinnen in die Gewerkschaften aufzunehmen, statt eigene Frauenfachvereine zu bilden. In der Folge gründeten die Textilarbeiter*innen am 8. Oktober 1893 in Innsbruck einen „Central-Verein der Textil-Arbeiter beiderlei Geschlechts für Tirol und Vorarlberg“. Während Genosse Heinzelmann im Bureau den Vorsitz übernahm, belegte „Collegin Brix“ die Funktion der Stellvertreterin. Im Ausschuss des Fachvereines scheint aber dann keine Frau auf. „Nach dem eigenen Geständnisse des Finanzministerium“ lagen die ohnehin schon niedrigen Wochenlöhne in Österreichs Tabakfabriken für männliche



Vorsitzende Christine Marzurides verliert auf der ersten Frauenversammlung in Innsbruck ein Schreiben der Wienerin Amalie Bauer
(Quelle: VZ, 24.6.1893)

Beschäftigte bei 2,87 Gulden, Tabakarbeiterinnen mussten aber mit 1,92 Gulden oder einem Drittel weniger vorliebnehmen. Während jene sich in Ostösterreich kurz nach der Jahrhundertwende organisieren konnten, gelang es den Beschäftigten der Schwazer Tabakfabrik erst nach verschiedenen bürokratischen Hindernissen 1905 offiziell eine Ortsgruppe zu konstituieren. Die in der Tabakfabrik beschäftigte **Maria Öhninger** (1882–1947) war maßgeblich an der Gewerkschaftsarbeit beteiligt, kurze Zeit später dockte sie auch an der Sozialdemokratischen Partei an. Unterstützung aus Ostösterreich war im klerikal-konservativen Westen für die Bildung sowohl von Fachgewerkschaften also auch für politische Frauenvereine hilfreich. 1897 war es die Wiener Agitatorin Therese Nötscher, die eine Tour durch Tirol und Vorarlberg unternahm. Ein Jahr später beriefen die Sozialdemokratinnen erstmals eine Frauenreichskonferenz in Wien ein.

Aber erst am 14. Jänner 1907 konnte sich ein „Fortbildungsverein für Frauen und Mädchen“ in Innsbruck konstituieren. Die Gründungsversammlung wählte im Gasthof Adambrau neun Frauen und Mädchen sowie zwei Vertreter der



Die Einladung in der Volks-Zeitung zur Bildung eines Arbeiterinnenbildungsvereines (Quelle: VZ, 12.1.1907, S. 4.

Gewerkschaft in den Ausschuss. Die wichtigsten Vorstandsfunktionen lagen in der Hand von Frauen: Vorsitzende war **Anna Vogel**, Schriftführerin die musikalische **Frau Langer**, die sich bei Versammlungen schon einmal ans Klavier setzte und Lieder anstimmte, sowie die in der Sektion St. Nikolaus organisierte **Josefine Mayrhofer** als Kassierin. Letztere war bis zum Verbot der Sozialdemokratische Arbeiterpartei; (SDAP) 1934 Teil des obersten Gremiums der organisierten Tiroler sozialdemokratischen Frauenbewegung. Ihr Mann Karl engagierte sich als Gewerkschafter und langjähriger Sektionsobmann in St. Nikolaus ebenfalls in der Partei. Das war kein Einzelfall. Eine Reihe von proletarischen Aktivistinnen war mit SDAP- bzw. Gewerkschaftsfunktionären verheiratet oder entstammten derartigen Familien. Das politische Leben innerhalb der Arbeiter*innenbewegung legte solche Beziehungen womöglich nahe, aber auch die Akzeptanz der weiblichen politischen Tätigkeit dürfte dann familienintern einfacher, jedoch nicht selbstverständlich gewesen sein. Anna Vogel jedenfalls „richtete an alle organisierten Männer die Bitte, ihre Frauen nicht vom Versammlungsbesuch abzuhalten“.

Der Fortbildungsverein für Frauen und Mädchen verfolgte eine politische, soziale und arbeitsrechtliche Besserstellung von Proletarierinnen und erwies sich als Motor für die weitere Organisierung. Eine zentrale Aktivistin über den Ersten Weltkrieg hinweg war **Antonia Hohenegger** (ca. 1873–1933), die 1908 den Vorsitz des Fortbildungsvereins übernommen hatte, drei Jahre später jedoch in die Position der Stellvertreterin wechselte, was die Versammlung „mit Bedauern zur Kenntnis“ nahm. Reichsweit gestanden die Männer den Frauen nun nach langem Ringen eigenständige Organisationen innerhalb der SDAP zu, sie befanden sich jedoch gewissermaßen unter Aufsicht der männlichen dominierten Gewerkschaft. Ein wesentlicher Impuls für die sozialdemokratischen Frauenorganisationen kam aus Lienz. Dort gründeten 1910 einige Frauen eine „Freie politische Frauenorganisation“. Zwei Jahre später existierten neben jenem in Innsbruck weitere Arbeiterinnenbildungsvereine in Kufstein und Wörgl. Gemeinsam wiesen sie 452 Mitglieder auf. Zusammen mit den Frauen in Fachgewerkschaften waren 666 Frauen in Tirol organisiert. Die bestehenden Arbeiterinnenbildungsvereine, die sich neben Innsbruck, Kufstein und Wörgl auch in Bozen, Franzensfeste, Hall, Landeck, Meran und Schwaz gebildet hatten, avancierten wie in Lienz ebenfalls zu „Freien politischen Frauenorganisationen“.



Antonie Hohenegger verstarb 1933 (Quelle: VZ, 31.3.1933, S. 8)

Die reichsweite Parteileitung hatte 1909 die Frauenreichskonferenz als Parteiinstitution mit Vertretungsrecht akzeptiert. Zwei Jahre später trafen sich die Funktionärinnen aus den verschiedenen Kronländern in Innsbruck. Hier wurde schließlich jene Organisationsstruktur beschlossen, die bis 1934 gelten sollte. Diese Frauenreichskonferenz und ihre Beschlüsse mögen den letzten Anstoß zur Bildung eines Frauenlandeskomitees in Tirol gegeben haben, das ein Jahr darauf erstmals tagte. Dazu eingeladen hatte die Nachfolgerin Antonia Hoheneggers, die für die politischen Frauenrechte lautstark eintretende und umtriebige **Berta Fritsch**, die bereits dem Fortbildungsverein vorgestanden hatte, aber Innsbruck Ende 1912 verlassen sollte. Die in Wien lebende sozialdemokratische Agitatorin Emmy Freundlich hielt den Festvortrag, in der durch das Gremium verabschiedeten Resolution bekannten sich die Tiroler Sozialdemokratinnen dazu, „durch Schulung und Aufklärung die Mitglieder zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen“. Von der ersten Frauenlandeskongress 1912 wurde erneut Antonia Hohenegger zur Vorsitzenden gewählt. Sie nahm die Stellvertretung von **Maria Ducia** (1875–1959) in der Funktion der Landesvertrauensperson ein. Das Frauenlandeskomitee war das oberste Koordinierungsgremium der sozialdemokratischen Frauenbewegung in den Ländern. Von hier aus vernetzten sich die Aktivistinnen überregional im Frauenreichskomitee sowie in die Lokalorganisationen, die sich bis 1932 in Nordtirol auf 28 erhöhten. Bezirkskomitees wurden erst 1921 eingerichtet. Mit der Wahl zur Landesvertrauensperson 1912 vertrat Maria Ducia die Tiroler Sozialdemokratinnen auch in der Frauenreichskonferenz, mit dem Parteibeschluss von 1919 hatte die jeweilige Vorsitzende des Landesfrauenkomitees auch einen Sitz in der Tiroler Landeskongress. Ducia, verheiratete Innsbruckerin mit Böhmisches Wurzeln und Mutter von sechs Kindern, übte die Funktion der Landesfrauenvorsitzenden bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges aus, dann erneut von 1919 bis 1925 und von 1931 bis zum Verbot der SDAP in Österreich nach den Februarkämpfen 1934. Ihr beruflicher Weg führte sie über Südtirol, Garmisch-Partenkirchen und St. Gallen nach Linz, wo die zuletzt als Verkäuferin Tätige die Geschäftsführung einer Möbelhandlungsfiliale übernahm, die alsbald in ihren Besitz überging. Die selbstbewusste Geschäftsfrau, die vom weiblichen Rollenbild der bürgerlichen Gesellschaft abwich, wurde jedoch von männlichen Kollegen aus dem Beruf gedrängt und musste 1907 ihr Geschäft aufgeben. Die überzeugte Sozialdemokratin beteiligte sich bereits 1910 an der Gründung der Lienzer Frauenorganisation, deren Vorsitz sie 1911 übernahm. Sie trat gegen die Lebensmittelerhöhung auf und engagierte sich im genossenschaftlich organisierten, parteinahen „Konsumverein“. Als Frauenaktivistin setzte sie sich für das Frauenwahlrecht ein. Anlass dazu bot beispielsweise der erste Internationale Frauentag 1911, hervorgegangen aus Forderungen nach dem Wahlrecht und der Verbesserung von Arbeitsrechten für Frauen. Diese in der Folge jährlich öffentlich abgehaltenen Frauentage – die Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre ausgenommen – waren ebenfalls ein Motor in der Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenorganisation.

Am 4. Internationalen Frauentag, dem 8. März 1914 war Maria Ducia als Vorsitzende des Tiroler Frauenkomitees von der Innsbrucker Aktivistin **Karolina (Lina) Wageneder** (1882–1967) abgelöst worden. Vor allem in den Jahren des Ersten Weltkrieges setzte sich die Hausfrau und Mutter zweier Mädchen und einer Stieftochter besonders für Frieden ein und stellte gemeinsam mit Hedwig Schneider die weiblichen Delegierten einer 23-köpfigen Abordnung, die sich Ende Jänner 1918 mit einer Petition an den Stadthalter in Innsbruck für einen Friedensschluss wandten. Besonders gegen Ende des Krieges hatten Demonstrationen für Frieden, ausreichende Nahrungsmittelversorgung und politische Rechte von Frauen zugenommen. Noch im November desselben Jahres, nicht einmal ein Monat nach Ende des Ersten Weltkrieges, beschloss die Provisorische Nationalversammlung das aktive und passive Frauenwahlrecht. Im Dezember 1918 luden die Innsbrucker



Karoline Wageneder (re.) mit einer ihrer Töchter (Quelle: Familie Gill, zur Verfügung gestellt von Anna Rösch-Wehinger)

Sozialdemokratinnen unter dem Vorsitz Karolina Wageneders und ihrer Stellvertreterin Antonia Hohenegger zu einer Versammlung ein. Letztere wurde kurze Zeit später von der Frauenlandeskonzferenz abermals zur Vorsitzenden gewählt. Mit dem Wahlrecht für Frauen war nun auch das Recht der Vertretung in politischen Gremien verbunden, und so nominierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP Karolina Wageneder für den Innsbrucker Gemeinderat, wo sie als erste und zunächst einzige Frau am 30. Dezember angelobt wurde. Im provisorischen Tiroler Landesparlament, in das sie von der SDAP stellvertretend berufen worden war, setzte sie sich für Wohlfahrt sowie soziale Fürsorge ein, dort wurde sie auch in den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft gewählt. Allerdings währte ihre politische Karriere nicht lange. 1920 folgte sie ihrem Mann in die oberösterreichische Provinz, wo dieser den elterlichen Hof übernahm, und wurde Bäuerin. Später verdiente sie sich als Krämerin ihr Auskommen. Zu Beginn der 1950er Jahre sollte sie jedoch eine zweite politische Laufbahn als SPD-Abgeordnete im Stadtparlament von Rosenheim starten. Antonia Hohenegger hatte sich Anfang der 1920er Jahre gänzlich aus der Politik zurückgezogen.

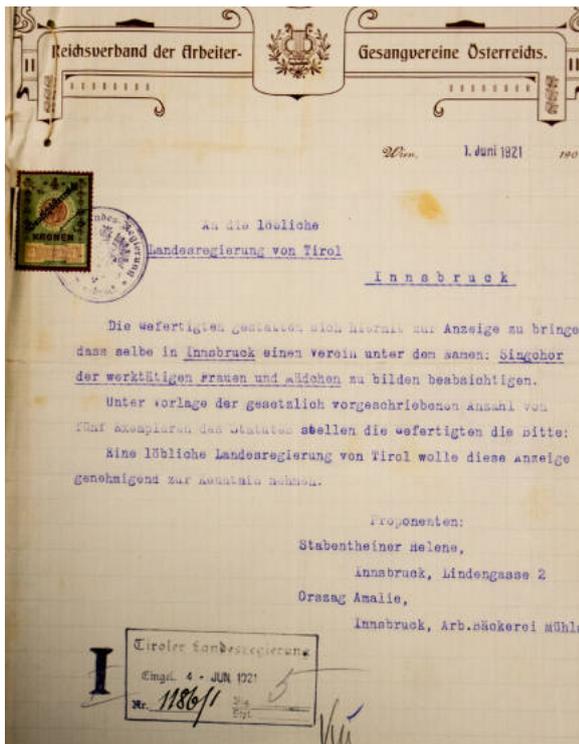
Im Innsbrucker Gemeinderat rückte 1920 **Hedwig Schneider** (1879–1951) nach. Die gebürtige Schweizerin war bereits Teil des Vorstandes im ersten Frauenlandeskomitee. Sie bildete sich zur Fürsorgerin aus. Dem Innsbrucker Gemeinderat gehörte sie bis zu dessen Auflösung 1934 an. Ein spezielles Augenmerk legte sie in ihrer politischen Arbeit auf die Kinder- und Jugend- sowie die Armenfürsorge.



Die sozialdemokratische Märchenbühne (Quelle: Familie Gastl/Kanz)

Auch noch nach dem Verbot der SDAP wurde die Fürsorgerin 1935 in den „Wohlfahrtsrat“ der Stadt Innsbruck entsendet. Innerparteilich legte sie den Fokus auf die Tiroler „Kinderfreunde“, die sie 1917 unter Führung ihres Parteikollegen Johann Orszag mitbegründet hatte. Dort betreute sie das Sekretariat und engagierte sich für die schon 1912 ins Leben gerufene „Märchenbühne“, die Theaterstücke produzierte. Der Erlös kam Notleidenden zugute.

Die Frauen organisierten sich zahlreich in den sozialdemokratischen Kulturvereinen. Von den parteinahen Musikkapellen und zunächst auch von den ersten Arbeitergesangsvereinen, der Chorgemeinschaft „Concordia“ (später „Eintracht“) und des Chors der Buchdruckervereinigung „Typographia“, die sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gegründet hatten, blieben sie jedoch ausgeschlossen. Während Frauenmusikkapellen gesellschaftlich undenkbar gewesen wären, nahm die Akzeptanz von weiblichen Stimmen im organisierten Chorwesen ganz besonders innerhalb der Arbeiterkulturbewegung jedoch rasch zu. Die von Männern besetzte Leitung des Österreichischen Arbeiter-Sängerbundes – im „Sängergau“ Tirol waren dies viele Jahre lang Karl Kleindl sowie der Dirigent und Komponist Peter Marini – forcierten gemischte Chöre, an verschiedenen Orten bildeten sich aber auch reine Arbeiterinnenchöre. Der erste war der „Frauensingkreis der werktätigen Frauen und Mädchen“ in Innsbruck, den Helene Stabentheiner und Amalie Orszag 1919 ins Leben gerufen hatten. Die aus Südtirol stammende **Amalie Orszag**, die 1943 verstarb, arbeitete in der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei in Mühlau und engagierte sich wie ihr Ehemann Johann in der Gewerkschaftsbewegung und der Organisation „Hilfsbereitschaft“, die Menschen aus dem politischen linken Umfeld in wirtschaftlichen Krisen unterstützte. Der Innsbrucker Frauensingkreis ging zwar 1930 – gemeinsam mit anderen Innsbrucker sozialdemokratischen Chören wie der „Eintracht“ – im Innsbrucker „Volkschor“ auf, aber er trat weiterhin bei einschlägigen Veranstaltungen wie dem internationalen Frauentag oder bei Landeskonzerten eigenständig auf. In Hall, Kufstein, Schwaz und Wörgl hatten sich ebenfalls Frauenchöre gebildet, die später mit den örtlichen Männerchören fusionierten. Lediglich die Häringer Sängerinnen der „Roten Nelken“ rückten von ihrer Eigenständigkeit nicht ab, was von der Regionalleitung in der Österreichischen Arbeiter-Sängerzeitung geschlechterdiskriminierend kommentiert wurde: „Ein Dorf und zwei Vereine, ist so etwas möglich? Ja, leider. Männlein und Weiblein haben zwar die



Ansuchen bei der Vereinsbehörde um Bildung des „Frauensingkreis der werktätigen Frauen und Mädchen“ in Innsbruck 1919 (Quelle: Tiroler Landesarchiv, Abt I 1921 XIX 162a 1182)

Innsbruck-Land, Kufstein und Landeck. **Fanny Mayr** löste 1931 Marianne Populorum als Obfrau in Innsbruck-Stadt ab. Sie kämpfte vehement um die Aufrechterhaltung des Frauensekretariats, das im Parteihaus „Hotel Sonne“ nach dem Ersten Weltkrieg eingerichtet und erst Anfang der 1930er Jahre aus Ressourcengründen mit dem Parteisekretariat zusammengelegt worden war. Sie zählte zu den rührigen Rednerinnen in Tirol und führte den Vorsitz in vielen Versammlungen. Im April 1931 konstatierten die Kitzbühelerinnen anlässlich ihrer Festveranstaltung: „Genossin Fanny Mayr, die als Referentin erschienen [sic], verstand es ausgezeichnet die Verdienste der Frauen bei den letzten Wahlen aufzuzeigen und in überaus klaren Worten zeigte sie die Absichten der Regierung, die sozialen Gesetze abzubauen, auf.“ Ihr intensiv geführter Wahlkampf als Kandidatin bei den Ergänzungswahlen zum Innsbrucker Gemeinderat 1933 führte nicht zu einem Mandat. Fanny Mayr setzte sich in ihrer politischen Arbeit besonders für die Hausgehilfinnen und die Hausfrauen ein. Sie organisierte Strick-, Näh- und Putzkurse.

Die Häringer Gemeinderätin **Burgi Gastl** (1890–1962) war langjährige Vorsitzende des Landesbezirkskomitees Kufstein. Sie setzte ganz besonders auf Bildung – auch auf ihre eigene. Wie Josefine Friedl

gleiche schwere Last zu tragen, sie leben zusammen in der Familie, aber beim Singen – ausgeschlossen ... Und die Beweggründe? „Männerstolz – Weibchentreiz““

Die sozialdemokratischen Funktionärinnen betätigten sich vielfach in Bereichen, die in den bürgerlichen Geschlechtervorstellungen als typisch weiblich gelten. Demgemäß waren viele Frauen bei den Kinderfreunden und der Jugendorganisation „Rote Falken“ aktiv. Auch die „Hilfsbereitschaft“ galt als passendes Agitationsfeld für Sozialdemokratinnen. Beispielhaft im Engagement für die sozial Schwachen ist **Josefine Friedl** (1886–1976), die für die „Hilfsbereitschaft“ arbeitete. **Maria Rapoldi** (1884–1975) wiederum trat für die Kinderfreunde ein, während sie beruflich für die Volks-Zeitung tätig war. Denn die Frauen setzten durchaus ihre eigenen Schwerpunkte. Die Buchhalterin **Laura Palme** (1876–1945) hatte die Zahlen auch im Innsbrucker Gemeinderat im Auge und die langjährige Schriftführerin im Tiroler Frauenlandeskomitee sowie Vorsitzende des Frauenkomitees des Bezirkes Innsbruck-Stadt, die viele Jahre im Frauenlandeskomitee häufig als Schriftführerin aktive **Marianne Populorum**, unterstützte neben der „Hilfsbereitschaft“ auch die Freidenkerbewegung.

Die Einrichtung von Frauenbezirkskomitees in Tirol war 1921 auf der Frauenlandeskonferenz beschlossen worden. Bis 1932 existierten vier Bezirkskomitees – in Innsbruck-Stadt,



Maria Rapoldi (2. v. re.) mit ihren beiden Töchtern Marta und Herta sowie ihrer Schwester Walburga um 1960 (Quelle: Familie Dandrea)



Burgi Gastl (2. v. r.) im Kreise ihrer Familie
(Quelle: Familie Gastl/Kanz)

Kitzbühel, wo sie gegen Ende des Ersten Weltkrieges mit der SDAP in Berührung kam. Hier war sie in den Gemeinderat gewählt worden, konnte jedoch ihr Mandat nur kurz ausüben, weil sie aus beruflichen Gründen nach Landeck verzog. Schließlich übersiedelte sie nach Mühlau, wo sie ab 1922 dem Gemeinderat angehörte. Im Landtag verstärkte sie von 1929 bis 1933 die nunmehr in Innsbruck lebende Maria Ducia, die schon ab 1919 dort vertreten war. Die beiden setzte sich dort primär für Schulangelegenheiten, insbesondere für die Aufhebung des Lehrerinnenzölibats, sowie für die Abschaffung des § 144 Strafgesetzbuch, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte, und für die existenzielle und soziale Versorgung besonders von Frauen auf verschiedenen Ebenen ein. Adele Obermayr hatte den Vorsitz in der Frauenlandeskongress von 1925 bis 1931 inne.

Erst 1932 schloss sich die in Innsbruck geborene Hausangestellte Josefine Ragnes (1909–1943) der SDAP an. Sie war in der Wörgler Lokalorganisation tätig. Mit ihrem späteren Ehemann Alois Brunner engagierte sie sich nach dem Verbot der SDAP 1934 bei den verbotenen „Revolutionären Sozialisten“ und pflegte Kontakt mit dem deutschen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen sowie dessen Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“. Ihre Widerstandstätigkeit behielt sie auch nach der Herrschaftsübernahme der Nationalsozialisten in Österreich 1938 bei und baute mit ihrem Ehemann eine Widerstandszelle im Raum Wörgl auf, für die **Josefine Brunner** unter anderem zahlreiche Kurierdienste erledigte. 1942 wurde das Ehepaar Brunner verhaftet und im Jahr darauf in München-Stadelheim ermordet.



Die Abgeordnete Adele Obermayr nach der NS-Herrschaft
(Quelle: Familie Obermayr)

und Lina Schlechtleitner hatte sie als eine der wenigen Frauen in Tirol die Chance genutzt, die Arbeiterhochschule in Wien zu besuchen. Nach den ersten Gemeinderatswahlen 1919 zog sie als einzige Frau mit zehn männlichen SDAP-Mandataren in den Gemeinderat der Bergarbeitergemeinde ein, wo die Sozialdemokratie die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch die Mehrheit stellte, und verblieb in dieser Funktion bis zu dessen Auflösung – mittlerweile mit weiblicher Unterstützung.

Langjährige Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees in Innsbruck-Land war die in Mühlau lebende **Adele Obermayr** (1894–1972). Die als Adele Husch in Schärding Geborene wuchs in Hötting auf. Die Verkäuferin arbeitete zunächst in



Adele Obermayr
(Quelle: Familie Obermayr)

Tödlich ging auch die politische Arbeit für **Adele Stürzl** (1892–1944) aus, die zunächst für die SDAP in Kufstein tätig war, sich aber 1932 den Kommunist*innen anschloss und nach deren Verbot im Mai des darauffolgenden Jahres illegal agierte, womit sie sich wiederholt Verhaftungen einhandelte. Auch während des Nationalsozialismus ging ihr Widerstand weiter. Weil sie Fluchthilfe leistete, wurde sie 1942 verhaftet und saß in Haft, als sie sich auch mit Vorwürfen konfrontiert sah, die ihre Tätigkeit für die reichsweite Widerstandsgruppe „Robby“ offenbarten, die der deutsche Kommunist Robert Uhrig initiiert hatte. Sie wurde 1944 in München-Stadelheim hingerichtet.

Adele Obermayr war ebenfalls aktiv am politischen Widerstand gegen den Austrofaschismus und den Nationalsozialismus innerhalb des Netzwerkes um Uhrig beteiligt. Nach einer Denunziation geriet auch sie 1942 in Haft und landete nach der Unterbringung in zahlreichen Gefängnissen im

Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie nur knapp dem Tod entkam. Bereits im Sommer 1945 war sie für die SPÖ Teil der provisorischen Landesregierung. Sie stellt wie Burgi Gastl eine Kontinuität in der Sozialdemokratischen Frauenbewegung über den Zweiten Weltkrieg und die Zeit der Faschismen hinweg dar. Gastls Widerstandstätigkeit zwischen 1934 und 1945 – in der Unterstützungsorganisation „Rote Hilfe“ für linke Bedürftige sowie für die Gruppe „Neu Beginnen“ – war unbemerkt geblieben. 1936 war sie nach Innsbruck übersiedelt und übte hier nun ein Gemeinderatsmandat aus. Vor den Nationalratswahlen 1949 wandte sich Adele Obermayr via Volks-Zeitung an die Wählerinnen und machte sie dabei auf ihre staatsbürgerliche Verantwortung sowie ihre Rechte aufmerksam: „Wir Frauen sind es, welche die Folgen einer Politik tragen müssen, die nicht von Frauen gemacht wurde. [...] Von Frau zu Frau rufen wir euch zu: Bleibt nicht abseits stehen wie Bettler am Wegesrand! Wir wollen keine Almosen – wir wollen unser Recht!“

Sozialdemokratische Bauern- und Landagitation. Der Kitzbühler Genosse Johann Filzer (1858-1930)

Die sozialdemokratische Bauern- und Landarbeiteragitation wurde in den 1890er Jahren vor allem vom Kitzbühler Bauern Johann Filzer getragen. 1893 zählt Filzer zu den erfolgreichen Initiatoren des sozialdemokratischen Arbeiterfortbildungsvereins Kitzbühel, der an die 100 Mitglieder zählt, und der in der Folge – noch vor Innsbruck – ein Arbeiterheim errichten kann. Wissenshunger trieb Filzer zur Sozialdemokratie und der Beweis, dass es „trotz geistlichem und anderem Terror ‚decht a paar Roate‘ in der frommen, reaktionären Bergstadt“ gibt.

Johann Filzer hat die „Vulgärmaterialisten“, Ludwig Büchners „Kraft und Stoff“ sowie Ernst Haeckels „Welträtsel“ gelesen. Mit Verehrung verweist Filzer in seiner 1895 in Kitzbühel erschienenen Schrift „Anschauungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von ihrem Urzustande bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Bauernstandes“ auf Rousseau und dessen Motiv, wonach es angebracht gewesen wäre, wenn „man den Ersten, welcher ein Stück Erde für sich allein in Anspruch nehmen wollte, in die Tiefe des Meeres versenkt hätte“. Filzer bekannte sich zu einer den Kapitalismus überwindenden, sozialistisch klassenlosen „Zukunftsgesellschaft“.



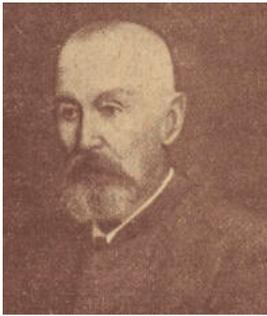
Johann Filzer

Zu Filzers Lehrmeister wird der Anthropologe Lewis Henry Morgan, der den Weg von einer gemeinwirtschaftlichen „Urgesellschaft“ zum „Privateigentum und der damit verbundenen Despotie“ entschlüsselt hat. Motive, die Filzer auch aus der Lektüre von Friedrich Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Forschungen“ (Hottingen-Zürich, 1884) und von Paul Lafargues „Mutterrecht“ (1886 in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht) bekannt waren.

Johann Filzer war klar, dass er gegen die christlichsoziale „Bauernfängerei“, die 1904 in die Gründung des „Tiroler Bauernbundes“ mündet und auch gegen vereinzelte deutschliberale Vorschläge, so jene des Meraner Landtagsabgeordneten Karl Grabmayr „Schuldnoth und Agrarreform“ (1894) mangels organisatorischer Kraft nicht ankommen kann. Filzer zweifelte, ob Reformvorschläge wie Zinsentlastungen dem Tiroler Kleinbauer wirklich helfen können.

Nur wenige Genossen unterstützten die Werbearbeit auf dem Land. So trat auf der Tiroler Landeskonferenz 1896 der Unterinntaler Bauer P. Mayer auf, der davon sprach, „daß trotz der großen Schwierigkeiten, die zu überwinden seien, die Bewegung auch auf dem Lande vorwärts gehen werde. Zu diesem Behufe ist es nothwendig, daß die Volks-Zeitung gute Artikel für die Landbevölkerung bringe. (...) Es wäre sehr zu wünschen, wenn für die Landbevölkerung ein eigener Bauernkalender herausgegeben würde, in welchem außer populären politischen und wirtschaftlichen Artikeln auch die Marktverzeichnisse enthalten sein müssten.“

In Arzl bei Innsbruck war der vormalige Schuhmacherwandergeselle und nunmehrige Kleinbauer **Johann Eisenbacher** (1856-1931) auch als sozialdemokratischer Gemeinderat tätig. Die „Volks-Zeitung“ meldet am 1. Dezember 1931: „Genosse Johann Eisenbacher gestorben. In Arzl starb nach längerem Leiden Samstag früh Genosse Johann



Johann Eisenbacher

Eisenbacher, Bauer und Gemeinderat. Mit Eisenbacher verliert die Partei einen alten, treuen Genossen, verlieren die Arzler Genossen einen unermüdlichen Kämpfer für die Rechte und Interessen der kleinen Leute. Genosse Eisenbacher wurde im Juli 1856 geboren, lernte die Schuhmacherei, kam als junger Schuhmacher weit in der Welt herum, war in London, Paris und Genf in Arbeit, und er, der ein Geschwisterkind des Fürstbischofs Aichner in Brixen war, wurde frühzeitig schon mit der sozialistischen Bewegung bekannt, der er sich mit ganzem Eifer anschloß, um ihr bis an sein Lebensende treu zu bleiben. In Tirol etablierte er sich 1885 als Schuhmachermeister, um schließlich aus gesundheitlichen Gründen das Schuhmacherhandwerk mit der Landwirtschaft zu vertauschen. In Arzl wirkte er seit Jahren mit vorbildlichem Pflichteifer als sozialdemokratischer Gemeindevertreter.“

Über ein knappes Jahrzehnt war der Thaurer Gastwirt und Kleinbauer **Johann Purner** für die Bauernsache aktiv. Purner, der „rote Schützenwirt“, war insgesamt ein wichtiger Anlaufpunkt für die Innsbrucker Sozialisten, die öfter – bis zu Purners Übersiedlung als Wirt nach Innsbruck-Hötting – große Arbeiterausflüge nach Thaur veranstalteten. Im Frühjahr 1893 sprach Josef Holzhammer vor Thaurer Bauern: „Ende März fand in Purners Gasthaus zum Schützenwirt in Thaur eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Genosse Holzhammer referierte eingehend über die Lage des Arbeiter- und Bauernstandes (...). Die socialdemokratische Partei gewinnt immer mehr Anhänger unter den Kleinbauern, welche zur Ueberzeugung kommen, dass unter den obwaltenden Verhältnissen von allen andern politischen Parteien, welche nur die Lasten des Bauern vermehren helfen, keine Hoffnung auf Hilfe zu erwarten ist.“

Im März 1896 sprach Johann Purner selbst vor großem Publikum in seinem Thaurer Wirtshaus: „Hierauf gelangt Herr Purner, Gastwirth und Bauer zum Worte, der sich für die socialdemokratischen Forderungen aussprach und dessen eindrucksvolle Rede bei den Bauern stürmischen Beifall fand. Das Großcapital beherrsche heute die Welt, in der Macht vor Recht gehe. Ob dieses christlich sei? Hingegen hätten die Clericalen bis heute nur Trostworte: sei geduldig und Du wirst die himmlischen Freuden genießen. Dabei nenne man die Socialdemokratie, die es aufrichtig mit dem Volke meine, Umstürzler, während andererseits für den Bauernstand gar nichts geschehe. Stürmische Heiterkeit erweckte es wie Redner den Vorwurf von den Theilungsabsichten der Socialdemokraten abführte. Zudem habe der Bauer nichts mehr zu theilen als Schulden. Die Ursache des Niederganges des Bauernstandes sei auch wesentlich in der Unbildung, in der man erhalten werden soll, zu suchen. Derselbe müsse nach Fortschritt streben. Redner fordert energisch zur Organisation auf, indem er als Beispiel hiebei auf die organisirte Arbeiterschaft verweist. (...) Der bäuerliche Kleinbesitzer Eisenbacher, der sich hierauf zum Worte meldet, schließt sich in warmen Worten dem vom Vordner zuletzt Gesagten an. Ein gemeinsames Zusammengehen des Bauernstandes mit dem Arbeiterstande müsse angestrebt werden.“

In einer Haller Volksversammlung erklärte Johann Purner im Dezember 1896. Die Sozialdemokraten wussten, dass auch unter der konservativ katholischen Bauernschaft die militärische Rekrutierungsrepression, das Einziehen der jungen Bauernburschen sehr verhasst ist: „Hierauf spricht der Bauer Purner aus Thaur über die Ursachen des Niedergangs des Bauernstandes, die theils in der veralteten Productionsform, theils in der maßlosen Concurrnz und der billigen Production des Großgrundbesitzes zu suchen sei, über die Schäden des Militarismus, welcher dem Volke jährlich 200 Mill. kostet, und schließt mit der Aufforderung, die Bauern mögen sich organisiren und der Arbeiterbewegung anschließen. Beide Redner ernteten für ihre Ausführungen reichen Beifall.“

Unter den Bedingungen eines von Leibeigenschaft und Feudalrobot in die Geldwirtschaft übergegangenen, die Kleinbauern einem Konzentrationsprozess zugunsten der Großagrarien aussetzenden kapitalistischen Weltmarktes gibt es – so Filzer 1895 in seinem Büchlein keinen Ausweg aus der in Tirol krisenhaften Verschuldung. Gleichgültig, welche Staatsform (Republik, Monarchie, etc.) vorgegeben ist, und auch unabhängig davon, ob einige Länder den Zugang zum allgemeinen Wahlrecht gewähren oder nicht, gibt es kein Entkommen für den Kleinbauern aus einer verelenden Logik. Scheinmittel wie Hypothekarentlastung, „Verschuldungsgrenze“, Erbrechtsreform (etwa Richtung

eines einheitlichen Anerbenrechts, weg von der Realteilung), Errichtung von Genossenschaften – sind nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Sie wiegen die Bauern aber nach Filzer in Illusionen, außerdem sind sie brüchig.

Die sich abrackernden ausgebeuteten Kleinbauern, die Pächter, die oft im Widerspruch zwischen „Bauern und Dorfproletariat“ selbst als Ausbeuter der Dienstboten auftreten, und die sich von deren Ansprüchen (auf Kranken-, Invaliditätsversicherung, Arbeitszeitregelungen, usw.) bedroht fühlen, begleitet Filzer zufolge unentzinnbar die „Hypothekarlast“.

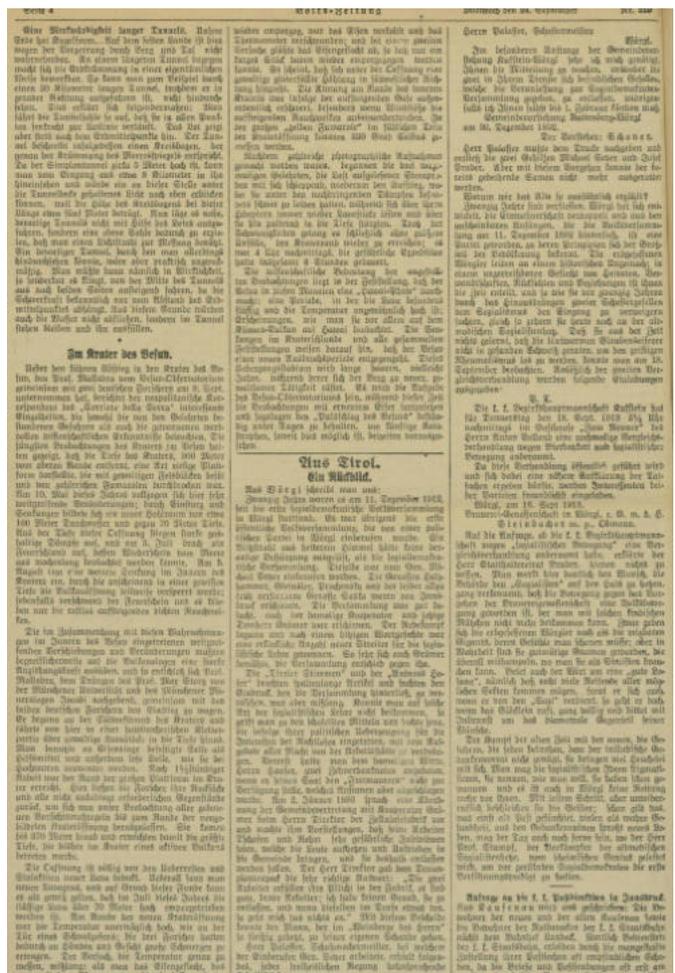
Nur der von der Sozialdemokratie geforderte Übergang vom „Privateigentum zum Gemeingut“ bietet sich an – so Filzer, der als Tiroler Delegierter am sozialdemokratischen Gesamtparteiitag auftrat, später in der Republik auch einige Jahre Landtagsabgeordneter war. Dies müsse von den Genossen den Bauern „ehrlich“ gesagt werden, auch wenn Filzer klar ist, dass dies das Bild von den bauernfeindlichen sozialdemokratischen „Landräubern“ und „Religionsfeinden“ befördern wird. Nur im Verbund mit dem klassenbewussten sozialistischen Proletariat können die Bauern befreit werden, so Filzer.

Für die Bauern, die Landarbeiterschaft hält Filzer ein Bildungsprogramm bereit, um sie aus ihrer verroht kulturellen Abhängigkeit zu befreien. Seinem Pessimismus widersprechend war Filzer in Kitzbühel aber sogar federführend an Reformvorhaben, an der Gründung von Bauerngenossenschaften, einer Sägewerks- und Sennereigenossenschaft beteiligt.

Wörgl, Kirchbichl, Häring

1892 organisieren Wörgler und Rattenberger Sozialdemokraten eine Arbeiterversammlung. Sie verlangen den Achtstundentag, rufen zum Beitritt zur Sozialdemokratie auf. Angeführt von einem Kooperator verlangt die Gemeindevorstellung daraufhin die Entlassung von als besonders tätig und fähig eingeschätzten sozialistischen Arbeitern, als solche galten die Schuhmachergesellen **Michael Seyr (Seyr)** [aus Reichenau in Oberösterreich] und **Josef Prader**. Ein kleiner Schuhmachermeister wird gezwungen, die beiden zu kündigen, „widrigenfalls“ ihm selbst das gepachtete Geschäftslokal entzogen wird.

Noch 1892 meldet die Statthalterei, die Bergarbeiter in Tirol sind oft „Halbgütler“, pachten von den Bergwerkseigentümern kleine Feldstücke, „besitzen oft ein eigenes Heim mit kleinem Grundbesitz und Viehstand“ und sind „zufrieden“. Im Haller „k.k. aerarischen Salzbergwerk“ mit seinen „4-500 Mann“ sei „eine sozialdemokratische Agitation nicht vorhanden“. Gleiches konnte 1892 auch noch aus der Region Wörgl-Häring-Kirchbichl gemeldet werden: „Aerarisches Braunkohlenbergbau mit Gruben in Häring und der Aufarbeitung und Verfrachtung in Kirchbichl, 280 bis 300 Arbeiter (...) Den Arbeitern sind auch kleine Felder u. Gärten zugewiesen.“



20 Jahre Arbeiterverein Wörgl aus „Volks-Zeitung“ vom 24. September 1913

Eine Bruderlade, eine Krankenversicherung werde angeboten. „Schulgeld für Arbeiterkinder zahlt das Werk. Verhalten der Arbeiterschaft musterhaft, socialdemokratische Agitation nicht wahrgenommen.“

Das gilt um 1890 auch für die im Bezirk Kufstein liegenden „acht Cement-Steinbrüche der verschiedenen Cementfabriken“ – ua Perlmoos - mit ca. 1000 fast durchgehend einheimischen Arbeitern, weshalb die Statthalterei für den Tiroler und Vorarlberger Bergbau resümierte: „Bei diesen Verhältnissen erklärt es sich, daß socialdemokratische Propaganda noch nirgends [im Tiroler Bergbau] constatirt wurde, die gegenwärtig noch kein genügend vorbereitetes Terrain finden würde.“

Ab 1900 ändert sich dies. Mit Hilfe der österreichischen Bergarbeiterunion und der Tiroler Landespartei werden (Berg-) Arbeitervereine gegründet. Über einen SP-Pionier der Häringer Arbeiter, den im Sommer 1918 im Armenhaus verstorbenen **Johann Koidl** berichtet die „Volks-Zeitung“: „Mit Koidl scheidet in Häring der älteste Kämpfer für unsere Sache aus dem Leben. Viele Jahrzehnte war Koidl im Arbeiterverein tätig. Oft hat er in Versammlungen das Wort ergriffen und die Bergarbeiter zur Einigkeit gemahnt. Als in Häring eine Union der Bergarbeiter gegründet wurde, kam der damals schon pensionierte Koidl in die Versammlung und hielt an die Arbeiter eine tapfere Ansprache. Seine Worte haben großen Eindruck gemacht (...) Der Unverstand hat dem alten braven Mann [im Armenhaus] manche trübe Stunde bereitet; so tat man alles, um ihm das Lesen der ‚Volks-Zeitung‘ zu erschweren.“

Aus dieser kleinen, aber gut organisierten Häringer Ortsgruppe sollte wie aus jenen im benachbarten Wörgl, Kirchbichl, Kufstein und Kitzbühel der Arbeiterwiderstand gegen den Austrofaschismus und gegen das NS-Regime hervorgehen. So findet sich schon an der Jahrhundertwende 1900 im – von Johann Filzer geprägten - Kitzbühler Arbeiterverein der 1942 in Gestapo-Haft umgekommene **Josef Pair** (Jg. 1875).

In Wörgl ist der junge Tischler und Bergarbeiter **Johann Oberhofer** (geb. 1875 in Kastelruth) aktiv, der als Schutzbündler und als ein „Aufwiegler und Rädelsführer“ des 12. Februar 1934 vom Landesgericht Innsbruck im April 1934 zu vierzehn Monaten Kerker (verschärft durch eine Einzelhaft vierteljährig) verurteilt werden sollte.

In Kufstein

zählt der junge Schuhmachergeselle **Toni Auschnaiter** zu den Mitgründern eines sozialistischen Vereins. Er betreibt später eine kleine Schusterwerkstätte. Im August 1894 begeht der Arbeiterverein Kufstein in der Gegenwart von 800 „rothe Abzeichen“ tragenden Teilnehmern aus der Umgebung bis Wörgl, Rattenberg oder Kitzbühel und nach Bayern reichend sein erstes Gründungsfest. Josef Holzhammer sprach, der Ton seiner Rede lautete nach Behördenangabe auf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

Von Behördenseite wurde ein Polizeispitzel zur Überwachung des Festes abgestellt. Mehrere sozialistische Schriften wurden beschlagnahmt. Das Absingen von Arbeiterkampfliedern konnte nicht unterbunden werden, aber das Auftreten einer nahen Gemeindemusik konnte verhindert werden: „An Stelle der Schwoicher Musikkapelle, welche nach Kenntnis von der Tendenz des Festes in letzter Stunde abgesagt hatte, war die Innsbrucker Arbeiter-Musik erschienen.“

Bezirkshauptmann und Kufsteiner Bürgertum fürchten, dass sich die lokale Sozialdemokratie ausdehnen könnte und schlugen deshalb in repressiver Absicht vor, künftig derartige – erfolgreiche – Veranstaltungen zu untersagen: „Die Stimmung in Kufstein ist im allgemeinen gegen den Arbeiter-Fortbildungs-Verein, der wie alle diese Vereine, socialdemokratische Tendenz bekundet und jedes Mitglied auch Sozialdemokrat ist. Das Bürgerthum will, daß alle derartigen Vereine aufgelöst und die Versammlungen verboten werden, um die Arbeiterbewegung hintanzuhalten. Das selbstbewußte, mitunter freche Auftreten der sozialistisch gesinnten Arbeiter ist Vielen zum Ärger. Außerdem besteht die Furcht, daß die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger auch in Tirol gewinnt, wenn derartige Vereine unter dem Deckmantel der Förderung geistiger und materieller Interessen bestehen und die sozialistisch gesinnten Arbeiter Versammlungen abhalten dürfen.“

Schwarz

Im so wie Hall oder Wattens „schwarzen“ Schwarz mit seiner Tabakfabrik („Tschiggin“), streng disziplinierten, für eine Gewerkschaft schwer erreichbaren ca. 1000 Tabakarbeiterinnen konnte die sozialistische Arbeiterbewegung nur schwer Fuß fassen. Gewisse Erfolge sind vergessenen Aktivist/inn/en zu verdanken: Nach einer „socialdemokratischen Versammlung in Schwarz“ wird im Dezember 1897 von der Bezirkshauptmannschaft Strafanzeige erstattet: „Als Hauptagitator der sozialistischen Umtriebe in Schwarz fungieren **Carl Hatlauf** aus Lanzenkirchen Bezirk Wr. Neustadt, Schlosser bei der k.k. Tabakhauptfabrik in Schwarz, und Josef Schweissgut, Regenschirmmacher aus Meran. Der erstere soll bereits aus der Fabrik entlassen sein, während letzterer aus der Marktgemeinde Schwarz ausgewiesen wurde.“

Im Dezember 1897 wurde Hatlauf auf eine „Schwarze Liste“ gesetzt, indem öffentlich per Zirkular kundgemacht wurde: „Der in der hiesigen k.k. Tabak-Hauptfabrik in Arbeit stehende Schlossergehilfe Carl Hatlauf wird wegen sozialistischer Umtriebe entlassen werden. Es ergeht daher an alle Herrn Meister und Arbeitgeber das Ersuchen, den Genannten in eigenem Interesse nicht in Arbeit zu nehmen.“

Ähnlichem Druck ausgesetzt, aber schon etwas erfolgreicher war das Ehepaar **Aloisia und Georg Hanselitsch**, denen nach und nach sozialistische Aufbauarbeit in Schwarz zu verdanken ist. Als Hanselitsch als Abonnent und Verteiler der Volks-Zeitung aufgefallen war – Aloisia H. schrieb gelegentlich Artikel für die Volks-Zeitung – wurde Georg Hanselitsch – tätig als Schlosser in der Tabakfabrik – diszipliniert: „Der Direktor Zimmermann ließ Genossen Hanselitsch holen und hielt ihm eine kleine Standpredigt.“ Dies war noch die geringste der Schikanen. Georg Hanselitsch (1859 in Pettau, Untersteiermark – 1928) und „des umstürzlerischen Schlossers“ Gattin Aloisia H. agitierten gegen Hungerlöhne, gegen 14 Stunden Tagesarbeit. Sie stemmten sich gegen den bürgerlichen Betriebsterror gegen die wenigen „Roten“. Eine Schwazer Genossin, die „rebellische“ Tabakarbeiterin **Maria Öhninger** (1882-1947) ist in „Hofmann-Schreiber 2003“ biographiert.

Landeck, Oberinntal: Der entlassene Eisenbahner Paul Singer

In Landeck findet sich Mitte der 1890er – knapp vor dem österreichweiten Verbot der sozialdemokratischen Eisenbahnervereine im Frühjahr 1897 – eine aktive Sozialistengruppe, die erst jüngst durch eine SP-Geschichte (Manfred Jenewein 2016) in das Licht gerückt wurde, so ihr kämpferischer Exponent **Paul Singer** (gest. 1911), der über viele Jahre im ganzen Oberinntal sozialistisch organisiert hat. Auch die Entlassung aus dem Bahndienst 1896 konnte Singer nicht brechen. Zum Missfallen der Bezirkshauptmannschaft Landeck sammelt Singer die Eisenbahner nun als Obmann des Arbeitervereins Landeck: „Die [Landecker] Ortsgruppe der socialdemokratischen Eisenbahnbediensteten



Der Schwazer Sozialdemokrat Carl Hatlauf wird 1897 auf eine „schwarze Liste“ gesetzt, aus „Volks-Zeitung“ vom 3. Dezember 1897

dürfte schon zu große Erfolge errungen haben, als daß dieselbe leicht eingeschränkt werden könnte.“, stellt die Behörde 1896 widerwillig resignierend fest.

Singer hat in Landeck eine ganz ausgezeichnete Arbeiterbibliothek auf die Füße gestellt, woher ist dies bekannt? Aus einem Polizeiprotokoll, das nach der Bibliotheksbeschlagnahme 1897 erstellt wurde: „Robespierre; (...) Thomas More; [Prosper Lissagaray] Pariser Commune 1871; [Friedrich Engels] Ursprung der Familie; [Emil Zola] Germinal; Ferdinand Lassalle; (...) [Josef Dietzgen] Acquisition der Philosophie; ... [Josef Dietzgen] Zukunft der Socialdemokratie“, österreichische, deutsche Parteitageprotokolle. Im nahen Feldkirch, wo zeitgleich die Eisenbahnerbibliothek beschlagnahmt wird, findet die BH im März 1897 auch „Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850 von Karl Marx; Das Evangelium eines armen Sünders von Wilhelm Weitling; (...) Ökonomische Lehren von Carl Marx [nach Karl Kautsky]“ und das in Massenaufgabe verbreitete „Die Frau und der Socialismus von August Bebel“.

Im Oberinntal konnte die Sozialdemokratie fast nur in Landeck mit seinen Eisenbahnern und den ab 1900 nach und nach hinzukommenden Textil- und Chemiarbeitern Organisationen aufbauen. Der von der Bahndirektion gemäßregelte Singer konnte sich gegen die vom einflussreichen Chef-Redakteur der klerikalen „Neuen Tiroler Stimmen“ mobilisierten weißen „Bauerngarden“ halten, so in der „Schlacht von Landeck-Perjen“: „Zu der Versammlung in Perjen bei Landeck [1896], in der unser verstorbener Genosse [Engelbert] Pernerstorfer sprechen sollte, sind tausend bewaffnete, von den Klerikalen fanatisierte Bauern aufmarschiert.“

Paul Singer blieb bis zu seinem Tod 1911 unter den schwierigen Bedingungen des Oberinntals klassenkämpferischer Pionier. Er konnte die lokale Eisenbahnerorganisation, die 1897 im Zug des österreichweiten Verbots der sozialdemokratischen Bahngewerkschaft ausgelöscht wurde, wieder aufbauen. Er gründete nicht nur den gemischten Gewerkschaftsverein Landeck. Singer war auch bei den „Naturfreunden“, beim Ortsverein der „Freien Schule“ aktiv. Er etablierte auch eine gut sortierte Arbeiterbibliothek.

Die „Volks-Zeitung“ berichtet 1932 in einem Rückblick: „Die älteren Genossen werden sich erinnern, daß [der Eisenbahner-] Verein im Jahre 1897 aufgelöst wurde. Die Gründung des ‚Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines‘ erfolgte nach Überwindung großer Schwierigkeiten im Jahre 1898. (...) Festgestellt muß werden, daß schon vor Gründung des Fachvereines Genossen Eisenbahner als Agitatoren politischer und gewerkschaftlicher Natur tätig waren und für die Verbreitung der Volks-Zeitung sowie anderer sozialdemokratischer Parteiliteratur gewirkt haben. Es sei bei diesem Anlaß auf die verstorbenen Vorkämpfer Paul Singer, Josef Wimmmler [Lokomotivführer, später nach Niederösterreich verzogen], [Franz] Wanschura und auf die noch lebenden Genossen Oskar Petz und Josef Eberl und andere hingewiesen. Später wurden dann die Textil AG und die Continentale [Karbide/Chemie-] AG gebaut. Die Inbetriebsetzung dieser Werke brachte es mit sich, daß in diesen Betrieben fremde Elemente Aufnahme fanden, welche sich in der uneigennützigsten Weise politisch und gewerkschaftlich betätigten. Deren Verbleiben in Landeck war jedoch nicht von langer Dauer, da die Unternehmungen glaubten, durch deren Entlassung die sozialdemokratische Bewegung in Landeck unmöglich zu machen.“

Über Lienz

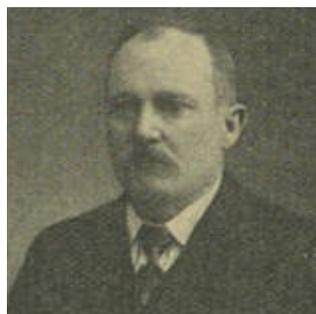
scheint in Vereinsanzeigen seit den 1890er Jahren gelegentlich auf, dass der Schuhmachermeister Marcher in der Schweizergasse Reise-, Wanderunterstützungen auszahlte. In seinem Fall gelingt es eine kleine Biographie eines wichtigen Aktivisten zu erstellen. Mathias Marcher errichtet nicht nur den allgemeinen Arbeiterverein in Lienz, sondern hilft auch mit, eine funktionierende sozialdemokratische, im ganzen Pustertal bis hin nach Franzensfeste wirkende Eisenbahnergruppe aufzubauen, zu der auch der nach Lienz strafversetzte **Wilhelm Scheibein**, der spätere Tiroler Arbeiterkammerdirektor, oder der spätere Arbeiterchronist **August Kopetzky** zählt.

In Lienz versuchte der klerikale Bezirkshauptmann Graf Schaffgotsch diese Vereine – ohne Erfolg – zu zerstören, indem er im April 1894 mit Festnahmen gegen „socialistische Umtriebe“ vorging, da „von Lienz aus der Versuch gemacht wird, die socialistische Propaganda auf das Land hinauszutragen und junge unreife Bauernburschen für die Umsturzideen (...) zu gewinnen“.

Vor allem sollte der Müllergeselle **Johann Peter Rendel** in Nußdorf-Debant nahe Lienz diszipliniert und von seinen sozialistischen Genossen getrennt werden. Rendel besaß „in seiner Heimatgemeinde Winklern /:Möllthal, Bezirk Spital:/ ein kleines Anwesen, welches derzeit verpachtet ist“. Er arbeitet als Müller in der Nähe von Lienz. Die Bezirkshauptmannschaft wirft Rendel vor, bis zu 30 Genossen um sich gesammelt zu haben.

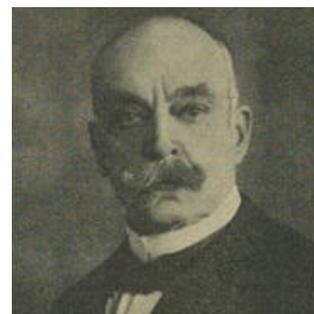
Rendel ist sehr gebildet und besitzt eine Bibliothek mit den „deutschen Klassikern und moderner Belletristik“. Neben diesen Werken besitzt er auch zahlreiche „socialistische Schriften“. Bei den Lienz Hausdurchsuchungen fand die Polizei mehrere Ausgaben der „Arbeiterzeitung“, des „Volksfreund“, der „Arbeiterstimme“, weiter: Festschrift des „1. Mai 1891“, „Das Recht auf Faulheit“ (von Paul Lafargue), „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“ oder das „Das Erfurter Programm“ (1892).

Mathias Marcher (1853 in Oberdrauburg, teils in Lienz aufgewachsen, Schuhmacherlehre in Klagenfurt, auf Wanderschaft ua in München, um 1880 in Innsbruck -1926) selbst war nicht der querulatorische „Spinner“, wie man vereinzelt Sozialisten an der Peripherie oft diskreditiert. Marcher hatte – wie er selbst sagt – seine „Hochschule“ Anfang der 1880er Jahre im Innsbrucker Arbeiterverein durchlaufen und hier wird er 1881 verhaftet, da er die „in Zürich erscheinende revolutionäre Zeitung ‚Der Socialdemokrat‘“ besitzt. „Er ist Mitglied des hiesigen Fachvereins der Schuhmacher und Kassier des allgemeinen Arbeitervereines.“



Wilhelm Scheibein, anfangs Lienz Eisenbahneraktivist

Am 3. Jänner 1927 schreibt die „Volks-Zeitung“: „Hier in diesem Verein fand Genosse Marcher die willkommene Stätte zur Befriedigung seines Wissensdranges, er lernte schreiben und rechnen, nebenbei nahm er lebhaften Anteil an den damals üblichen Diskussionen zur Erweiterung seines Wissens und zur Schulung als Redner [u.a. konspirativ in der Sillschlucht und wurde als hervorragender Agitator in Untersuchungshaft genommen]. Die reichhaltige Bibliothek des Vereines war für ihn eine willkommene Quelle zur Stillung seines Wissensdurstes. Humorvoll und dankbar bemerkte Marcher bei passenden Gelegenheiten des öfteren,



August Kopetzky, Lienz Eisenbahneraktivist

der Arbeiterverein Innsbruck sei seine ‚Hochschule‘ gewesen. Es war dies zu jener Zeit (1879 bis 1884), als in Deutschland das Ausnahmsgesetz gegen die Sozialisten wirksam war und in Österreich die sozialistischen Grundsätze als staatsgefährlich erklärt wurden.“ Mitte der 1880er Jahre kehrte Marcher nach Lienz zurück.

Pustertal (Bruneck), italienisch-deutscher Arbeiterinternationalismus in Bozen, Meran

Brachial ging die Bürokratie – unterstützt von Brixner Theologen wie Sigismund Waitz und Aemilian Schöpfer – gegen Sozialisten im Eisacktal, im Pustertal, in Bruneck, vor. Im September 1896 wird aus Bruneck mit behördlicher Genehmigung gemeldet, dass ein Sammlungsvorhaben gescheitert ist. In der Schafwollwaren-Fabrik wollte der aus Zittau gebürtige **Franz Häussler** einen Arbeiterverein gründen. Er wurde postwendend aus Bruneck abgeschoben.

Ein weiterer Arbeiter, „**Genosse Weber**“, wurde als „Rother“ entlassen, da er in einem Dorf nahe Bruneck eine §-2 Versammlung einberufen wollte, um gegen Schundlöhne und gegen eine auch in das Privatleben drangsalierend

eingreifende Arbeitsordnung in dieser Fabrik zu protestieren. Der besonders reaktionäre Bezirkshauptmann von Bruneck, ein Graf Huyn, brachte den Entlassenen um seine verbliebenen Rechte: „Genosse Weber wollte nun den Fabrikanten auf Zahlung der vierzehntägigen Kündigungsfrist bei der Bezirkshauptmannschaft klagen. Dort kam er aber an den Richtigen. Der Bezirkshauptmann, ein gewisser Huyn, schnauzte ihn an: ‚Sie sind ein Rother! Ich kenne Sie schon! Wenn ich Fabrikant wäre, ich hätte Sie schon längst hinausgeschmissen! Klagen gibt es nicht! Wenn Sie innerhalb von drei Tagen keine Arbeit haben, kommen Sie auf den Schub!‘ (...) Rühmt sich dieser Herr auch unter anderem ganz offen, daß er jede Versammlung der Arbeiter zu verhindern wissen werde. So lange Bruneck besteht, war dort noch keine Arbeiterversammlung, meinte er, und so lange er Bezirkshauptmann sein wird, so lange wird auch keine sein.“

Arbeiterinternationalismus in Tirol

Fast alle Tiroler Maiversammlungen der 1890er Jahre standen im Zeichen der internationalen Arbeitersolidarität, wie jene zum 1. Mai 1896, als in Innsbruck Antonio Gerin, Vittorio Bragagna und Torquato Caumo den proletarischen Internationalismus hochhalten, um anschließend mit den „deutschen Genossen“ das Grab von Ignaz Saska zu besuchen.

Die Tiroler Landesvertretung unterstützte ab 1892 über die „Volks-Zeitung“ erste eigenständige Organisationsversuche, wie die Gründung des in Rovereto verlegten „L'Avvenire del Lavoratore (Die Zukunft des Arbeiters)“. 1895 rief die „Volks-Zeitung“ auf: „Das einzige socialistische Organ italienischer Zunge in Oesterreich, dessen Bezug und Verbreitung sich hauptsächlich die italienischen Landesangehörigen, insbesondere aber alle überzeugten italienischen Genossen zur Pflicht machen müssen. Bestellort: Dr. Antonio Piscal, Rovereto, Via dell' Acqua 202.“ Am Wiener Parteitag hatte Ignaz Saska 1894 verlangt, dass ein „italienisches Blatt“ gegründet wird, „denn es ist unmöglich, anders als durch die Presse bei der italienischen Arbeiterschaft einzudringen. Die Schwierigkeiten bei der Gründung eines italienischen Blattes sind wohl groß, und wir begnügen uns damit, daß die Parteivertretung beauftragt wird, ehestens Vorkehrungen zu treffen, daß in kürzester Zeit die Herausgabe einer mindestens monatlich einmal erscheinenden Agitationsschrift in italienischer Sprache ermöglicht werde. (...) Am 1. Mai haben die italienischen Maurer in Bozen und Meran mit den Deutschen gefeiert.“

Während der Maifeier 1894 lässt die Statthalterei den Typographen („Buchdruckergesellen“) **Antonio Gerin** beobachten. Gerin tritt als Redner in Meran auf. Antonio Labriola, Professor der Philosophie an der Universität Rom und Theoretiker des Marxismus in Italien, hatte im November 1893 den Wiener Sozialdemokraten Wilhelm Ellenbogen gebeten, Gerin bei der „Gründung einer ‚società a Vienna‘ behilflich zu sein“. Antonio Gerin übernimmt ab 1894 die Organisation der Arbeiter, Arbeitermigranten in Vorarlberg, in Bozen, Meran und Innsbruck, also im deutschsprachigen Tirol, aber auch die Agitation zur Gründung einer eigenständigen italienischen Parteiorganisation im Trentino selbst.

Oft wurden Reden in italienischer Sprache nach Vereinsgesetz, da sie sich damit der Kontrolle des anwesenden Regierungskommissärs entziehen würden, verboten. So hat der Stadtmagistrat Bozen 1891 eine Maiveranstaltung in italienischer Sprache untersagt, wogegen die Arbeiter erfolgreich Berufung einlegten: „Mit dem Verbot der italienischen Sprache raubt man den italienischen Arbeitern und Arbeiterinnen das Vereins- und Versammlungsrecht.“

1894 wurde in Bozen wieder eine Maiveranstaltung untersagt: „Doch welch' Erstaunen ergriff [die Arbeiter], als sie den Bescheid erhielten, dass Bozen nur eine deutsche Amtssprache hat und keine italienische.“ **Policarp Ottolini**, Tischler, legte namens des italienischen Arbeitervereins Berufung ein. Er mutmaßte, dass es sich um den Versuch handelt die ansteigende Bewegung zu bremsen: „Selbstverständlich wurde gegen diesen Entscheid der Recurs an das k.k. Ministerium des Innern ergriffen. Entscheidend zu dieser Verfügung der k.k. Statthalterei in Innsbruck wird wahrscheinlich das bedeutende Vorwärtsschreiten der italienischen Arbeiterbewegung hier in Südtirol sein, denn noch in den letzten Tagen des Jahres 1893 bewilligte dieselbe Statthalterei die Statuten des italienischen Arbeitervereines mit italienischer Verhandlungssprache für Bozen und Umgebung. Arbeiter beider Nationen, waret eure Rech-

te, ob deutsch oder italienisch, ihr seid beide österreichische Staatsbürger, ihr müßt gleichmäßig die Steuerlasten auf euren Schultern tragen!“

Über mehrere Jahre trat ab 1892 in Meran der Maurergeselle **Antonio Cagliari (Calliari)** im Rahmen der gemeinsamen Maifeier für die italienischsprachigen Arbeiter auf. Der aus Jenbach stammende Schneidermeister **Hans Veith**, Obmann des Meraner Arbeitervereins, hat 1892 gemeinsam mit italienischen Genossen eine von rund 500 Arbeitern besuchte Maiversammlung einberufen. Nach dem Referat von Josef Holzhammer übersetzt Antonio Cagliari und richtet eigene Worte an seine Landsleute. Carlo Ucekar, „Lloydarbeiter aus Triest“, war nach Bozen und Meran angegeist, um die italienische Agitation zu fördern.

Antonio Cagliari galt als der „Wortführer der italienischen Maurer und Erdarbeiter“ im mehrheitlich deutschsprachigen Südtirol. Neben ihm agierten Ignaz Orsinger, die Maurer Johann Uslenghi und N. Danchielli (aus Vicenza stammend) oder Carlo Thaler in Bozen, oder der junge **Silvio Flor** („der Ältere“) in Vorarlberg und Torquato Caumo in Innsbruck. Einige von diesen kommen Anfang 1895 zur Gründung einer Arbeiter-„Societa“ nach Innsbruck. Im Rahmen des Gründungsfestes wird das „Lied der Arbeit“ in italienischer und deutscher Sprache gesungen.

In Meran stellte Bezirkshauptmann Onesthingel in den Jahren 1893/94 offen Überlegungen an, wie die in Meran starke sozialdemokratische Organisation zu brechen ist. Schon im Vorfeld der Meraner Maifeier 1892 wurde der „Spänglergehilfe Mathias Windholz“ verhaftet, da er einen „mit Verbot belegten rothen Liederschatz“ verbreitet hatte und sich damit der „unbefugten Colportage“ schuldig gemacht hatte. Windholz' „Gesinnungsgenosse“, der Elfenbeinschnitzer Wilhelm Geiger, hatte die Lieder beim „Verlag der Buchhandlung des schweizerischen Grütlivereines in Zürich“ erworben, das „Bundeslied“ von Georg Herwegh, die „Arbeiter-Marseillaise von J. Audorf“, das „Lied der Petroleum“ oder das „Arbeiterfeldgeschrei von H. Greulich“.

Um den dann 1894 aus Meran abgeschobenen Alois Treibenreif sammelten sich Agitatoren wie der Maler Hans Gritsch aus Lana oder der aus Birnbaum bei Posen stammende Gärtnergehilfe Adolf Deutsch. In Meraner Versammlungen erinnerte der 23 Jahre alte Maler **Hans Gritsch** an die Revolution von 1848, dass man sich das allgemeine Wahlrecht unter Umständen „mit Gewalt“ holen muss. Außerdem galt Gritsch das Wahlrecht nur als Zwischenziel. Gritsch sprach eindrucksvoll auch gegen den das Volk „aussagenden“ Militarismus und warnte vor den – angesichts neuer Militärtechnik – großen „Schrecken des nächsten Krieges“. Gritsch wird deshalb im Dezember 1893 zu dreimonatigem Arrest verurteilt.

Der Gärtnergehilfe **Adolf Deutsch** erklärte zuvor im Mai 1893: „Die Arbeiter sollen sich in Zukunft nicht auf die Gesetze verlassen, nicht auf die Gutmüthigkeit der Beamten, sondern auf sich selbst, und sie sollen sich daher organisieren.“ Dies wurde als Ruf zum Aufruhr interpretiert, sodass der Bezirkshauptmann zur Isolierung des lokalen Arbeiterwiderstandes nach einer exemplarischen Maßnahme – nach dem Schubgesetz – greifen wird: „Um nun eine radikale Bekämpfung der in den hiesigen Arbeiterkreisen immer mehr zu Tage tretenden sozialistischen Tendenzen einzuleiten, glaube ich gegen die gefährlichsten Elemente, derer erfreulicher Weise nicht viele sind, im Sinne (...) des Gesetzes vom 27. Juli 1871, RGBl. Nr. 88, vorgehen zu sollen, wozu Adolf Deutsch nach meiner ganz unmaßgebenden Ansicht wohl genügenden Anlaß gegeben hat.“ Zudem sei Adolf Deutsch nicht nur „Socialist“, sondern eigentlich ein „Anarchist“. Deutsch ruft ständig zu Arbeitseinstellungen auf und trage viel zur jüngsten Meraner „Zuspitzung“ des sozialen Konflikts bei. Deutsch wurde zum Zweck der Abschreckung nach Deutschland abgeschoben.

Der Wiener Drechsler **Anton Schrammel** (1854-1917), später SDAP-Reichsratsabgeordneter, sprach im Dezember 1893 auf Agitationsreise durch Tirol auch vor einer sowohl von deutsch- als auch von italienischsprachigen Aktivisten in internationalistischem Geist einberufenen, von 300 Arbeitern besuchten Versammlung. Schrammel sprach scharf gegen das österreichische Ausnahmerechtsregime, gegen das repressive Vereins- und Versammlungsrecht, gegen das die Arbeiterbewegung diskriminierende Pressgesetz (Kaution, Kolportageverbot) und vor allem gegen den gegen Streikende angewendeten § 3 des Koalitionsgesetzes von 1870.

Schrammel spricht über die Folgen der Monopolisierung der Produktionsmittel, die ausbeuterische Verlängerung der Arbeitszeit und erinnerte an die Kraft der Arbeiterklasse, indem er das „Aber alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ zitierte.

Vom Regierungskommissär laufend ermahnt wurde Schrammel in der Folge in Bozen „wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 StG sowie wegen der Vergehen im Sinne der §§ 302 und 303 StG“ zu einer mehrmonatigen schweren Kerkerstrafe verurteilt.

Kapital-Petition gegen Streikende, gegen den „Arbeiterterrorismus“ (1896)

Im August 1896 lag eine Petition der österreichischen Industriellen gegen das „agitatorische und terroristische Vorgehen der Arbeiter anlässlich der häufig vorkommenden Strikes“ vor. Die Kapitaleseite forderte eine scharfe Ministerialverordnung gegen Boykottmaßnahmen, gegen die öffentlichen Zuzugswarnungen, Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen, zum „Schutz der Arbeitswilligen“ und der nicht organisierten Arbeiter, so wie in der zeitgleichen „Zuchthausvorlage“ des deutschen Kaisers Wilhelm II. vorgesehen.

Von Seite der Tiroler Bezirksverwaltungsämter wurden entsprechende Repressivmaßnahmen befürwortet. Als Mittel sollen „eine Verschärfung beziehungsweise verschärfte Anwendung der Bestimmungen des Coalitionsgesetzes, die Anwendung des Schubgesetzes gegen ausländische Agitatoren und eine strenge Handhabung des Preßgesetzes“ dienen.

Aus ihrer Lagebewertung heraus folgerte die Statthalterei im Sommer 1896, dass es einzelne Brennpunkte für heftigere Lohnkämpfe gibt, so etwa Bozen und vor allem Meran, wo aktuell im Herbst 1896 die Folgen eines mehrwöchigen Tischler- und Tapeziererstreiks zu spüren waren. Zum Ärger des Statthalters brachte die Tiroler „Volks-Zeitung“ laufend „Zuzugswarnungen“: „Unterstützt wurden diese Bestrebungen durch die sozialistische Presse, welche in Streikfällen durch die bekannte Aufforderung, den Arbeiterzuzug von den mit Strike belegten gewerblichen Unternehmungen fernzuhalten, aufreizend auf die Arbeiterschaft zu wirken bestrebt war. Die Strikebewegung selbst wurde gewöhnlich in Versammlungen, die angeblich auf ‚geladene Gäste‘ beschränkt waren und sich somit der behördlichen Kontrolle entzogen, hervorgerufen und beschlossen.“

In Meran wurde beim laufenden Tischlerstreik 1896 eine mehrfache Zuzugssperre errichtet: „War der Ausstand erfolgt, so richtete sich die Thätigkeit der Agitatoren darauf jeden Zuzug von Arbeitern fernzuhalten. Zur Illustrierung dessen möge angeführt werden, daß anlässlich des letzten Strikes der Tischler- und Tapezierergehilfen im Amtsrayon von Meran eine doppelte Reihe von Wachen aufgestellt wurde, um jeden Zuzug zu verhindern: die eine in den Stationen Innsbruck, Bozen und Trient, die andere näher an Meran auf den zum Curorte führenden Straßen und nahe dem Bahnhofe. Gelingt es nicht sofort den zuziehenden Arbeiter zur Umkehr zu überreden, so wird derselbe von den den Wachdienst versehenen Genossen in das Lokale geführt, in welchem das sogenannte ‚Lohncomité‘ tagt, dort gespeist, mit einer Wegzehrung betheilt und für die nächste Strecke unter Bedeckung außer den Strikebereich gebracht.“

Die Bezirkshauptmannschaft Bozen schlug am 29. August 1896 im Einvernehmen mit der Handelskammer Maßnahmen zum „Schutz der Arbeitswilligen“ vor: Die Arbeitsvermittlung soll unter Unternehmerkontrolle gestellt werden. Streikposten sind mittels „Prügelpatent“ (Polizeiermächtigungsverordnung aus 1854) zu disziplinieren. Das Koalitionsgesetz 1870 soll unter anderem durch ein explizites Verbot von Zuzugswarnungen ergänzt werden. Das „Schubgesetz“ 1871 und das „Vagabundengesetz“ 1885 sei häufiger anzuwenden. Insgesamt würde aber eine strengere Anwendung der bestehenden Gesetze ausreichen: „Das Gesetz vom 7. April 1870, RGBl. 43 über das Coalitionsrecht würde bei scharfer und schärfster Anwendung aber genügend ausreichen, um terroristische Umtriebe zu unterbinden.“

Auf Grund des § 3 könnten beispielsweise die Führer der Bewegung augenblicklich hinter Schloß und Riegel gesetzt und für die Dauer des Strikes unschädlich gemacht werden können.“

Die Behörden sollen die Anwerbung von Streikbrechern vermehrt unterstützen. Da Meran und auch Bozen eine im inntirolischen Vergleich hohe Streikfrequenz aufweisen, wurden drastische Gegenmaßnahmen verlangt, zumal die „Arbeitswilligen“ kaum Schutz genießen würden, so die Bezirkshauptmannschaft: „Übel ergeht es dem Strikebrecher, dem es gelingt, ungeachtet der von den im Ausstand befindlichen Genossen aufgebotenen Mittel in Arbeit zu treten. Sein Name wird in der Zeitung veröffentlicht, er wird von seinen Fachgenossen verachtet.“ Die vom Bezirksgericht in Meran gegen die Streikorganisatoren nach dem Koalitionsgesetz verhängten fünf Arreststrafen „in der Dauer von 8-14 Tagen“ seien nicht abschreckend genug. Folglich schlägt der Bezirkshauptmann von Meran 1896 der Industrielitenpetition zustimmend vor: 1) Staatliche Förderung von Unternehmerverbänden und „sozialfriedlichen“, „gelben“ Arbeitervereinen, 2) Strengere Anwendung des § 3 Koalitionsgesetz und 3) häufigere Abschiebungen.

Gewerkschaftsbewegung, Streikbewegung

Auf der Tiroler Gewerkschaftskonferenz 1895 – mitorganisiert vom Bozner Theodor Lindig, dem Kitzbühler/Innsbrucker Georg Tesar und von Johann Brandtner, einem oft gemaßregelten Bauarbeiter, u.a. weil er vor der Innsbrucker Textilfabrik Herrburger&Rhombert Flugschriften zum 1. Mai 1893 verteilt hatte, schätzte **Franz Steinwend[t]ner**, dass es Mitte der 1890er Jahre „in Tirol und Vorarlberg rund 2000 [sozialdemokratisch] organisierte Arbeiter“ gibt. Steinwend[t]ner, in der Innsbrucker Altstadt eine kleine Schneiderwerkstatt betreibend, übergibt das Amt des Landesvertrauensmannes an den aus Mähren zugewanderten Tischlergesellen **Johann Scheich**, an den Vorgänger des um 1900 nachfolgenden **Hermann Flöckinger**.

Der politische und gewerkschaftliche Flügel waren (personell) auf das Engste verbunden. Die gewerkschaftlich Organisierten bildeten die handelnde Basis für die politischen Vereine (allgemeine Arbeitervereine, Politischer Verein für Tirol, für Vorarlberg, usw.), weshalb Anton Hueber, Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaftskommission in Innsbruck 1895 auch erklären konnte, dass die „gewerkschaftliche Organisation die Grundlage der politischen Bewegung bilden muß“.

Angesichts der fragilen Struktur sollten die „**Arbeiterinnen**“ von der Schaffung selbstständiger Arbeiterinnen-Vereine absehen und sich den Organisationen jener Berufe, in welchen sie tätig sind, anschließen, um mit den männlichen Berufsgenossen die gemeinsamen Interessen zu wahren und zu vertreten. Den Berufsorganisationen obliegt die Pflicht, zu diesem Zwecke eine separate Agitation einzuleiten, damit die Heranziehung der [meist schlechter verdienenden] Arbeiterinnen in ihren Berufsorganisationen mit mehr Ernst durchgeführt wird wie bisher. (...) Um die Arbeiterinnen auch zur Tätigkeit in der Organisation heranzuziehen, ist ihnen eine entsprechende Vertretung in den Ausschüssen und übrigen Vertretungskörpern zu gewähren.“

Steter Kampf gegen Streikbrecherdienste begleitete die Tiroler Arbeiterbewegung. Ein kleiner Bregenzer Buchdruckerstreik vom Sommer 1893 verdeutlicht die doppelte Repression: Entlassung, auf behördlicher Ebene: Abstrafung wegen „Kontraktbruch“ nach § 85 Gewerbeordnung und Abschiebung. Im August 1893 „stellten in der Buchdruckerei A. Flatz sämtliche Setzer die Arbeit ein, wofür sie heute wegen Kontraktbruch zu je 14 Tagen Arrest . . . verurtheilt wurden. Den Anlaß zu dieser Arbeitseinstellung gab die Entlassung eines Setzers. (...) Vor Zuzug wird gewarnt. Alle Parteiblätter werden um Aufnahme ersucht.“ In der Folge wurden die Setzer aus Bregenz ausgewiesen: „Die vier Genossen, Herinek, Stejskal, Bergs und Götz, die Opfer der polizeilichen Maßregelung nach der Arbeitsniederlegung in der Buchdruckerei Flatz, wurden heute nach Abkürzung ihrer 14tägigen Arreststrafe als Beigabe noch mit dem Stadtverweise beehrt und mußten Bregenz binnen wenigen Stunden verlassen. Und dies alles, weil sie sich ‚erfrechten‘, menschenwürdige Behandlung zu verlangen.“ In Reaktion verhängte der Unterstützungsverein der Buchdrucker eine Blockade.

Im Juni 1895 bringt sich die BH Meran gegen einen Bauarbeiterstreik in Stellung: Die „wohlbekannten Agitatoren Antonio Calliari, N. Danchielli, Ignaz Orsinger und Wilhelm Geiger und Giorgio Vanzetta“ verlangen – schlussendlich mit dem Teilerfolg einer halben Stunde – „die Herabsetzung der 11stündigen Arbeitszeit auf eine 10stündige“. Es kommt zu einem Streik von 600 Maurern: Die „Arbeitswilligen“ sollen von der Polizei geschützt und Militäreinheiten in den

naheliegenden Garnisonen bereitgestellt werden. Verstöße gegen das „Coalitionsgesetz“ sollen mit voller Härte geahndet werden.

Im Juli 1896 trat ein Polizeiaufgebot in Meran zugunsten der Unternehmer gegen rund 100 Tischler auf. Die Namen werden notiert und trotz Entscheidung des obersten Gerichtshofs, dass die Abschiebung streikender Arbeiter ungesetzlich ist, wird ihnen damit gedroht. Das Arbeitsbuch wird für versteckte Anmerkungen, für die Markierung von Streikenden benützt. Die Bezirkshauptmannschaft unterstützt das Anwerben von Streikbrechern: „Seit gestern 4 Uhr Früh gehen Gendarmen mit aufgepflanzten Gewehren und Polizei die ganze Stadt und Umgebung abpatrouillieren und notieren einzelne Namen ganz ohne jede Veranlassung. Der Bezirkshauptmann hat sich den Meistern gegenüber geäußert, daß er mit allen Mitteln gegen uns Streikende vorgehen wird. (...) Noch ist es kaum acht Tage, daß der oberste Gerichtshof entschieden hat, daß die Abschiebung streikender Arbeiter ungesetzlich ist, aber die Herren Bezirkshauptmänner scheinen sich um die Gesetze den Teufel zu scheren, sobald es gilt gegen Arbeiter vorzugehen, die sich vom Unternehmerthum nicht immerdar wollen ausbeuten lassen.“

Neben zahlreichen Werkstättenstreiks, auf einzelne oder wenige kleine Werkstätten beschränkten Streiks kam es in den Jahren **1897 bis 1900 zu drei großen Bauarbeiterkämpfen in Innsbruck, Meran und Bozen**, an denen sich über 1000 bis zu 2500 Arbeiter beteiligten.

1600 Meraner Bauarbeiter verlangen im Juli 1897 eine Normalarbeitszeit von 10 Stunden. Theodor Hackenberg, Tischlergeselle, Obmann des Arbeitervereins und der Meraner Arbeiterkrankenkassa – später Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, sagt Unterstützung zu. Den Arbeitern gelingt es Zuzug zu verhindern, worauf von der Gendarmerie mehrere Streikende verhaftet werden. Streikposten werden mittels „Prügelpatent“ verdrängt. Die Bezirkshauptmannschaft veranlasst den Schutz der „Arbeitswilligen“: „Die Arbeiter, 1600 an der Zahl, beschlossen daher einmützig, im Kampfe auszuharren. Es ist Pflicht der Arbeiterschaft Oesterreichs jeden Zuzug fern zu halten und die kämpfenden Maurer thatkräftigst zu unterstützen.“

Ende Juli 1897 „kam es zwischen Polizei und Streikenden zu einem von ersterer provocirten kleinen Zusammenstoß, in dem die löbl. Polizei sogar vom Leder zog. [Soldaten] mit aufgepflanzten Bajonetten patrouilliren ohne Grund in der Stadt und beschützten auf den Bauten die Streikbrecher, die jedoch höchstens 100 Mann stark sind. Im Streike stehen noch 1500 Mann. Nachdem die Baumeister Zuzug erwarten, ist solcher strenge fernzuhalten. Unterstützung ist dringend nothwendig. Dieselbe ist laut Beschluß des II. österr. Gewerkschafts-Congresses an die Gewerkschafts-Commission in Wien zu senden.“ Der von einem deutsch/italienischen Komitee geleitete Streik endet mit einem Teilerfolg für die Arbeiter.

Im Mai 1898 streiken in Innsbruck, aber auch in Bozen ca. 2000-2500 nur teilweise organisierte Arbeiter, wiederum von einem deutsch/italienischen Komitee („auch Czechen“) geleitet: „Der Magistrat in Innsbruck ersucht um Beistellung einer Militär-Assistenz anlässlich des Maurerstrikes am 23. Mai d.Js., da sämmtliche hiesige Bauarbeiter, sowohl Deutsche als Italiener“ angeführt von den Aktivisten Wilhelm Bader, Jakob Stocker, Angelo Pianezza und Alois Irschara relativ erfolgreich in den Ausstand getreten sind. Der Innsbrucker Stadtmagistrat und die bürgerlichen Zeitungen klagen, dass „Arbeitswillige durch den Terrorismus“ der Streikenden eingeschüchtert werden, dass Streikposten an den Innbrücken arbeitswillige Kollegen abgefangen haben, dass diese am Bahnhof das Ausladen von Ziegelsteinen unterbanden, und dass Streifen einzelne Baustellen aufsuchten, um Kollegen zur Arbeitseinstellung zu bewegen.

Die Arbeiter – oft nicht organisiert, trotzdem maßgeblich unterstützt vom Bozner Arbeiterverein und dessen Obmann, dem aus dem Kärntner Mauthen stammenden Schuhmachergesellen **Josef Lagger** (ca. Jg. 1862) – können ihre Forderungen wie weg mit dem Akkord, für Lohnaufbesserungen, für eine Arbeitszeitverkürzung, für eine verbesserte Pausenregelung, für die Anerkennung der Organisation teilweise durchsetzen.

In Bozen wurden die Bauplätze von Gendarmen so streng bewacht, „daß die Frage, ob die Gendarmerie nur für Bau- und Zimmermeister geschaffen ist, wohl berechtigt erscheint. Gleich am ersten Tage forderte der Streik schon ein Opfer. Es wurde nämlich ein Genosse Montag Nachmittag zum Magistrat, der zugleich Gewerbebehörde ist,

vorgeladen, durch denselben dem Bezirksgerichte überstellt und Dienstag Vormittag dortselbst [nach § 3 Koalitions-gesetz 1870] zu 14 Tagen Arrest verurtheilt.“

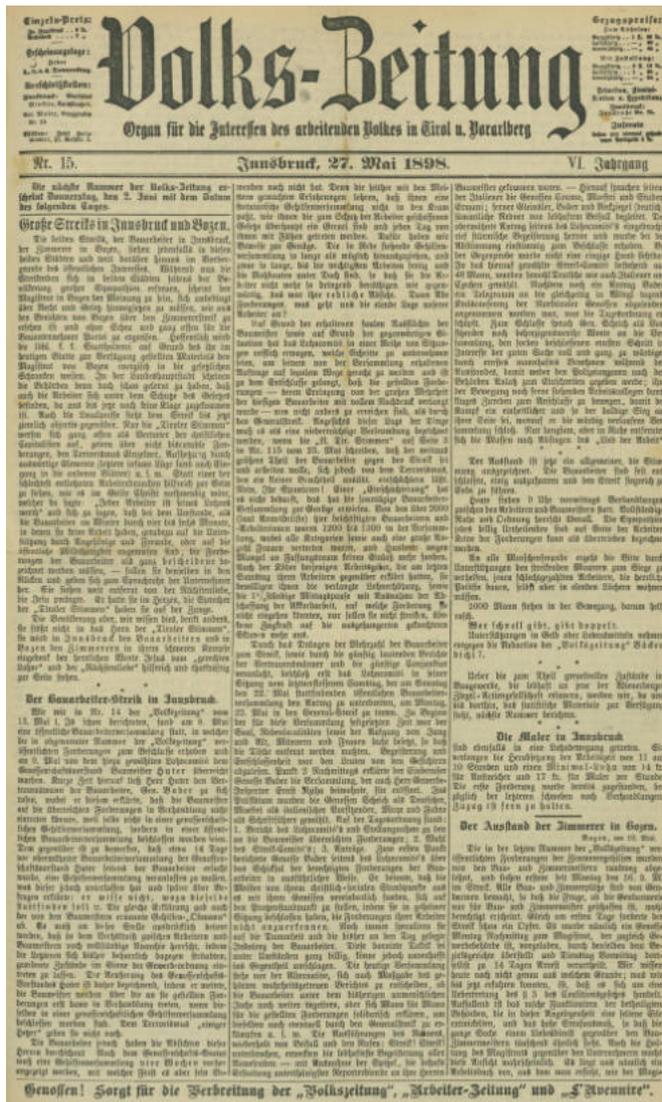
In mehreren Fällen wurde das Arbeitsbuch von den Unternehmern dazu missbraucht, um Arbeiter als Streikteilnehmer zu markieren: „Es liegt uns nämlich ein Arbeitsbuch vor, aus dem man ersieht, wie der Magistrat urtheilt. In diesem Arbeitsbuche ist ein Zeugniß von einem Baumeister eingetragen, welches folgenden Wortlaut hat: „Dem Johann Lastei bestätigt der Gefertigte seine Arbeitszeit vom Mai 1897 bis zum allgemeinen Arbeiterausstande am 14. Mai 1898. Bozen, den 18. Mai 1898. Jos. Irschara.“ Der Bozner Stadtmagistrat hat diese Vorgangsweise gedeckt.

Ferner wurden nicht nur Streikbrecher angeworben, sondern auch Maurer gezwungen die Arbeiten ihrer streikenden Kollegen zu übernehmen: „Die Bau- und Zimmermeister suchen auswärts Arbeitskräfte. Auch zwingen sie die Maurer, Arbeiten, die ins Zimmererfach einschlagen, zu machen, widrigenfalls sie entlassen werden.“

Der **Bozner Bauarbeiterstreik vom Sommer 1900** wirkte mobilisierend Richtung proletarischem Klassenbewusstsein, hatte aber auch wegen seiner Niederlage demoralisierende und desorganisierende Folgen. Josef Lagger klagte Anfang 1901 auf der Tiroler Landeskonferenz, dass alle sozialdemokratischen Organisationen in Bozen an den Folgen des gescheiterten Streiks „gelitten“ haben. Der teilweise spontan ausgebrochene Arbeitskampf – auch wenn er von bürgerlicher Seite „gewissenlosen sozialdemokratischen Hetzern“ zugeschrieben wurde – konnte von gewerkschaftlicher Seite nur begrenzt unterstützt werden.

Die Unternehmer versuchten mit ihrer kompromisslosen, Richtung Aussperrung und Spaltung orientierten Linie ein Exempel wider die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu statuieren. Hauptforderung der Arbeiter war die Rücknahme der neu eingeführten Akkordarbeit: „Nachdem die Profitsucht hiesiger Baumeister bei normaler Arbeitszeit noch immer nicht gestillt ist, versuchten es 3 Baumeister ihren Bau in Accord zu geben. Selbstverständlich wehrten sich die Arbeiter, die Accordarbeit in Bozen einzuführen, und am 30. Juli mittags stellten die gesamten Bauarbeiter (1200 an der Zahl) die Arbeit ein. Sie fordern gleichzeitig 1. Abschaffung der Accordarbeit 2. Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde in den Vorabenden der Sonn- und Feiertage. Bis heute ließen sich die Herren Baumeister noch auf keinerlei Verhandlungen ein. Die Arbeiter verhalten sich ruhig. (...) Geldsendungen an Hrn. Jeremias Oliveri, Kornplatz Nr. 3, III. Stock, Bozen. Der Gewerkschafts-Vertrauensmann Hans Stuck.“

Behörde und Kapitaleseite versuchten die Streikfront in gezielt provozierender Weise neutral – italienische wider deutsche Arbeiter – zu spalten, indem „die Italiener die Lohnerhöhung usw. nicht bekommen sollen! (...) Doch die deutschen Arbeiter sagen: Entweder alle bekommen etwas oder niemand“: „Die Arbeiter können nicht nachgeben,



Streikbewegung in Innsbruck, Bozen und Meran im Mai/Juni 1898, aus „Volks-Zeitung“ vom 27. Mai 1898.

da ja die aufgestellten Forderungen so minimale sind, daß sie nichts mehr davon abzwacken können und die Arbeitgeber wollen nicht. Die Baumeister scheinen es überhaupt auf die Aushungerung abgesehen zu haben.“

Gegen Ende des Streiks wurden von Baumeistern Maurer aus Kärnten angeworben. Als diese in Bozen angekommen vom Streik erfuhren, verweigerten sie die Arbeitsaufnahme, worauf sie von der Polizei schikaniert wurden. Ihre Arbeitsbücher blieben lange behördlich eingezogen. Der hierüber berichtende Artikel der „Volks-Zeitung“ wird der Zensur unterworfen.

Ende August 1900 mussten die einer geschlossenen „Dreieinigkeit von Adel, Kapital und Pfaff“ gegenüberstehenden Bauarbeiter den Streik beenden. Fast 50 Arbeiter werden als „Rädelsführer“ (im Weg „schwarzer Listen“) gemäßregelt: „45 Rädelsführer stehen auf der schwarzen Liste, welche nach den Aeußerungen der Baumeister in ganz Tirol und Vorarlberg verbreitet wurden. Die Accordarbeit lassen sie sich nicht nehmen und die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung bewilligen sie ebenfalls nicht. Kurz gar nichts. Unter solchen Umständen sah sich das Streikcommittee veranlaßt, da die Unterstützungen immer geringer werden, eine Versammlung einzuberufen, in welcher beschlossen wurde, den Streik vorläufig aufzugeben, und eine günstigere Gelegenheit abzuwarten.“

Neben **Josef Lagger** war etwa **Franz Zima** (gestorben am 26. Jänner 1924 im Alter von 63 Jahren) an der Stabilisierung der Bozner Sozialdemokratie beteiligt. Zima, Mitbegründer der Holzarbeitergewerkschaft in Bozen, organisierte in den 1890er Jahren auch den Widerstand gegen die vom „schwarzen Domkapitel“, vom Brixner Priesterseminar aus aufgestachelten „Christlichsozialen“, die in demagogischer Manier fast jede Sozialistenversammlung im Pustertal (mit Ausnahme von Lienz), im gesamten Eisacktal – wiederholt in Sterzing – sabotierten. Die „Volks-Zeitung“ zählt Zima 1924 in einem Nachruf zur „alten Garde“ aus der Frühzeit der Parteiorganisation: „Damals gab es keine Konjunktur- und Lohnsozialisten, damals mußte jeder einzelne ein Kämpfer sein – und war es auch. So auch unser Genosse Zima.“

Die Tiroler sozialistische Arbeiterbewegung demonstrierte immer wieder für die großen österreichischen Streik-kämpfe, so erklärte sich die Landeskonferenz im Mai 1894 mit den Bergleuten von Mährisch-Ostrau und Falkenau, wo Arbeiter von Soldaten erschossen wurden, solidarisch: „Die Vorgänge in Mährisch-Ostrau, wo die Opfer der heutigen capitalistischen Gesellschaft in ihrem Lohnkampfe von den Kugeln der Mannlicher Gewehre theils getötet, theils schwer verwundet wurden, wurde im Abgeordnetenhouse durch Abgeordneten Pernerstorfer zur Sprache gebracht und sein dringlicher Antrag auf Untersuchung durch eine parlamentarische Commission abgelehnt. Die Landesconferenz verurtheilt daher auf's Schärfste die Haltung des Abgeordnetenhauses in dieser schwerwiegenden Angelegenheit und erklärt die innigste Sympathie den Opfern und allen Genossen, die um die gerechte Sache in Falkenau und Mährisch-Ostrau kämpfen.“

Gegen den böhmisch-mährischen Bergarbeiterstreik – geführt für Mindestlohn, Akkordabschaffung und für die achtstündige Schicht – wurde 1900 mit Militär und Gendarmerie vorgegangen. Die Truppen richteten ein Blutbad an, mindestens 10 Tote und 16 Schwerverwundete. Im Frühjahr 1900 gibt es deshalb auch in Tirol viele Aktionen für den großen böhmischen Bergarbeiterstreik, über zwei Monate erbittert geführt von 50.000-70.000 Arbeitern. Am 4. Februar 1900 wurde ein böhmischer Genosse polizeilich angehalten, weil er Gelder „für die Kohlengräber“ gesammelt hatte: „Am 4. d.M. Nachts wurde im Gasthaus zur Krone in Wilten der in Eger in Böhmen im Jahre 1869 geborene, und dorthin zuständige, in Wilten wohnhafte Metallgießer Christof Nappert von der k.k. Gendarmerie betreten, als er unter den Gästen eine Sammlung für die streikenden Bergarbeiter veranstaltete. Nappert war im Besitze einer mit der Stampiglie „Gewerkschafts Commission in Innsbruck versehenen Liste, auf welcher die einzelnen Beiträge verzeichnet sind.“

Arbeiterkonsumverein

1887 war in Innsbruck unter Mithilfe von Ignaz Saska, Josef Holzhammer, Ferdinand Dilitz oder Michael Zelger ein Arbeiterkonsumverein mit 70 Mitgliedern errichtet worden. Es gelang den übernational – deutsch/italienisch – organisierten „Innsbrucker Arbeiter-Consumverein – Società di Consumo fra Lavoratori per Innsbruck e dintorni“ knapp vor 1900 zu stabilisieren. Bis zur Liquidierung durch den Faschismus wurde der Verein erfolgreich geführt. Zur Generalversammlung für das Jahr 1898 wird berichtet: „Obmann Pasamani brachte für die Italiener, II. Obmann Moser für die Deutschen den Rechenschaftsbericht: Der Verein nahm im letzten Jahre einen bedeutenden Aufschwung. Der Waarenumsatz betrug 32000 fl. Die Mitgliederzahl ist von unter 200 auf 325 gestiegen. Trotz großer Spesen durch neue Fässer, Kellereinrichtung etc. bekommen die Consumenten 5% Dividende.“

Sozialdemokratische Arbeiter wie Anton Zedrosser (Zederosa), **Josef Prachensky** oder Jakob Fingerl stützen die Genossenschaftsbewegung. Der 1868 in der Nähe von St. Veit an der Glan in Kärnten geborene **Jakob Fingerl** fungierte über viele Jahre „in der Arbeiterbäckerei und im Tiroler Konsumverein“ als Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied. Von Innsbruck aus wurde ein dichtes Filialnetz errichtet.

An manchen Orten wie in Wattens ging die sozialdemokratische Organisation sogar aus einem zuvor gegründeten Konsumverein hervor. Ausgehend vom lokalen Konsumverein konnten die Arbeiter Hoffmann, Belutti oder Josef Bernhofer eine sozialdemokratische Ortsgruppe aufbauen. **Josef Bernhofer**, im Frühjahr 1932 verstorben, zuletzt Leiter der Verkaufsstelle Wattens des Lebensmittelmagazins Innsbruck, sozialdemokratischer Gemeinderat in Wattens, Mitglied der dortigen Ortsgruppe des Republikanischen Schutzbundes, agierte seit knapp nach 1900 als sozialistischer Gewerkschaftler und Betriebsrat unter den besonders schweren Bedingungen „gelb“-patriarchalischer Un-



Josef Prachensky mit GenossInnen vor dem Innsbrucker Arbeiterkonsum (Quelle: Arbeiterkammer)

ternehmerpolitik, so bei Swarovski: „In der großen Industriegemeinde, wo in drei größeren Betrieben mehrere hundert Proletarier beschäftigt waren, welche durch Jahrzehnte dem schlimmsten Terror ausgesetzt waren, war der Verstorbene als Pionier der Partei mit großem Erfolg für die Unterdrückten tätig. Als Betriebsrat der Arbeiterschaft der Glasschleiferei Swarovsky und der Papierfabrik Bunzl und Biach hat er sich unvergeßliche Sympathie erworben. Seine Unbeugsamkeit trug ihm wiederholt die Entlassung als Betriebsrat ein, wodurch die Unternehmer glaubten, sich eines lästigen Arbeiters zu entledigen, der auch politisch zur Untätigkeit gezwungen werde.“

ETAB – Erste Tiroler Arbeiterbäckerei

Zu einem roten Vorzeigeprojekt wurde die 1899 gegründete „Erste Tiroler Arbeiterbäckerei“ (ETAB), die 1911 nach öfterem Standortwechsel an der Hallerstraße ein modernes Betriebsgebäude beziehen konnte. Gegründet wurde sie auch, um die Lage der Bäckergehlen zu verbessern.

In einer Ende Oktober 1899 in Innsbruck abgehaltenen „Versammlung der Lebensmittelarbeiter, in welcher Genosse Mukitsch [Vinzenz Muchitsch] aus Graz referierte“, gelangte folgende Resolution zur Abstimmung: „Abschaffung der Nacharbeit, Schaffung eines Maximalarbeitstages, strenge und genaue Einhaltung der bereits bestehenden Sonntagsruhe-Bestimmungen, Abschaffung der Kost und Logie im Hause des Meisters, Errichtung von reinlichen, den sanitären Anforderungen entsprechende Arbeitsstätten.“

Weiters sprachen die Versammelten der Gründung der Innsbrucker Arbeiter-Bäckerei ihre wärmsten Sympathien aus und verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß Alle, die ein Interesse an der Beseitigung der Zustände in der Lebensmittelindustrie haben, ihren Bedarf an Brod und Gebäck nur von der Arbeiter-Bäckerei decken.“

Am 10. November 1899 konnte die Volks-Zeitung schon die „Geschäfts-Eröffnung der 1. Tiroler Arbeiterbäckerei. Innsbruck-Wilten, Grenzstraße 5 am Sonntag den 12. November“ melden: „Der tägliche Bedarf wird den Consumen-ten auf Wunsch ins Haus geliefert. Verschleißstellen. Pradl, Specereihandlung des Herrn Schmalz – St. Nicolaus, Gasthaus des Herrn Prader Nr. 23. Zahlreichen Bestellungen entgegensehend zeichnen ergebenst die Proponenten.“



ETAB – Erste Tiroler Arbeiterbäckerei in der Innsbrucker Hallerstraße (Besitz Rainer Hofmann)

Unterstützungswesen, Wander-, Reiseunterstützung, Arbeitermusik, ArbeitersängerInnen, Naturfreunde

Schon länger und weitergehend prägte das gewerkschaftliche Unterstützungswesen den Alltag im Tiroler und Voralberger Arbeitersozialismus. Auf der im November 1897 abgehaltenen Tiroler und Voralberger Gewerkschaftskonferenz wurde eingestanden, dass ein eigenständiges Arbeitslosenversicherungsnetz erst „im Anfangstadium begriffen“, also erst aufgebaut werden muss.

Im April 1899 forderte der Fachverein der Innsbrucker Schneider die Kollegen auf, den sie schikanös und diszipliniert behandelnden Arbeitsvermittlungen von Unternehmerverbänden auszuweichen: „Die Kollegen werden er sucht, nur die Arbeitsvermittlung, Kiebachgasse Nr. 6, zu benützen und das ‚Umschau’n‘ in ihrem eigenen Interesse zu unterlassen. Adressen liegen auf für Groß-, Klein- und Wochenarbeiter, sowie für Tag- und Damenschneider für lokal und auswärts. Für die Arbeitsvermittlung der Schneider Innsbrucks. K. Prenner.“

Wohlfühlvereine
 Die Wohlfühlvereine sind die besten Mittel, um die Arbeiter zu unterstützen und ihnen die nötigen Mittel zu verschaffen. Die Wohlfühlvereine sind die besten Mittel, um die Arbeiter zu unterstützen und ihnen die nötigen Mittel zu verschaffen.

Billige böhmische Bettfedern.
 10 Pfund, von jeder Art 4 Pfund, 10 Pfund, von jeder Art 4 Pfund, 10 Pfund, von jeder Art 4 Pfund.

Marie Mail, Innsbruck, Auskocherei
 Universitätsstrasse 18
 empfiehlt dem P. T. Publikum ihre
Aus Kocherei
 zur gefälligen Bedienung. Feinstoch, Mittag und Abendessen zu dem billigsten Preise. Kaffee und warme wie kalte Speisen zu jeder Tageszeit.

Sigmund Abeles Innsbruck
 Haupt-Depositar für Tirol und Voralberg
 des bürgerlichen Heinrich Brauhauses in Mattions Gießhühler (gegründet 1843) Saarlamm.

Echter Czuzian
 Haselholzer und Bierbrauermeister
 Brüder Dubsky, Innsbruck-Willen
 täglich 6 Uhr bis 10.

Herren- und Frauen- Arbeiter-Verein
 Josef Schirmer
 Innsbruck, Maria-Theresienstr. Nr. 37
 enthält die wichtigsten Regeln von Herren- und Frauen- Arbeitern, Arbeiter- und Arbeiterinnen, Arbeiter- und Arbeiterinnen, Arbeiter- und Arbeiterinnen.

Vorstellung
Tisch- Dessert-Weine
JOSEF HOLZHAMMER
 WILTER-INNSBRUCK
 Heilig-Geiststrasse Nr. 5

KATHREINER'S Kneipp-Malz-Kaffee.

Das Sommerfest
 wird am 27. August stattfinden.

Die Reichhaltigkeiten
 von dem Sommerfest.

Echt Engländer
 Bismarck und Bismarck.

Beliebtestes Kaffeegetränk
 in Hunderttausenden von Familien. Bewährt seit Jahren als vorzüglichster Zusatz zum Bohnenkaffee. Ärztlich empfohlen für Kinder, Gleichgültige, bei allen Nerven-, Herz- und Magenleiden als einzig gesunder Ersatz für Bohnenkaffee.

Sozialdemokratischer Alltag I, aus den Vereinsanzeigen der „Volks-Zeitung“ vom 28. April 1894.

Sozialdemokratischer Alltag II, aus den Vereinsanzeigen der „Volks-Zeitung“ vom 11. August 1899.

An manchen Orten wurden Arbeiterherbergen eingerichtet, damit Wandergesellen den sie auch (politisch) überwachener Mittel nur punktuell, so wurde im April 1894 angezeigt: „Innsbruck. Der gefertigte Ausschuss des allgemeinen Arbeiter-Vereins beehrt sich hiemit bekannt zu geben, dass von jetzt an für durchreisende Genossen eine Nacht-herberge errichtet wurde. Die Herberge befindet sich in der Starkenberger Bierhalle, woselbst auch das Vereinslocal ist. Die Genossen finden dort ein gutes Nachtlager zu recht billigem Preise. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Bekanntgabe gebeten. Der Ausschuss.“

Quellen- und Literaturverzeichnis

Tiroler Landesarchiv, Akten der Statthalterei:

- Vereine aus 1874, 1875, 1892, 1893
- Präsidium, Nr. 25 aus 1881-1900 (jährliche Sonderfascikel „Socialisten und Anarchisten“)

Literatur zu den Anfangsjahren nach 1875

- Gerhard Oberkofler: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkriegs; Wien 1979. 1986 ist diese Gesamtdarstellung in 2. Auflage erschienen.
- Notburga Mair zur Geschichte der Tiroler Arbeiterbewegung vor 1914 (Wiener Dissertation 1966)
- für das italienischsprachige Tirol ist 1971 Renato Monteleones „Il movimento socialista nel Trentino 1894-1914“ (Rom 1971) und zuvor 1967
- Claus Gatterer: Unter seinem Galgen stand Österreich. Cesare Battisti. Porträt eines „Hochverräters“ (Wien 1967) erschienen.
- Peter Goller: 150 Jahre sozialistische Arbeiterbewegung in Tirol und Vorarlberg. Die Gründungsperiode 1875-1901, Innsbruck 2024.
- Zu vorigen Publikation online-Dokumentation unter:
<https://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/goller/150-jahre-sozialismus-in-tirol.html>
- Die 1982 gegründete Johann-August-Malin-Gesellschaft hat in ihrer Schriftenreihe zahlreiche Publikationen zur Geschichte der Vorarlberger Arbeiterbewegung und zum regionalen antifaschistischen Widerstand herausgegeben. Der 1984 veröffentlichte Sammelband „Im Prinzip Hoffnung“ entstand in Begleitung zur Bregener Ausstellung „Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946“ [Im Prinzip Hoffnung. Vorarlberger Arbeiterbewegung 1870-1946, hrg. von Kurt Greussing, Bregenz 1994]
- 1994 konnte die Malin-Gesellschaft mit Reinhard Mittersteiners: „'Fremdhäßige', Handwerker & Genossen. Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg“ (Bregenz 1994) eine Gesamtdarstellung vorlegen. [abrufbar auch auf www.malingesellschaft.at]
- Matthias Breit: Der Absamer Josef Holzhammer und das Ende der Almosen vor 140 Jahren (3 Teile), in: Haller-Blatt Februar, März und April 2023.
- Robert Sutterlütli: Die italienische Arbeiterschaft in Tirol (1870-1918), phil. Hausarbeit, Innsbruck 1981.
- Werner Bundschuh, Werner Dreier, Reinhard Mittersteiner: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard, Bregenz 1994.
- Werner Bundschuh, Werner Dreier, Reinhard Mittersteiner: Die „Fabrikler“ organisieren sich. 100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder Landesorganisation Vorarlberg, Bregenz 1995.
- Die Tiroler Michael-Gaismair-Gesellschaft hat 2003 den biographisch ausgerichteten Sammelband „Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge“ (herausgegeben von Rainer Hofmann und Horst Schreiber) publiziert.
- 1983 ist die Dissertation von Werner Hanni: Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Tirol und Vorarlberg 1870-1918 (Innsbruck 1983) erschienen.
- Gerhard Oberkofler: Der erste Schritt. Die Gründung der Tiroler sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1890, Innsbruck 2015.
- Matthias Scantamburlo: Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Tirol und Vorarlberg. Dokumentiert anhand der „Volks-Zeitung. Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol und Vorarlberg“ von 1892-1896, phil. Diplomarbeit, Innsbruck 2014.
- Arbeiterbewegung und Sozialismus in Tirol, hrg. von Christoph Hartungen und Günther Pallaver, Bozen-Innsbruck 1986.
- Peter Goller: „... wegen der geringsten Vergehen gegen das Koalitionsrecht!“ Streik- und Arbeiterkoalitionsrecht in Österreich 1867-1914, Innsbruck-Wien 2023.

- Mirko Saltori: Un triestino all'origine del Partito socialista trentino. Per una biografia di Antonio Gerin (1856-1926), in: Trento e Trieste, a cura di Fabrizio Rasera, Rovereto 2014, 163-218.
- Armin Morscher: Maifeiern in Tirol 1890-1914, phil. Hausarbeit, Innsbruck 1988
- Andrea Sommerauer: Auf den Spuren der ArbeiterInnenbewegung 1890-1945. Ein Stadtführer von Innsbruck, phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1992.
- Andrea Sommerauer: Frauen in der Tiroler Sozialdemokratie, in: Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge, hrg. von Rainer Hofmann und Horst Schreiber, Innsbruck 2003, 57-75.
- Manfred Prugger: Die Tiroler Arbeiterkrankenkassen. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg, 2 Bände, phil. Diss., Innsbruck 1996.
- Karl Eller, Michael Svehla: „Mehr als Brot!“ Die Geschichte der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB). Ein rotes Arbeiterexperiment im schwarzen Tirol, Innsbruck 2021.

Mit den Jahren (vor allem) nach 1900 beschäftigen sich:

- Rainer Hofmann, Astrid Schuchter: Was wir ersehen von der Zukunft fernem. 1890-2015. 125 Jahre SPÖ Tirol, Innsbruck 2015.
- Manfred Jenewein: Die Geschichte der Sozialdemokratie im Bezirk Landeck von 1894-2016, Landeck 2016.
- Angelika Fussenegger: Die soziale Lage der Tiroler Industriearbeiter vor dem Ersten Weltkrieg im Spiegel der Presse, Innsbruck 1986.
- Hubert J. Auer: Von der Agrargemeinde zum Arbeiterdorf. Am Beispiel der Tiroler Gemeinde Wattens, in: Bewegte Provinz. Arbeiterbewegung in mitteleuropäischen Regionen vor dem Ersten Weltkrieg, hrg. von Rudolf G. Ardelt und Erika Thurner, Wien-Zürich 1992, 89-101.
- Angelika Mayr: Die Lage der Arbeiterschaft in Tirol im Ersten Weltkrieg, Innsbruck 2010.
- Rosi Hirschegger: „Lasst die roten Fahnen weh'n.“ Geschichte der Roten Falken, Innsbruck 1988.
- Erwin Niederwieser: 100 Jahre Kampf um Gerechtigkeit. Die Geschichte der Arbeiterkammer Tirol, Innsbruck 2021.
- Gerhard Oberkofler: Der 15. Juli 1927 in Tirol. Regionale Bürokratie und Arbeiterbewegung, Wien 1982.
- Andrea Mayr: Maria Ducia. Mitgründerin der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung in Tirol, phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1987.
- Peter Riedmann: Höttinger Saalschlacht 1932, zur Einschätzung als einer antifaschistischen Widerstandsaktion, vervielfältigtes Manuskript, hinterlegt u.a. in Innsbrucker Archiven.
- Joachim Gatterer: „Alles geben, nichts erwarten!“ Die Kommunistische Partei Italiens in der [Südtiroler] Provinz, in: Regionale Zivilgesellschaft. Festschrift für Hans Heiss, Wien 2012, 301-324.
- Gerhard Oberkofler, Günther Pallaver: Für Brot, Arbeit und Freiheit. Dokumente zur Zeitgeschichte Südtirols, Bozen 1985.
- Klara Rieder: Silvio Flor. Autonomie und Klassenkampf. Die Biographie eines Südtiroler Kommunisten, Bozen 2007.
- Ruth Kleon-Praxmarer: Die Tiroler Arbeiterschaft in der Weltwirtschaftskrise, phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1990.
- Von Herren und Menschen. Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1933-1945, hrg. von der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Bregenz 1985.
- Gerhard Oberkofler (unter Mitwirkung von Edwin Tangl): 1934-1938 – 1938-1945. Die Arbeiterbewegung – Sozialisten – Kommunisten, in: Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, Band I, hrg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984, 3-211.
- Friedrich Stepanek: „Ich bekämpfe jeden Faschismus.“ Lebenswege Tiroler Spanienkämpfer, Innsbruck-Wien 2010.
- Gerhard Oberkofler, Peter Goller: Emmerich Übleis (1912-1942). Kommunistischer Student an der Universität Innsbruck. Antifaschist – Spanienkämpfer – Sowjetpartisan, hrg. von Wilfried Bader, Angerberg 2000.

- Egon Erwin Kisch: Die drei Kühe. Eine Bauerngeschichte zwischen Tirol und Spanien, hrg. und kommentiert von Joachim Gatterer, Bozen 2012.
- Gisela Hormayr: Aufbruch in die „Heimat des Proletariats“. Tiroler in der Sowjetunion 1922-1938, Innsbruck-Wien 2022.
- Gisela Hormayr: „Ich sterbe stolz und aufrecht.“ Tiroler SozialistInnen und KommunistInnen im Widerstand gegen Hitler, Innsbruck-Wien 2012.
- Gisela Hormayr: Der Kommunist Johann Schmidt (1901-1945) und sein Kriegstagebuch, Innsbruck-Wien 2024.
- Gisela Hormayr: Josefine Schneider (1906-1942). Eine Jüdin im kommunistischen Widerstand, in: Mitteilungen der Alfred Klahr-Gesellschaft 26/Nr. 3 (2019), 1-6.
- Thomas Messner: Adele Stürzl 1892-1944. Biographie einer Tiroler Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus“, phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1995.
- Rosmarie Thüminger: Mit offenen Augen. Adele Stürzl. Eine Annäherung, Innsbruck 2009.
- Jürgen Weber, Wolfgang Weber: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956, Feldkirch 1994.
- Christa Kofler: Die Tagespresse der SPÖ und KPÖ im Land Tirol von 1945 bis 1950, phil. Diss., Innsbruck 1989.
- Sabine Pitscheider: Auf steinigem Boden. Die SPÖ in Osttirol 1945-1990, Innsbruck-Wien 2011.
- Joachim Gatterer: „Rote Milben im Gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol, Innsbruck-Wien 2009.

- Andrea Sommerauer, Von der Vergangenheit ein Lied singen können. Harmonien und Disharmonien im organisierten Chorwesen Nordtirols in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Vom Wert des Erinnerns II. Wissenschaftliche Projekte der Förderperiode 2019 bis 2023, hrsg. v. Beirat des Förderschwerpunktes Erinnerungskultur, Innsbruck 2024, S. 43-88.
- Interview Andrea Sommerauer mit Rosi Hirschegger, 2003.

Impressum:

für den Inhalt verantwortlich: Renner Institut Tirol, Salruener Straße 2, 6020 Innsbruck
herausgegeben von Rainer Hofmann, Andrea Sommerauer und Peter Goller.

Gestaltung: morgenrot.at

